K-BUTT

VÄLZISCHE PFLOXZEITUNG
Kaiserslautern

Nummer 17 · Herbst 1998

kost nix
solibeitrag erwünscht

vorwort

Die K-Butt ist nun seit fast anderthalb Jahren nicht mehr erschienen. Das ist insofern fatal, als daß die Zeitung für die meisten von uns die einzige politische Aktivität geworden ist; doch genau darin liegt für uns einer der Hauptgründe für das langsame Sterben der Zeitung. Unsere Arbeit wurde zu 95% allein von den Redaktionsmitgliedern getragen. Das beinhaltet das Schreiben der Texte sowie die ganze Logistik, sprich Layout, Werbung und Druck. Für die einzelnen von uns war es nicht möglich, Aufgaben zu delegieren um sich nur auf einen Arbeitsbereich zu konzentrieren. Es ging sogar soweit, daß die Zeitung in den letzten Jahren immer nur von einem oder zweien alleine und mit großem individuellen Aufwand fertiggestellt wurde. Dazu kam, daß sich die Redaktion im letzten Jahr soweit reduziert hatte, daß es für die verbleibenden fast unmöglich wurde, die Zeitung weiter mit Inhalten zu füllen. Nicht daß es keine Themen gegeben hätte, nein im Gegenteil. Der Aufwand, alle Themen unserer Meinung nach korrekt und erschöpfend zu behandeln, wurde so groß, daß die Frustration angesichts dessen meist schon alle Schreibansätze im Keim erstickte. Ohne eine ständige Auseinandersetzung mit den Themen kann Mensch einfach nicht die notwendige Tiefe für wirklich gute politische Arbeit erreichen. Vielleicht sind wir also über unsere eigenen Ansprüche gestolpert. Vielleicht wurden auch die Problematiken, die beim Überleben in diesem kapitalistischen System auftreten (Job, Geldverdienen, Konsum etc.) so groß, daß der Kopf nicht klar war um die Arbeit zu bewältigen. Fazit ist, bei einer derartig geschrumpften Crew sehen wir keine Möglichkeit das bisherige Niveau der Zeitung aufrecht zu erhalten. Diese Tendenz zeigte sich bereits in den letzten beiden Ausgaben, wobei die K-Butt Nr. 15 einen Tiefpunkt markierte. Wir wollen nicht sagen, daß wir mit dem Endresultat nicht einverstanden gewesen sind; für das was möglich war, war die K-Butt immer die beste K-Butt die wir zu machen imstande waren. Doch nach über einem Jahr Pause glauben wir nicht, daß es über die nun vorliegende Ausgabe hinaus noch eine Perspektive gibt. Das liegt zum einen an uns, weil wir es versäumt haben, der Zeitung in unserem Leben die nötige Priorität einzuräumen. Zum anderen lag es aber auch an der mangelnden Resonanz von außen. So wurden wir nur sporadisch mit Texten versorgt, und LeserInnen-Briefe konnten wir in den letzten sieben Jahren an fünf Fingern abzählen. Das Gefühl, zumindest in KL, allein und nicht innerhalb einer linken Struktur zu arbeiten wurde immer stärker. Natürlich ist es einfach zu jammern, lag es doch auch an uns, daß sich in den letzten Jahren in KL keine linke Szene entwickelte, die für die Zeitung Rückhalt und Diskussionsforum gewesen wäre. So haben wir zum Beispiel nicht größer an den Infoladentreffen vor und nach der Eröffnung des Kaiserslauterer Infoladens teilgenommen. Auch haben wir es immer wieder versäumt, Diskussionen innerhalb der Redaktion über so wichtige Themen wie patriarchale Strukturen, Zuverlässigkeiten und ähnliches zu führen; sodaß wir für uns nie einen verbindlichen Arbeitsrahmen geschaffen haben, aus dem heraus konsequente Zeitungsmache möglich gewesen wäre. So wurde meist nach dem Grundsatz verfahren, hoffentlich schreibt jemand etwas, und dann wurde die Zeitung doch zum größten Teil wieder bei Layout-Treffen von einzelnen fertiggestellt. Was fehlte war Kritik an Zeitung und Struktur, sowohl von uns als auch von außen. Zwar gab es einen Kritikversuch einer Kaiserslauterer Gruppe nach Erscheinen der Nr. 15, doch der war leider viel zu schwammig, sehr polemisch und, was wir als sehr bedauerlich ansehen, nicht konstruktiv. So schloß dieser Kritikversuch mit der Forderung nach Einstellung des Projekts, was uns zu damaliger Zeit bei der Lösung unserer internen Probleme nicht weiterhelfen konnte. Wir hätten uns vielmehr gewünscht, bei unserem Projekt mit Texten und sachlicher Kritik unterstützt zu werden. Dem war aber nicht so. Dazu kam wie oben schon gesagt die immer desolater werdende personelle Situation. Zu viele Menschen verließen die Redaktion, neue kamen hinzu, die aber wiederum zu schnell wieder die Redaktion verließen, wohl angesichts des Arbeitsaufwandes, aber auch aus anderen meist privaten, aber auch politischen Gründen. So war es nicht möglich langfristig zu planen. Die Prioritäten verlagerten sich zunehmend. So ist es unserer Meinung nach bezeichnend, daß diese Ausgabe nur nach starkem Engagement eines ehemaligen Redaktionsmitglieds möglich wurde.

...und tschüß !

Verehrtes Publikum, jetzt kein Verdruß:
Wir wissen wohl das ist kein rechter Schluß.
Vorschwebte uns: die goldene Legende.
Unter der Hand nahm sie ein bittres Ende.
Wir stehen selbst enttäuscht und sehen betroffen,
der Vorhang zu und alle Fragen offen.

Vorwort

Ein alter „radikal"-Zusammenhang hat seine Arbeit eingestellt, das wöchentliche Berlin-Info „Interim" kommt nur noch vierzehntägig heraus, der autonome „Männerrundbrief" wird nicht weiter erscheinen. Und das Kaiserslauterer Zeitungsprojekt „K-BUTT" steht mit Erscheinen dieser Ausgabe nach sieben Jahren höchstwahrscheinlich am Ende.
In den letzten drei Jahren haben immer wieder einzelne Menschen die Redaktion verlassen, um neues zu beginnen oder sich in die Vereinzelung zurückzuziehen. Neue Redaktionsmitglieder konnten nicht für längere Zeit gewonnen werden. Die Verbliebenen haben - unschwer zu erahnen - nicht mit der nötigen Intensivität und Begeisterung weitergemacht. Einige wenige haben sich nach über einem Jahr (Erscheinungs-)Pause aufgerafft und ein paar Beiträge verfaßt, die vorhandenen Texte zusammengetragen, sie layoutet, die Finanzierung organisiert und die gedruckte Auflage verbreitet. Diese einmalige Dienstleistung kann als ein letztes Lebenszeichen an die Leser/innen verstanden werden, insbesondere an diejenigen, die auf eines warten.
Die Artikel dieser Ausgabe sind teils Texte, die Gruppen der K-BUTT haben zukommen lassen (bei solcherlei Texten wird sich wie in der Vergangenheit das Recht genommen, sie nicht, gekürzt oder kommentiert abzudrucken), teils Texte von männlichen Einzelpersonen, also nicht von einem Kollektiv, nicht von einer festen, verbindlich arbeitenden Gruppe, die Diskussionen führt, diese durch Niederschrift transparent macht und nach außen trägt. Die Texte erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, präsentieren nicht eine umfassende starre Wahrheit oder das Allheilmittel. Sie geben fragmentiert Gedanken, Einschätzungen, Meinungen und Positionen wider, die aus verschiedenen Prozessen entstanden und die zur Veröffentlichung gedacht sind. Denn erst nach einer solchen sind sie der nagenden Kritik der Mäuse ausgesetzt, und Kritik ist Voraussetzung für Veränderung.
Für alte Kader sind diese Gedanken, Einschätzungen, Meinungen und Positionen vielleicht alle schon mal dagewesen. Aber selbst wenn: Sie können den Anstoß dafür geben, längst totgeglaubte Diskussionen mit und unter den Leser/innen wieder aufleben zu lassen. Und für junge Menschen sind sie wahrscheinlich alles andere als alte Kamellen.
Daneben sind in dieser Ausgabe geballte Informationen mit lokalen und regionalen Bezügen zu finden, die in „Rheinpfalz" & Co vergeblich gesucht würden. Dazu gehört beispielsweise der Artikel über den Wohlfahrtskonzern Deutsches Rotes Kreuz, aber auch der Versuch einer Kritik am Profi-Fußball, der nicht Winston Churchill gerecht wird („Strictly no sports"), aber möglicherweise Theodor Wiesengrund Adorno: „Der böse Blick ist furchtbar. Er trifft Phänomene, welche man verführt und verharmlost, solange man sie als bloße Fassade der Gesellschaft von obenher abtut, ohne bei ihnen zu verweilen. Dahin gehört der Sport."
In der Zeitung befindet sich auch ein Hinweis auf Infoläden in der Region, die womöglich ähnlich wie die K-BUTT den Anspruch haben, relativ aktuell Gegeninformationen anzubieten, Diskussionen weiterzutragen, politischen Diskussionen einen Raum zu geben und einen Beitrag zu leisten, praktisches Handeln voranzutreiben. Denn Information bewirkt nichts, wenn nicht eine soziale Praxis damit verbunden ist.
Ob aus/mit/nach der K-BUTT ein Zeitungsprojekt entsteht, das diesen Ansprüchen auch gerecht wird, ist momentan nicht klar und liegt vor allem daran, ob Menschen bereit sind, die Idee oder das Projekt mit aufzunehmen. Zeitung machen bedeutet, wie sich jede/r denken kann, Arbeit. Und auch der Stoff, der die Zeitung füllt, Artikel, Flugblätter, Aufrufe, Terminhinweise muß von jemandem beigesteuert werden. Die bisherige geringe Beteiligung und Resonanz reicht dafür nicht aus. Und es ist, aus der Erfahrung der letzten Jahre, ehrlich gesagt, auch wenig Hoffnung da, daß sich daran was ändern wird. Nur wenn das zukünftige linksradikale Zeitungsprojekt aus Kaiserslautern von der lokalen und regionalen Szene als eigenes Medium verstanden und genutzt wird, hat es eine Zukunft.
Menschen, die der K-BUTT immer mal schreiben und sie kritisieren wollten (es gibt solche), sollten das tun. Vielleicht ist jetzt die letzte Gelegenheit dazu.
Dieser Beitrag schließt nicht mit „auf Wiedersehen", sondern allen Ernstes mit „tschüß".

Freispruch für Safwan Eid?!?

"Am 30. Juni 1997 gab es endlich den längst überfälligen Freispruch für Safwan Eid. Und somit wurde einer der Schauprozesse der letzten Jahre in Deutschland beendet".
So sollte eigentlich der Artikel an dieser Stelle beginnen doch wie so oft macht unser Justizsystem deutlich das es hier um die Interessen der Machthaber geht und nicht um den Anschein von "Rechtstaatlichkeit".

Safwan Eid sitzt inzwischen wieder auf der Anklagebank und zwar aus den selben Gründen. So ist es dem Anwalt der Nebenkläger (der Familie El Omari) gelungen die widersprüchlichen Abhörbänder die in einem Besuchsraum im Gefängnis entstanden sind als Beweismaterial anzuerkennen. Entgegen dem Lübecker Gericht sind für den Bundesgerichtshof in Karlsruhe Besuchsräume im Knast keine der Privatsphäre zuzurechnenden Orte, so daß abhören hier nicht illegal ist. Die Staatsanwaltschaft die ja mit einem Freispruch aus Mangel an Beweisen (siehe unten) schon zufrieden gewesen wäre wittert natürlich so wieder Morgenluft, ihr Eigentliches Ziel, Safwan Eid zu verurteilen, durchzusetzen.
Dabei währe der Freispruch noch als Erfolg für Staat und Staatsanwaltschaft zu sehen. So lautete die erste Urteilsbegründung auf Mangel an Beweisen und nicht wie von der Verteidigung gefordert auf unschuldig. Somit währe es dem Staat schon wieder gelungen bei einem rassistischen Attentat von den Wahren Tätern abzulenken und das Ansehen Deutschlands rein zu halten. Safwan der in einer massiven Medienkampange und Pressepolitik immer wieder als Täter bezeichnet wurde und wird bleibt auch weiterhin in den Köpfen der Bevölkerung schuldig, nicht zuletzt durch die erneute Aufnahme des Verfahrens. Es wurde ihm (So die offizielle Berichterstattung) bloß noch nichts nachgewiesen. Als sich während des ersten Prozesses herausstellte, das dies noch nicht möglich war, wechselte die Staatsanwaltschaft ihre Taktik. Es ging ihr nun darum den Prozeß künstlich in die Länge zu ziehen um damit von den wahren Tätern abzulenken. Ein Freispruch, aus mangeln an beweisen sah immer noch besser aus als verurteilte Deutsche Täter die aus rassistischen Motiven heraus gehandelt haben.
Bezeichnend war dabei die relativ früh schon getroffene Aussage der Staatsanwaltschaft sie könne selbst mit einem Freispruch gut leben. Klar wo es nichts zu beweisen gibt müssen andere Taktiken verfolgt werden. Auch hatte man wohl schon im Hinterkopf das die Abhörbänder eventuell doch noch zugelassen werden. So wurde darauf verzichtet die wahren Täter zu ermitteln. Beweismittel wurden verloren oder nicht berücksichtigt, Zeugen unglaubwürdig gemacht oder Abgeschoben. Durch die Länge des Prozesses wurde es auch erschwert nach anderen Schuldigen zu suchen. Doch das war ja auch nicht nötig, offiziell war und ist Eid ja noch der Schuldige aber aus rechtlichen Gründen mußte man ihn leider erst einmal Freisprechen.
Dieses Bild wurde auch wieder fleißig von den Medien aufgenommen, so beinhaltete die ganze Berichterstattung nach dem ersten Prozeß (übrigens in Kontinuität mit der offiziellen Berichterstattung während des Prozesses) lediglich den bedauern darüber das es nicht möglich war jemanden zu verurteilen von dem Mensch zwar wisse das er schuldig ist aber es nicht beweisen könne. In der üblichen arrogant-rassistischen deutschen Medienberichterstatung wird den Opfern Verständnis dafür abverlangt das Eid nicht verurteilt werden konnte es ginge ja darum "Rechtstaatlichkeit" zu demonstrieren. Welch aufatmen ging hierbei durch die Deutsche Presse beim Bekanntwerden des Karlsruher Urteils.
Es müßte den Flüchtlingen ja bekannt sein das es noch nie Ziel und Aufgabe der BRD Justiz war sich für Flüchtlinge einzusetzen. Soweit geht das "Mitleid" der Deutschen Rechtsprechung auch nicht das den Opfern (entgegen früheren anderslautenden Versprechungen) ein Bleiberecht in Deutschland zugesprochen wird. So sind sie weiterhin von der Abschiebung bedroht.
Fakt ist: Es wurde wieder ein rassistisches Attentat in Deutschland verübt. Bei dem Zehn Menschen ermordet wurden. Wahrscheinlich von den drei Grevesmühlenern Nazis die in der Nähe des Tatortes aufgegriffen wurden.
Die wahren Mörder sind noch auf freiem Fuß. Und es besteht kein Interesse sie zu überführen und zu verurteilen. Vielmehr besteht die Taktik Deutschland als Zielland für Flüchtlinge immer unattraktiver zu machen die Flüchtlinge einzuschüchtern und ihnen klar zu machen das sie in Deutschland nicht erwünscht sind.
Der Prozeß gegen Safwan Eid hat hierbei Symbolcharakter, und zeigt deutlich die Strategie von Staat und Justiz bei rassistischen Gewalttaten. Opfer werden zu Tätern gemacht und mit Desinformation und Verschleierung sowie massiver Einschüchterung von Zeugen und Opfern soll das Internationale Ansehen reingehalten werden.
Sollte eine Verurteilung in erster Instanz nicht möglich sein so sieht die Staatsanwaltschaft immer noch die Möglichkeit Prozesse neu aufzurollen.
Ab Herbst werden wir also die Neuauflage dieses rassistischen Schauprozesses vor dem OLG Kiel miterleben.

Weitere Informationen über den Prozeß gegen Safwan Eid finden sich in der K-Butt Nr. 16.

Was fehlt

Gewaltenteilung. Manchmal müssen Demokratie und ihre Prinzipen zur Durchsetzung der herrschenden Interessen ausgeschaltet werden. Ermittler, Richter und Henker zugleich spielte Bill Clinton am 20. August durch den Abschuß von US-Marschflugkörpern auf Ziele in der Hauptstadt des Sudans und im Norden Afghanistans. Darunter eine pharmazeutische Fabrik. 29 Menschen wurden ermordet. Die britische Wochenzeitung „The Observer" berichtete drei Tage danach „Clinton wußte, daß er es mit einem zivilen Ziel zu tun hatte." In den Tagen vor dem Angriff war erhöhtes Verkehrsaufkommen im Luftraum Kaiserslautern deutlich sichtbar. Vorbereitet wurden die Bombardierungen wahrscheinlich wieder im Warrior-Preparation-Center in Kaiserslautern-Einsiedlerhof.

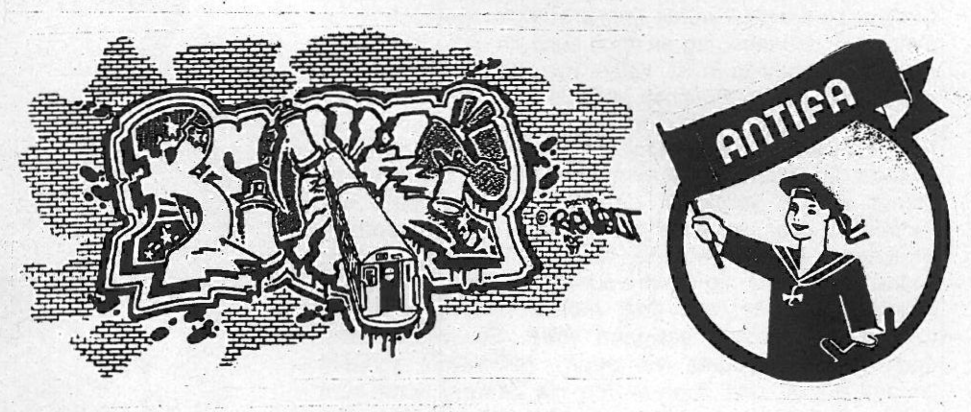
Ein zweiter Abschiebeknast. Das Innenministerium des Landes benötigt weitere 150 Plätze um Flüchtlinge in Abschiebehaft zu stecken. Damit wurde Ende August eine Recherche zu dem Artikel „Organisatoren der Unmenschlichkeit" vor dessen Veröffentlichung offiziell bestätigt: Der zentrale rheinland-pfälzische Abschiebeknast in Zweibrücken mit 50 Plätzen ist gnadenlos überfüllt. Deshalb nämlich und um die Abschiebehaft massiv auszuweiten wird die bisherige „Aufnahmeeinrichung für Asylbewerber" in Ingelheim zu einem zweiten Abschiebeknast für Rheinland-Pfalz und Saarland werden.

Die Bank auf dem Eierplatz. Nachdem die Hetze- und Gewerbetreibenden erfolgreich waren und die Rundbank vor dem Unionkino abgebaut wurde (siehe Bericht in dieser K-Butt), versuchten es auch die Anwohner/innen um den Eierplatz mit gleichen Methoden und nicht geringerem Erfolg. Der Ortsbeirat Innenstadt Südwest hat im September beschlossen, daß die Bank auf dem Eierplatz entfernt werden soll. Damit wird Obdachlosen oder Drogenabhängigen, die gar keinen privaten oder halböffentlichen Raum zur Verfügung haben, ein weiterer teilweise lebenswichtiger Rückzugsraum genommen.

Berichte. Bürgerliche Medien berichten nicht aus der Vergangenheit und nur lückenhaft aus der Gegenwart des Michael Jägers, den TV-Lehrer aus „Marienhof" und (ehemals stadtbekannten) Fascho aus Kaiserslautern; und über die mehr als zehn verlorenen Prozesse des t5-Herausgebers Daniel Mattisek (alias Bendix Grünlich, Theo-Paul Löwengrub) wegen mehrfacher Verleumdung des Oberbürgermeisters und anderem. Mindestens ein weiterer Prozeß vor dem AG Kaiserslautern steht noch aus.

Termine. Mit einer Ausnahme: Meckie Messer Musak's BEAT-CLUB. BigBreakBeats & Dub & House. Mit legendären Cocktails vom Tupac-Amaru-Team. Zweiter Samstag im Monat ab 22 Uhr im Kramladen, open end. Bau 46 der Uni.





Impressum

Anschrift und Vertrieb: K-BUTT, c/o Kantstraße 71-807, 67663 Kaiserslautern
Exemplare von älteren Ausgaben senden wir für 4,40 DM in Briefmarken gerne zu

Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag. V.i.S.d.P.: Hella Wahnsinn, Rosa-Luxemburg-Allee 1b, 67661 Kaiserslautern. Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist selbstverständlich keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.





Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe!

Beginnt eine Frau zu malen, bekommt sie die alten Wasserfarben ihrer Kinder.
Beginnt ein Mann zu malen, kauft er sich Staffelei und Künstlerfarben.
Eine Frau, die malt, scheint Langeweile zu haben.
Ein Mann, der malt, fühlt den Zwang, der Welt etwas zu geben.
Experimentiert eine Malerin, belächelt man ihren Spieltrieb.
Tut dies der Mann, wird er wegen seines Mutes gelobt.
Wenn Frauen malen, fühlen sich ihre Männer vernachlässigt.
Wenn Männer malen, brauchen sie ihre Frauen, die sie bewundern.
Wenn eine Frau malt, verkommen ihre Kinder.
Wenn ein Mann malt, erben sie sein Talent.
Eine Malerin mit einer männlichen Muse - ist ein Luder.
Ein Maler braucht ein Modell - zur Inspiration.
Eine Frau mit Atelier in der Küche kann nur kleinkariert malen.
Ein Mann mit Atelier im Schlafzimmer ist Tag und Nacht ein Künstler.
Malt eine Frau, ist das nett, sie bekommt ein Taschengeld.
Malt jedoch der Mann, verdient er ein Honorar.
Malerinnen ohne Akademie sind Hobbymalerinnen.
Maler ohne Akademie nennt man Autodidakten.
Ein Autodidakt, der es zu Anerkennung bringt, ist ein Genie.
Eine Autodidaktin hat nichts gelernt und kann es daher nicht weit bringen.
Verläßt ein Maler das Badezimmer voll Tuscherändern, darf er keinesfalls beschimpft werden, denn es würde seinen Schaffensprozeß unterbrechen.
Hat eine Malerin das Badezimmer voll Farbspritzern, muß sie ihre Kreativität zum Putzen verwenden.
Ein Maler, der seine Unterhosen als Malfetzen zweckentfremdet, hat Großes zu vollbringen.
Eine Malerin, die Unterhöschen als Maltuch verwendet, ist eine Schlampe.
Schreit ein Maler aus dem Atelier um Essen, wird ihm serviert.
Schreit eine Malerin um Essen, ist sie verrückt, denn da ist keiner.
Lobt der Professor die Malerin, glaubt jeder, er will was von ihr.
Wird ein Maler gelobt, so wissen alle, der Bursche ist im Kommen.
Malt eine Frau „Mutter mit Kind" ist das lieb, aber nicht originell.
Malt ein Mann „Schlachten", so stellt er den Zeitgeist dar.
Spricht ein Maler täglich fünf Stunden über Malerei, bewundern ihn seine Frau und alle Freunde.
Spricht eine Malerin pro Tag nur fünf Minuten über Malerei und der Mann hört zu, bewundern ihn alle.
Verläßt ein Maler der Kunst wegen seine Familie, weiß jeder er ist einer Berufung gefolgt.
Eine Malerin, die Mann und Kind wegen der Kunst verläßt, ist ein erschreckendes Beispiel, wohin weiblicher Größenwahn führen kann.
Eine Frau hat viel zu tun mit LEBEN und macht auch noch Kunst.
Der Mann ist Künstler.

(Quelle unbekannt)



„Ich wähle Dr. Hansjörg Schäfer, weil ich Ihn lange kenne und Ihn als Garant der inneren Sicherheit sehe."
Alex Reitz, Polizeibeamter

aus: Rheinpfalz vom 25.09.98.
Zu Reitz siehe K-BUTT#15, Seite 4, erste Spalte.

Komitee für internationale Solidarität (KL):

Internationale Solidarität ist notwendiger denn je....



In den Jahren seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und vieler anderer nominal-sozialistischer Staaten, werden in zunehmendem Maße auf unterschiedlichste Art und Weise Menschenrechte verletzt.
Oppositionelle, die die derzeitige Weltordnung, nicht für das Ende der Geschichte halten, sind in den meisten Fällen von Übergriffen unterschiedlichster Art betroffen, ohne das sich die sog. „demokratische Weltgemeinschaft" deren Protagonisten die NATO - Staaten und die Staaten die Mitglied des sog. „Weltsicherheitsrats" sind, über deren Unterdrückung mokieren.
„Feinde der Demokratie" sind meistens nur diejenigen Staaten und Befreiungsbewegungen, die sich der Macht der multinationalen Konzerne, der westlichen Metropolenstaaten und den Diktaten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank nicht unterordnen wollen.
So landen jährlich tausende Menschen in Gefängnissen und Folterkellern derjenigen Staaten, die beste wirtschaftliche, politische und militärische Beziehungen zu den Großen dieser Welt pflegen, oder gar selbst zu „den Großen" gehören.
Als Menschen die in einem Land geboren wurden, daß zumindest wirtschaftlich und politisch zu den Großen dieser Welt zählt, gehören wir, mehr oder minder zwangsläufig zu den Nutznießern eines weltpolitischen Systems, daß ohne Unterdrückung und Ausbeutung nicht lebensfähig ist.
Die Türkei und Indonesien sind aus bundesdeutscher Sicht die besten Beispiele für die Politik dieser Weltwirtschafts(un)ordnung. Beide Staaten begründen ihre Macht über die Völker innerhalb ihres Staatsgebiets auf Massaker an Oppositionellen. In beiden Ländern herrscht das landeseigene Militär über ein scheindemokratisches Konstrukt (gewählte Parlamente unter Ausschluß und systematischer Vernichtung wirklicher Opposition) mit Hilfe von NATO - Staaten und IWF. So unterstützt gerade auch die BRD beide Länder wirtschaftlich, politisch und militärisch, ohne daß diese Politik von irgendwelchen anerkannten internationalen Gremien (UNO od. EU) verurteilt wird. Die hunderttausende von Opfern des Kapitalismus, allein in diesen Staaten, sind scheinbar keine Auseinandersetzung wert.
Wir, als Komitee für internationale Solidarität (KL) sehen seit dem Beginn unserer Arbeit unsere Aufgabe darin, diese Zusammenhänge (die wir hier nur begrenzt darlegen konnten) Öffentlich zu machen. Wir versuchen, soweit es für uns möglich ist, die demokratische und revolutionäre Opposition in solchen Ländern zu unterstützen.
Die RevolutionärInnen und die demokratische Opposition in der Türkei und in Kurdistan sind darin unser Hauptbezugspunkte. Einen der wichtigsten Gründe dafür haben wir schon dargelegt. Außerdem ist es so das in der BRD 4-5 Millionen Menschen türkischer und kurdischer Herkunft leben, was uns einen direkten Bezug zur demokratischen und revolutionären Opposition möglich gemacht hat. Seit Jahrzehnten versuchen türkische und kurdische Gruppen und Organisationen hier in der BRD auf die Situation in ihrem Land aufmerksam zu machen. So gab es schon Anfang der 80er Jahre große Demonstrationen gegen den blutigen Septemberputsch 1980. Seit dieser Zeit gab es unzählige Versuche von türkischer und kurdischer Seite Menschen aus der BRD gegen die Unterdrückung der Opposition in ihrem Land und den Völkermord in Kurdistan zu mobilisieren. Meistens aber ohne großen Erfolg. Im Gegenteil ; - ohne großen Widerspruch konnte der BRD-Staat diese Menschen kriminalisieren und ihre Organisationen verbieten. Zur Zeit ist es sogar so, daß Menschen, die in der Türkei inhaftiert und gefoltert wurden, und deshalb hierher flüchteten ohne große Probleme in die Türkei abgeschoben werden können.

Die Unterstützung des Widerstands gegen faschistische Regime, wie in der Türkei und der Widerstand gegen die Herrschenden in der BRD, die ohne große Legitimationsschwierigkeiten faschistische Regime stützen, gehören für uns untrennbar zusammen. Nur gemeinsam mit unseren GenossInnen in der Türkei und Kurdistan, sowie den GenossInnen in vielen anderen Ländern können wir das imperialistische Weltwirtschaftssystem, inklusive seiner institutionell faschistischen Herrschaftslogik wirksam bekämpfen. Das dieser Kampf notwendiger denn je ist zeigt, die immer weiter steigende Präsenz von Armut, Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung, die langsam, aber sicher auch in die westlichen Metropolenstaaten zurückschwappt.
Ein Mitglied unserer Gruppe war Anfang diesen Jahres in der Türkei um sich vor Ort über die Situation der demokratischen und revolutionären Opposition zu informieren und die GenossInnen dort durch seine Anwesenheit zu unterstützen. Er führte viele Gespräche mit Menschen die sich in den Armutsvierteln, in Universitäten und Solidaritätsvereinen organisieren. Der Bericht über den Kampf der Studierenden in der Türkei ist eines von mehreren Ergebnissen dieser Delegationsreise. Aus unserem solidarischen Verhältnis zu den emanzipatorischen Kämpfen von Studierenden verschiedenster Länder heraus, wollten wir bei einer Veranstaltung, die am 18.März '98 an der Uni KL stattfand, die Parallelitäten in den Kämpfen der Studierenden herausarbeiten und uns über die Notwendigkeit der politischen Organisierung von StudentInnen, auch hier in der BRD unterhalten. Wegen dem erschrekkenden Desinteresse Studierender aus KL, gerade nach dem plötzlichen Ende der Studentenproteste in der BRD, kam es leider nicht zu einer so weitreichenden Diskussion. Vielleicht dient der jetzige Abdruck (einer wohl gekürzten Version) einigen LeserInnen zur Inspiration.
Den vollständigen Text, sowie andere Materialien zum Widerstand in der Türkei und Kurdistan könnt ihr unter folgender Adresse und Faxnummer bei uns bestellen :

Komitee für internationale Solidarität (KL)
Postfach 3570
67623 Kaiserslautern **Fax.: 0631 / 45722**

Unser Internationalismusverständnis baut darauf auf, praktische internationale Solidarität aus dem Bewußtsein heraus in einem imperialistischen Zentrum zu leben, mit dem Kampf gegen die verschärfen Ausbeutungsbedingungen hier zu verbinden d.h. sie in einen gemeinsamen Kontext zu stellen. Dazu gehört es auch die Diskussion und Zusammenarbeit mit Flüchtlingen, MigrantInnen und den nichtdeutschen GenossInnen hier und in ihren Ländern suchen und uns daraus einen internationalistischen Klassenstandpunkt herauszuarbeiten und zu erkämpfen. Wichtig sind uns darin die politischen Gefangenen aus den Klassen- und Befreiungskämpfen, die der Vernichtungspolitik gegenüber radikaler Opposition am direktesten ausgeliefert sind. Sie müssen in einen gemeinsam zu entwickelnden Kampfprozeß einbezogen werden.
K.I.S.K. '96

Weitere Themenschwerpunkte unserer Arbeit ist der Kampf um die Freiheit von Gefangenen aus Klassen- u. Befreiungskämpfen, weltweit (BRD, Palästina, Türkei, Peru, Euskadi, N.-Irland usw.), sowie die solidarische Analyse und Kritik der Geschichte, Gegenwart und Perspektive von Klassen- und Befreiungskämpfen, weltweit.

Delegationsbericht:

Der Kampf der Studierenden in der Türkei

Die Türkei - ein Staat in der Hand der Militärs, der Mafia und der Konterguerilla

In den Grenzen des türkischen Staates leben 64 Millionen Menschen aus verschiedenen Volksgruppen - darunter sind TürkInnen, KurdInnen, AraberInnen, GeorgierInnen, LazInnen,TscherkesInnen u.a.
- 17,4 Millionen Menschen leben in Armut
- 20% der Menschen sind Arbeitslos
- der Export beträgt 22 Milliarden US - Dollar jährlich
- der Import beträgt 42 Milliarden US - Dollar ebenfalls jährlich
- die Auslandsschulden des Landes belaufen sich auf 75 Milliarden US - Dollar
(zumindest nach dem Stand vom März 1996)

Trotz dieser, für eine Volkswirtschaft äußerst kritischen Situation, die zeigt, daß die Türkei ohne fremde Hilfe nicht überlebensfähig ist, werden jährlich 8 - 10 Milliarden US - Dollar in den Krieg gegen die Völker der Türkei gepumpt (das sind ungefähr 30% des Staatshaushalts). Dieser Krieg findet nicht, wie hier in der BRD allgemein angenommen wird, nur in Kurdistan statt. Dazu aber später mehr.

Daß für Bildung und Gesundheit nur 1-3% (zur Zeit sind es 1,5%) des Staatshaushaltes zur Verfügung steht, sagt schon einiges über den Charakter des Herrschaftsapparats in der Türkei aus.
- 2 Millionen Kinder arbeiten in der Türkei unter größtenteils unmenschlichen Bedingungen.

Mehr als 13.000 Menschen wurden bisher in diesem Land Opfer von Morden „unbekannter Täter".
- 339 Menschen wurden Opfer der Praxis des „Verschwindenlassens"
- Allein 1996 verschwanden 194 Menschen in der Polizeihaft.
- der Jahresbericht des IHD (Menschenrechtsverein der Türkei) berichtet von 2022 Menschen die nachweislich 1996 in der Haft gefoltert wurden.
- 190 Menschen wurden von sog. Sicherheitskräften auf der Straße bzw. in den Folterzentren ermordet.
- 63 Gefangene starben in den Gefängnissen der Türkei durch Angriffe der Polizei oder infolge der unmenschlichen Haftbedingungen.
- Außerdem befanden sich 1996 78 Journalisten in Haft. Weltweit waren es zu diesem Zeitpunkt 183 Journalisten.

Der Sursuluk-Staat und die Aktuelle Situation

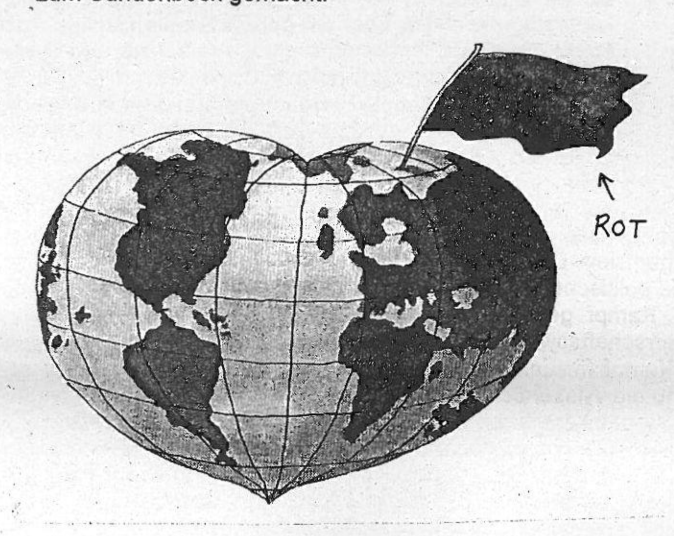
Das sind erst einmal genug Zahlen, hinter denen sich die Gesichter des grausamen Regimes verbergen. Mensch darf nicht vergessen, daß diese Zahlen mit konkreten Erfahrungen von den Menschen zu tun hat , die für eine unabhängige, demokratische Türkei und ein freies Kurdistan kämpfen bzw. gekämpft haben.

Das Ereignis das der interessierten Öffentlichkeit die Wirklichkeit über das Herrschaftssystem der Türkei vor Augen führte, war der Autounfall von Sursuluk (Kleinstadt in der West-Türkei) im Nov. '96, bei dem der durch Interpol in aller Welt gesuchte Mafiosi, Drogenhändler und MHP-Konterguerillaführer Abdullah Catli ums Leben kam. Mit im gleichen Wagen saß der DYP-Parlamentsabgeordnete (Cillerparteigänger) Sedat Bucak, der selbst auch Chef einer Konterguerilla-Einheit ist, und bei dem Unfall schwer verletzt wurde. Außerdem saßen noch eine Schönheitskönigin und der Vizechef der Istanbuler Geheimpolizei Hüseyin Kocadag im Wagen. Beide starben wie Catli am Unfallort. Kurze Zeit später kam noch heraus, das Mehmet Agar (damaliger Innenminister) vorher im selben Hotel einquartiert war, wie die gesamte Fahrzeugbesatzung. Im Auto wurden Waffen und gefälschte Papiere mit Agars Unterschrift gefunden.

Durch diesen Unfall, der sich zu einem Riesenskandal auswuchs, wurde zum ersten Mal daß sichtbar, was RevolutionärInnen und DemokratInnen seit Jahren in der Öffentlichkeit vertraten. Die Tatsache, daß Staat, Mafia, faschistische Konterguerilla und der Nationale Sicherheitsrat (MGK) aufs engste miteinander verflochten sind, und im Kampf gegen den kurdischen Befreiungskampf, gegen DemokratInnen und Revolutionäre Organisationen, sowie bei der Ausbeutung und Knechtung des Volkes zusammenarbeiteten. Im Nationalen Sicherheitsrat sitzen die Militärspitzen mit Teilen des Regierungskabinetts an einem Tisch. Dieses Gremium ist der Regierung faktisch übergeordnet und ist für die relevanten Regierungsbeschlüsse verantwortlich, die später von der parlamentarischen Mehrheit umgesetzt werden. Somit sind Beschlüsse, die sich gegen das Militär richten oder nur die Macht des Militärs einschränken faktisch unmöglich. Der nationale Sicherheitsrat (MGK) wurde als Herrschaftselement nach dem Militärputsch vom September 1980 in der Verfassung des Staates verankert und ist seitdem der Garant für die Herrschaft der Militärs.

Sursuluk wurde zum Synonym für einen Skandal, der alle Ebenen des türkischen Staates betraf und ihn zumindest als kriminell brandmarkte. Während Tansu Ciller (ehemalige Ministerpräsidentin) den vielfachen Mörder und Drogenhändler Abdullah Catli verteidigte und zum Helden stilisierte, arbeitete der MGK (Nationale Sicherheitsrat) schon an Möglichkeiten, das Militär und damit die wahren Herrschenden in der Türkei, aus der sich zu dieser Zeit immer enger zuziehenden Schlinge zu ziehen. So wurde durch ihn, sowie den staatstragenden Medien kolportiert, daß es sich bei den, durch den Sursuluk-Unfall zu Tage getretenen Zusammenhängen, um einzelne Fälle von Bandenkriminalität handele, die bekämpft werden müßten, um den Staat zu retten. Es mußten Wege gefunden werden, die offen gewordenen Tatsachen abzuwälzen, um das Militär wieder zu rehabilitieren und als einen Garanten für die Demokratie und den inneren Frieden des Landes darzustellen.

Die Ciller-Erbakan-Regierung (RefahYol) wurde deshalb zum Sündenbock gemacht.



Durch den geschickten Schachzug des Militärs, der ohne die Zuarbeit der Medien in der Türkei aber auch der internationalen Medien nicht möglich gewesen wäre, wurde Sursuluk und alles was damit verbunden war, von einer künstlich erzeugten fundamentalistischen Gefahr aus der öffentlichen Diskussion herausgedrängt. Selbst linke Gewerkschaften und opportunistische Parteien stellten sich in dieser Phase, auf die Seite ihrer Unterdrücker. Ergebnis der Propaganda war das Verbot der Refah, das Abtreten der RefahYol-Regierung (ohne eine Wahl zu riskieren), sowie die Installierung einer neuen Regierung, unter dem Möchtegern-Saubermann Mesut Yilmaz, der als der neue Garant für die Macht des Militärs aufgebaut wurde. Mit der Übernahme der Regierung durch die ANAP/SP/DTP-Koalition begann eine Phase der selbst auferlegten Zurückhaltung, die national wie international zeigen sollte, daß nachdem die Fundamentalisten und Bandenchefin Ciller verjagt sind - Ruhe, Frieden und Demokratie im Innern der Türkei eingekehrt sei.

Doch dauerte es kein halbes Jahr, bis es zu einer neuen Verfolgungswelle gegen Linke und Revolutionäre kam, die versucht hatten, die gegebenen Freiräume für demokratische Aktionen, unter anderem zu der Tatsache, daß der Sursuluk-Staat weiterexistiert, zu nutzen. So hat sich, trotz großer Turbulenzen nichts geändert, außer die Gesichter der Marionetten, die die Politik des Militärs nach außen vertreten. Die national-religiösen Kleinbürger haben sich, nach dem Verbot der Refah, eine neue Dachorganisation aufgebaut und werden bei der nächsten Möglichkeit der Regierungsbeteiligung versuchen, sich noch genauer an die Spielregeln zu halten. Die Konterguerilla, die Zivilfaschisten und die Mafia, werden, solange das Militär der unbestrittene Machtfaktor bleibt, weiter Morden und ihre Geschäfte machen können.



Die Situation an den Hochschulen

Wie schon weiter oben erwähnt fließen nur 1-3 % des Staatshaushaltes in den Bildungs- und Gesundheitsetat. So ist es kein großes Wunder, daß die Schulen und Hochschulen meist miserabel ausgerüstet sind. Außer das in vielen Hochschulen und Fachbereichen zeitgemäßes Lehrmaterial fehlt, nur veraltete technische Geräte verfügbar und teilweise Verbrauchsmaterialien für wissenschaftliche Versuche gar nicht oder unzureichend vorhanden sind, müssen teilweise über tausend Studierende sich eine Mensa teilen die für höchstens 200 Menschen vorgesehen ist. Jährlich bewerben sich ca. 1,7 Mio AbiturientInnen um rund 300.000 Studienplätze. Viele BewerberInnen bereiten sich in privaten und dadurch äußerst kostspieligen Kursen auf die Aufnahmeprüfungen der Hochschulen vor, denn nur „die Besten" bekommen eine Chance auf einen Studienplatz. So setzt schon bei der Bewerbung der soziale Numerus Clausus ein, der die Jugendlichen bevorzugt deren Familien, das nötige Einkommen haben um ihre Kinder an höhere Schulen schikken zu können.

Das gesamte Studium in der Türkei ist kostenpflichtig. Für jedes Semester müssen je nach Fach unterschiedlich hohe Studiengebühren bezahlt werden. Das verringert die Möglichkeit vieler Familien ihre Kinder studieren zu lassen um ein weiteres. Die Gelder aus den Studiengebühren sollen nach Ausführungen der Regierung eigentlich für die Verbesserung der Situation an den Hochschulen eingesetzt werden, doch versickern auch diese Gelder in der Kriegskasse der Militärs.

In der Regel werden die Studiengebühren aus Rücklagen der Eltern bzw. der Familien der Studierenden finanziert. Die Chance für Studierende eine Arbeitsstelle zu finden ist, gerade wegen der immensen *Arbeitslosigkeit sehr* gering. Zwischen 85 - 90% der Studierenden arbeiten nicht. Wenn sie überhaupt arbeiten reicht der Lohn meistens nur für den direkten Lebensunterhalt. Die Studiengebühren sind innerhalb der letzten Jahre um ein mehrfaches gestiegen. Teilweise liegen die jährlichen Steigerungsraten bei 100 - 350%. So wird das Studium für immer größere Bevölkerungsgruppen nicht mehr bezahlbar. Zur Zeit liegen die Studiengebühren zwischen 11 und 123 Millionen T.Lira. Am niedrigsten sind diese bei Fächern wie Soziologie und Philosophie, am höchsten bei künstlerischen Fächern.

Neben den staatlichen Universitäten existieren immer mehr private Hochschulen in denen die Kinder reicher Familien ausgebildet werden.

Für die Festlegung der Studiengebühren ist YÖK, der staatliche Hochschulrat verantwortlich. Der letzte Coup dieses Hohen Hochschulrats ist die neoliberale Variante einer Autonomie für die Hochschulen der Türkei. Nachdem der YÖK jahrelang jede Forderung nach einer Autonomie der Hochschulen die auf finanzielle und wissenschaftliche Selbstbestimmung abzielte bekämpfte, stellte er selbst eine ihm genehme Autonomieregelung vor. Diese Variante sieht vor, daß die Universitäten die Höhe der Studiengebühren selbst festlegen sollen. Gleichzeitig sollen sich die Hochschulen aus diesen Gebühren dann selbst finanzieren. Das soll heißen daß jener Hochschulrat der...

ersten, die Autonomie der Hochschulen aufgehoben und Studiengebühren eingeführt hat, jetzt die Verantwortung für die Gebührenerhebung, die von Studierenden durchgehend heftig angegangen wurde und wird, an die Universitäten abgibt,
- Zweitens, damit nicht mehr für die ruinöse Situation, die die Budgetkürzungen der letzten Jahre zu verantworten hat,
- sich jetzt als Reformer und Initiator einer neuen Autonomie feiern läßt.

Für die Universitäten, die durchgängig nicht von ausgewiesenen DemokratInnen geleitet werden, heißt das, daß sie sich ihr Geld für die Aufrechterhaltung des Unibetriebes und den eigentlich notwendigen Modernisierungen, jetzt direkt von den Studierenden holen müssen. Der YÖK versucht sich so vor jeder Kritik im Bezug auf die Studiengebühren abzuschirmen. Weiter ist von einer Demokratisierung der Hochschulstrukturen und der Lehrinhalte nicht die Rede. Genausowenig wie von einem Mitbestimmungsrecht der Studierenden.

So wird auch in der Türkei ein Stadium vorbereitet in dem die Holdings und Großkonzerne über Finanzspritzen und den dafür geforderten Gegenleistungen sich immer mehr der Wissenschaft bemächtigen und diese für die eigenen Profitinteressen ausbeuten. Schon jetzt werden ganze Studiengänge in der Türkei nur noch in den Fremdsprachen abgehalten, die die Grundlage für die Arbeit bei bestimmten ausländischen Firmen sind. Der YÖK fördert damit die Autonomie des Kapitals in der Türkei und nicht die der Hochschulen und der Studierenden.

YöK, der nationale Hochschulrat - Produkt des Septemberputschs 1980

Der YÖK als allgewaltige Institution ist ein Produkt des Militärputschs 1980.
Die Aufgabe dieses Hochschulrats bestand von Anfang an in der Ausschaltung der demokratischen Opposition an den Hochschulen, sowie der Umgestaltung der Hochschulen im Sinne der Militärs. So wurden die Hochschulen unter dem Regime des YÖK von demokratisch orientierten und fortschrittlichen Lehrkräften gesäubert. Die meisten Professoren wurden entlassen, viele wurden gefoltert und/oder inhaftiert Die Lehrinhalte wurden verändert. So mußten sich die Studierenden sich mit der Glorie des Osmanischen Reiches beschäftigen. Das Türkentum wurde herausgestellt und chauvinistisch-nationalistische Inhalte propagiert. Außerdem erlebten die muslimischen Traditionen vor allem an den Universitäten eine starke Renaissance.
Gleichzeitig wurde ein absolutes Organisationsverbot in allen Bereichen des täglichen Lebens durchgesetzt. Diese Verbote demokratischer Organisationen sollte u.a. die demokratischen und revolutionären Traditionen der Studierenden zerstören, die in vielen Bereichen die antifaschistischen Kämpfe vor dem Putsch anführten.
Billiger und vor allem notwendiger als die Ausstattung der Hochschulen war und ist für den türkischen Staat seitdem die Überwachung und Unterdrückung des Widerstandspotentials an den Hochschulen. Auf dem Campus jeder Universität in der Türkei ist Polizei oder Gendarmerie stationiert. Studentische politische Gruppierungen oder gar eine studentische Selbstverwaltung wie die StuPen und Asten in der BRD sind verboten. Lediglich Regimekonforme, von der Hochschulleitung kontrollierte Vereine sind erlaubt. Kundgebungen, Flugblätter, selbst Büchertische für den Verkauf gebrauchter Bücher sind verboten. Letztere mit dem Vorwand, daß es sich schwer kontrollieren lasse, ob nicht doch politische Schriften darunter sind. An den Eingängen des Hochschulgeländes werden die Studierenden, aber auch Teile des Lehrpersonals ständig kontrolliert, um so zu verhindern das Informationsmaterialien und Flugblätter in die Universitäten gelangen. Die Polizei kann jederzeit Angehörige der Hochschule auf dem Campus festnehmen, Prügelorgien der Polizei auf dem Campus oder der Mensa sind keine Seltenheit. Denn die Studierenden sind nicht gewillt, sich in die Verweigerung ihrer Rechte zu fügen. Immer wieder finden Kundgebungen und Protestveranstaltungen an den Unis statt. Z.B. die jährlichen Proteste zum Gedenken an 7 Studierende die am 16. März 1978 an der Istanbuler Universität im Stadtteil Beyazit von Polizisten ermordet wurden. Veranstaltungen wie diese werden in der Regel von der Polizei angegriffen. Studierende die bei solchen Protesten verhaftet werden, können von der Polizei bis zu 15 Tage festgehalten werden, bevor sie einem Haftrichter vorgeführt werden müssen. In diesen 15 Tagen werden die Inhaftierten regelmäßig gefoltert. Schläge, tagelanges am Schlaf hindern, an Armen und Beinen aufhängen, eiskalte Duschen, Elektroschocks und Vergewaltigung sind gängige Folterpraktiken der türkischen Polizei.

Genauso wird vor Gericht mit den Studierenden nicht gerade zimperlich umgegangen. So wurden und werden immer wieder Studierende die sich an Protesten beteiligen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Gefällte Urteile in der Höhe von bis zu 15 Jahren bauen meistens auf Konstrukte auf, wie z.B. der Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen nach dem in der Türkei gültigen „Anti-Terror-Gesetz" daß sich sehr stark an die deutsche Variante desselben anlehnt. Dazu werden Beweismittel gefälscht und Vereinigungen konstruiert, die meistens dafür ausreichen die demokratischen Oppositionsgruppen, die nur teilweise systemüberwindenden Charakter haben per se zu kriminalisieren.

TÖDEF - die Föderation der Studierendenvereine der Türkei

Die Ursprünge aus der TÖDEF (die Föderation der Studierendenvereine der Türkei) entstanden ist liegt geschichtlich weiter zurück. Aus den ersten Studentenprotesten in den 60er Jahren entstand DEVRIMCI GENCLIK, eine Jugendorganisation in der damals wie heute viele Studierende aktiv sind. Von ihren Anfängen an kümmerten sich die Jugendlichen nicht nur um die Belange der Studierenden, sondern auch um andere Themen. Noch vor der eigentlichen Gründung organisierten sie Solidaritäts-aktionen mit streikenden ArbeiterInnen die von der Polizei angegriffen wurden und Aktionen gegen den US-/ NATO-Imperialismus. 1971 wurde DG durch einen Putsch faschistischer Elemente innerhalb des Militärs zum ersten Mal in die Illegalität gedrängt. Trotzdem kam es in der ersten Hälfte der 70er Jahre zu vielen Protestaktionen u.a. gegen die völkerrechtswidrige Besetzung der Insel Zypern durch die türkische Armee. Außerdem mußten sich die fortschrittlichen Kräfte zu dieser Zeit verstärkt gegen teilweise bewaffneten Angriffe faschistischer Gruppen erwehren. Damals gehörte auch die Vorgängerorganisation der Refah (MSP) zu den vom türkischen Militär unterstützten Kräften, die gezielte Angriffe auf aufbegehrende ArbeiterInnen und studentische Linke durchführten. Erst ab 1976 konnte die DG wieder legal agieren.
In der zweiten Hälfte der 70er Jahre organisierte DG eine Vielzahl von Aktionen und Protesten, die einerseits die Kämpfe verschiedener Teile des Volkes (Arbeitskämpfe, die Kämpfe der verarmten Bevölkerung der Vorstädte und Slums, Studierendenproteste) vorantrieb, andererseits internationalistische, anti-imperialistische Befreiungsbewegungen unterstützten.

Nach dem blutigen Septemberputsch der Militärs 1980 wurde DG, sowie alle fortschrittlichen Organisationen erneut verboten. Hunderte von Menschen wurden ermordet, Tausende gefoltert und eingeknastet. Viele Menschen gingen ins Exil.
Das Militär installierte ein faschistisches Bildungssystem und setzte wie schon vorher beschrieben den Hohen Hochschulrat (YÖK) an dessen Spitze. Die ideologische Umstrukturierung der Lehrpläne, die Verbannung fortschrittlicher Lehrkräfte, die Einführung von Studiengebühren und die Besetzung der Universitäten (all diese Veränderungen sind bis zum heutigen Tage in Kraft) durch die Polizei machten eine weitere Organisierung der Studierenden gegen das Hochschulregime des YÖK notwendiger denn je.

Erst Mitte der 80er Jahre konnten sich die Linken und fortschrittlichen Kräfte von den vorher erwähnten Schlägen erholen. Viele Aktionen dieser Zeit standen im Zusammenhang mit der Situation und den Kämpfen der politischen Gefangenen. So gab es an den Hochschulen 1984 eine starke Unterstützung für den Hungerstreik / das Todesfasten der politischen Gefangenen, in dem 4 Gefangene starben. Anzumerken ist, daß sich die Gefangenen durch diesen Hungerstreik viele Rechte erkämpfen konnten. Die ersten wiederbelebten Organisierungsansätze mußten sich immer wieder gegen die teilweise bewaffneten Angriffe von Zivilfaschisten und Polizeikräften erwehren.
1990 wurde IYÖ-DER (als Zusammenschluß von verschiedenen Studierendenvereinen in Istanbul) gegründet. IYÖ-DER entstand aus der Organisierung eines generellen Boykott-Tages gegen das Regime des YÖK. Dieser Boykott-Tag der seitdem jedes Jahr stattfindet und von unterschiedlichsten Aktionen begleitet wird, findet jeweils am 6. November statt. Von Anfang an, beteiligten sich viele Studierende aus jedem Teil des Landes an den Boykott-Aktionen.
In vielen anderen Städten bildeten sich weitere Assoziationen der Studierenden-vereine und wurden so zur Vorstufe der TÖDEF, der im März 1991 als nationaler Zusammenschluß der Studierendenvereine gegründet wurde. Um den Kreis hier zu schließen sei noch angemerkt, das die Zeitung die TÖDEF herausgibt DEVRIMCI GENCLIK heißt.
DG arbeitet auf der Grundlage der gemeinsamen aufeinander aufbauenden Geschichte in allen Bereichen der politischen Arbeit mit Jugendlichen und ist immer noch eine der größten fortschrittlichen Jugendorganisationen der Türkei.
TÖDEF ist die größte zentrale Studierendenorganisation des Landes und als solche in mittlerweile 40 Städten organisiert. Die Zentrale der Organisation ist in Istanbul.
Die politischen Schwerpunkte der Organisation sind der...
- Kampf gegen den Faschismus, der Grundlage des Herrschaftssystem in der Türkei ist.
- Kampf für demokratische Rechte an den Universitäten und die Wissenschaftsfreiheit.

Außerdem ist ihnen die solidarische Verbindung zu allen Segmenten des Volkes wichtig, dessen Kämpfe sie praktisch unterstützen.
Genauso gehört die internationale Solidarität auf der Basis anti-kapitalistischer und antiimperialistischer Inhalte zum Grundverständnis der Organisation.
Die beiden zuletztgenannten Punkte unterscheidet TÖDEF von den meisten der anderen studentischen Organisierungen, die sich meistens nur um die Verbesserung der Situation der Studierenden bemühen. TÖDEF beansprucht trotz des hohen Organisierungsgrades keinen Alleinvertretungsanspruch. D.h. daß sie auch immer wieder in Bündnissen mit anderen Studierendengruppen arbeiten.

Der Kampf gegen den YÖK und der Vorschlag zur Bildung von Studierenden- u. Jugendräten

Der 1990 zum ersten Mal, damals von der DG organisierte Kampftag entwickelte sich in den danach folgenden Jahren zu einer neuen kämpferischen Tradition an der sich immer mehr Menschen und das heißt nicht nur Studierende beteiligen. Die organisierte StudentInnenschaft hängt an diesem Tag Transparente an den Universitäten. Sie gehen in die Vorlesungen, besetzen die Hochschulverwaltungen und gehen gemeinsam mit anderen Jugend- und Basisorganisationen und GewerkschafterInnen auf die Straßen und Plätze der großen Städte. In Betrieben mit einem hohen Organisationsgrad unter den ArbeiterInnen fanden schon Solidaritätsstreiks und andere Aktionen statt. Der faschistische Staat reagiert auf die Aktionen und Manifestationen regelmäßig mit brutalen Übergriffen und Festnahmen, die oft Folterungen und Inhaftierungen nach sich ziehen. Die praktische Solidarität und die organisatorische Verbindung mit widerständigen Menschen aus vielen anderen Teilen der Bevölkerung macht die Stärke dieses Widerstandstages aus. Das Wissen um den gemeinsamen Feind, von dessen Repression einzelne Menschen aus sehr vielen Familien betroffen sind, schafft oft genug die verbindende Solidarität, die die Menschen in den Armenvierteln, Betrieben, Schulen und Universitäten mobilisiert.

Es gibt seit kurzem einen Vorschlag von TÖDEF, Räte an Schulen und Hochschulen zu bilden. Ziel ist es über die Organisationsgrenzen hinweg einen Rahmen zu schaffen, der auf demokratischer Grundlage die konkreten Probleme der SchülerInnen und Studierenden in ihren Bildungseinrichtungen angeht. Die Bandbreite der Probleme die angegangen werden sollen, reicht von der Unterversorgung und Überteuerung des Mensaessens, über die schlechte Ausstattung mit Lehrpersonal bis zu der Polizeipräsenz an den Schulen und Universitäten. In diesen Bereichen sollen selbstbestimmte Interventions- und Kampfformen, je nach dem Ergebnis der gemeinsamen Diskussionen angewandt werden. Auch sie denken, von den Erfahrungen der Volksräte ausgehend, an Petitionen, Gesprächen mit Schul- und Hochschulverwaltungen und Presseerklärungen und Demonstrationen und Kundgebungen. Die Räte sollen direkt in den Bildungseinrichtungen aufgebaut werden und sich eine Vernetzung mit den anderen SchülerInnen- und Studierendenräten schaffen. Perspektivisches Ziel ist die Schaffung einer Gegenmacht an der die staatlichen Stellen und die Verwaltungen nicht mehr vorbeikommen. Der Vorschlag zur Bildung von Räten an den Bildungseinrichtungen schließt außerdem die Einbeziehung von arbeitenden und arbeitslosen Jugendlichen und ihrer Forderungen mit ein, da viele davon durch die hohen Studiengebühren keine Chance haben sich über ein Mindestmaß ausbilden zu lassen.
Konkrete Ansätze für eine breit angelegte Zusammenarbeit sind schon auf dem Feld des antifaschistischen Kampfes entstanden. In vielen Hochschulen haben sich Antifaschistische Komitees gebildet, an denen auch Studierende beteiligt sind, die bisher nicht in politischen Gruppen organisiert waren. Die Notwendigkeit dieser Organisierung entstand aus der in letzter Zeit stark zunehmenden Zahl zivil-faschistischer Angriffe auf studentische Wohnheime. Die derzeitige Situation legt den Vergleich mit der Situation vor dem 80er Putsch nahe. In den späten 70er Jahren waren es auch die zivilfaschistischen Kräfte, die mit Duldung des Staatsapparats versuchten die sich entfaltenden progressiven Kräfte zurückzudrängen. Heute, zu einer Zeit in der sich gerade auch die Studierendenbewegung im Aufwind befindet sind es wieder diese Kräfte, die versuchen fortschrittliche Studierende einzuschüchtern. StudentInnen werden in ihren Wohnheimen mit Messern und Knüppeln angegriffen. Während der Zeit in der ich in Istanbul war, kam es ebenfalls zu einem solchen Angriff, der mitten in der Nacht erfolgte, so daß die Überfallenen aus dem Schlaf gerissen wurden. Mehrere Studierende wurden mit Messern verletzt. Polizisten, die sonst ständig in und vor den Wohnheimen präsent sind, haben wieder einmal nichts mitbekommen. Die antifaschistischen Komitees organisieren vor allem Schutzmaßnahmen und versuchen Öffentlichkeit für die Angegriffenen herzustellen. Außerdem geht es ihnen um die Organisierung einer breit angelegten antifaschistische Aufklärungsarbeit.

Um den Ansatz und die Inhalte auf denen TÖDEF gegen den YÖK kämpft verständlich zu machen setzen wir an diese Stelle den Text eines Mobilisierungsflugblattes von 1996:

Nimm auch du am 6. November Boykott teil

Wenn du gegen hohe Studiengebühren bist,
wenn du gegen die Privatisierung der Universitäten bist,
wenn du bei der Verwaltung der Universitäten Entscheidungsrecht haben willst,
wenn du gegen den YÖK bist,
wenn du glaubst, daß die Universitäten keine Universitäten sondern Bildungseinrichtungen sind, dann nimm auch du am Boykott teil.
Warum sagen wir Boykott?
Weil Universitäten Einrichtungen der Bildung und Erziehung sind. Wir brauchen Einrichtungen die soziale Fähigkeiten entwickeln, die ein neues Denken bilden.
Wir sehen in welchem Zustand die Universitäten heute sind, weil sie sich in den Händen der Monopoleigner und Herrschenden befinden. Die Universitäten bilden nicht für ein solidarisches soziales Leben aus, sonder für die Kassen der Herrschenden. Der Staat nimmt sich die Leute die er gebrauchen kann, der Rest muß schauen wie er zurecht kommt.
An welcher Universität wurde bisher etwas gegen die Probleme des Volkes unternommen? Wir wissen aber, daß die Universitäten untereinander wetteifern, wer die Holdings am besten bedienen kann.
Unsere DemokratInnen, die Intellektuellen, AkademikerInnen wurden immer unterdrückt, aber die Minister, Premierminister, Großkapitalisten bekommen Ehrenauszeichnungen und Belohnungen.
Was kann das sein außer Würdelosigkeit?
Wissen wurde zur Ware gemacht. Wer 100 Millionen T.Lira zahlen kann, besucht private Hochschulen. Die Kinder des Volkes werden in Einrichtungen geschickt die sich zwar Universitäten nennen aber aus nichts als vier Wänden mit einer Tafel bestehen. Die Universitäten werden privatisiert.
Was ist das anderes als die wissenschaftliche Ehre mit Füßen zu treten? Auf dem Gelände einer Universität sind lauter Zivilpolizisten, uniformierte Polizisten und Gendarmerie, sie nutzen die Universitäten als wären sie eine ihrer Abteilungen. Die Verwaltung wird von Zivilfaschisten und Polizisten regiert.
Findet ihr daß die Jugend ein solches Bildungssystem verdient?
Mit Unterdrückung wollen sie die Jugend zum Schweigen bringen. Ist das nicht ein Zeichen von Angst? Ja, sie haben Angst weil die Jugend bis jetzt immer ein Alptraum der Herrschenden und der Holdings war. Warum? Weil die Jugend zu jeder Zeit ihre Rechte einforderte, Sie beschützte die Ehre, die Gleichberechtigung und die Gerechtigkeit. Von 68 bis 90 Sind sie deswegen auf die Straße gegangen. Sie schweigen nicht.
..... wir machen keine Show, wir wollen unsere Rechte haben.
Wir haben uns entschlossen Am 6. November gehen wir zum Boykott
Der 6. November-Boykott ist die Antwort der Jugend auf den YÖK,... Er ist eine Aktion derjenigen die ihre Rechte fordern.

Kaiserslautern den 18.03.1998
Komitee für internationale Solidarität (KL)

Organisatoren der Unmenschlichkeit(1)

Einleitung

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK), das - daran sei zu Anfang erinnert - während des Schah-Besuchs 1967 in Berlin kostenlos Tee an die Prügel-Perser verteilte, ruft bundesweit auf kostenlos zu Verfügung gestellten Plakatwänden an Gefühle appellierend penetrant zum Blutspenden „beim Roten Kreuz" auf. Nach dem zweiten Weltkrieg erhielt das DRK zwei Millionen DM und den Auftrag mit seiner Blutarbeit zu beginnen, Reserven und Lagerhaltung zu organisieren. Mit der Wiederbewaffnung und dem Aufbau der Bundeswehr flossen weitere Zuschüsse in Millionenhöhe. Heute macht das DRK mit dieser Arbeit einen jährlichen Umsatz von weit über einer Milliarde Mark. In diesem wesentlichen Teilbereich des DRK wurde ihm vor über 15 Jahren die Gemeinnützigkeit entzogen.



Blutspendetermine des DRK sind in Kaiserslautern jeden Monat im DRK-Haus, regelmäßig an der Universität und im gesamten Landkreis. Für einen halben Liter Blut, den die Pharma-Fabrik DRK wertsteigern und an Krankenhäuser verkaufen wird, erhält die Person, die es hergibt, nicht viel mehr als einen feuchten Händedruck und eine Scheibe Brot. Uni-Kliniken zahlen dafür in der Regel 40 bis 100 DM. Auch beim Kaiserslauterer Westpfalz-Klinikum, ausgebaut auf einem Teilstück der ehemaligen Friedrich-Engels-Straße, erhält mensch 40 DM Aufwandsentschädigung. Mit jeder Blutabgabe wird die bürgerlich-kapitalistische Medizin subventioniert. Eine notwendige fundamentale Kritik an dieser würde den Artikel sprengen. Deshalb sei hier verwiesen auf die Publikationen des Sozialistischen Patientenkollektivs/Patientenfront aus dem KRIMM-Verlag, Verlag für Krankheit.

Die Blutspenderei geht einher mit rassistischen Auswahlkriterien. Die Blutspendezentrale Saar-Pfalz gGmbH schließt alle „im außereuropäischen Ausland oder in der Türkei geboren[en] oder aufgewachsen[en]" und alle ehemaligen und heutigen „Prostituierte[n], homo- oder bisexuelle[n] Männer, Strafgefangene" aus. Ausgeschlossen werden beim DRK-Blutspendedienst Rheinland-Pfalz/Saarland zusätzlich „Einwohner von Afrika und Haiti sowie Personen, die nach 1977 von dort ausgewandert sind", „Personen, die Sexualkontakt mit möglicherweise AIDS-infizierten Afrikanern/Afrikanerinnen (...) hatten" und jeweils „deren Sexualpartner".



Hauptteil

In Rheinland-Pfalz wurden bis 1996/97 Flüchtlinge vor ihrer Abschiebung in über das Land verteilte Knäste gesteckt. Im Kaiserslauterer Knast waren ständig 30-40 Flüchtlinge inhaftiert, die, sofern sie überhaupt verstanden haben, was mit ihnen passierte, in Angst auf ihre Abschiebung und deren Folgen warten mußten. Inzwischen ist in Birkhausen, außerhalb der Stadtgrenze von Zweibrücken, der zentrale Abschiebeknast für Rheinland-Pfalz in Betrieb. Offiziell wird er „Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA)" genannt, Beschäftigte sprechen - etwas ehrlicher - von der „zentralen Abschiebeanstalt". Im Rheinland-Pfälzischen Hinterland, auch bekannt durch die JVA Zweibrücken, wo bereits Menschen wegen §129a StGB einsaßen, erwarten die Herrschenden keine Proteste. Am Abschiebeknast Birkhausen mit rund 50 Gefangenen ist die evangelische Kirche der Pfalz mit Anstaltsseelsorge und Betreuung beteiligt.



Erfassen, Internieren, Abschieben! Das DRK macht's möglich!

Sogenannte Sammelunterkünfte für Flüchtlinge betreiben die Kommunen, aber auch die katholische Caritas, das evangelische Diakonische Werk (bspw. in drei Städten der Vorderpfalz) und das DRK (bspw. im Saarland die Dépendance Homburg). In Düren (Nordrhein-Westfalen) stellte 1992 die Arbeiterwohlfahrt, die ein Sammellager für Flüchtlinge betreuen sollte, Mindestforderungen (Betreuung u.a. durch Sozialarbeiter/innen im Sammellager), die laut eigener Aussage vom Land nicht akzeptiert wurden. Der konkurrierende Wohlfahrtskonzern DRK/Rheinland hatte offenbar weniger Ansprüche und erhielt den Zuschlag. Es ist also eine Lüge, wenn der dortige Pressesprecher des DRK sagt: „Wir wollen es machen (Sammelunterkünfte betreiben - Anm. des Autors), da wir dieses sozialer tun." Das DRK organisiert und betreibt, z.T. direkt als Träger, 120 Sammel- und Abschiebelager und andere Flüchtlingsunterkünfte in der BRD (hinzu kommen 70 Unterkünfte in DRK-Trägerschaft für Aussiedler/innen; Stand: Ende 1993) - kassiert dafür Kohle vom jeweiligen Bundesland. Öffentliche Gespräche, in denen Kritik an dieser Praxis zu erwarten sind, lehnt das DRK kategorisch ab.

Flüchtlinge werden gegen ihren Willen in Sammellager gesteckt, sind z.B. in Containerlagern außerhalb des Dorfes/der Stadt faschistischen Angriffen schutzlos ausgeliefert und werden zum größten Teil nach immer kürzerer Zeit aus dem Land geworfen. Einige von ihnen erleben bis dahin z.T. mit Stacheldraht umgebene Lagerunterkünfte mit Zugangskontrolle, Wachmannschaft und angeschlossener Abschiebeabteilung. Richter vor Ort prüfen die Asylanträge und selektieren die Flüchtlinge in einen größeren Teil, dessen Insassen abgeschoben werden sollen, und in einen kleineren, wo diejenigen untergebracht werden, die weitere Prüfungen oder Gerichtsverfahren über sich ergehen lassen müssen. Verstöße gegen die Lagerordnung können mit Haft oder sofortiger Abschiebung geahndet werden. Die gefangenen Flüchtlinge werden reglementiert, diskriminiert und entmündigt. Lagerunterkünfte nehmen - und das ist beabsichtigt - den Flüchtlingen jede Möglichkeit, Kontakt zu anderen Flüchtlingen aufzunehmen und in Kontakt mit der Bevölkerung, d.h. auch mit potentiellen solidarischen Organisationen und Einzelpersonen zu kommen.

Die Übernahme von sozialen Aufgaben und den Lagerunterkünften selbst dient der Befriedigung eigener Interessen; die Wohlfahrtskonzerne handeln nicht aus Mitbetroffenheit oder Solidarität. Sie setzen eigene latent oder offen rassistische Maßstäbe an. Sie haben teils Mitleid mit den angeblich Hilflosen und meinen, ein fertiges Rezept in den Händen zu halten. In ihrem Handeln existiert keine Gleichgewichtigkeit, sondern ein oben und unten. Mit der Übernahme der Lagerunterkünfte helfen Wohlfahrskonzerne und Kirchen den Flüchtlingen nicht, sondern handeln direkt gegen deren Interessen. Sie setzen die politischen Vorgaben, die rassistischen (Sonder-)Gesetze vom Schengener Abkommen bis zu Kanthers „Ausländergesetz" treu um und praktizieren das staatliche Abschiebeprogramm. Und trotzdem berufen sie sich in ihrer Tätigkeit auf die Prinzipien „Neutralität" und „Humanität/Menschlichkeit"(2). Der Schlüssel zum Verständnis dieses - scheinbaren - Widerspruchs liegt im Begriff der Wohltätigkeit des Helfen-Wollens um jeden Preis, den viele kirchliche Einrichtungen und Wohlfahrtskonzerne, allen voran das DRK, vertreten.



Diese Wohltätigkeit sieht auf der einen Seite ausschließlich das Leid und die Opfer, auf der anderen Seite stehen die christlichen Seelsorger/innen, Rotkreuzler/innen usw., die sich ebenso ausschließlich als Helfer/innen definieren. Solange sie sich nur als Helfende wahrnehmen, glauben sie, daß sie sich aus allen sozialen und politischen Auseinandersetzungen heraushalten würden. Und wer hilft, meinen sie, mache keine Politik. Das nennen sie „Neutralität".

Der deutsche Faschismus zeigt, wohin solch eine Haltung führen kann: „So blickt das Deutsche Rote Kreuz voll Stolz (...) in eine Zukunft für Volk und Vaterland bedeutsamer Aufgaben. Unter den Augen des Führers, seines Schirmherrn, wird es die ihm gestellten Aufgaben meistern, weil alle DRK-Männer und -Frauen sich ihrer Verpflichtung bewußt sind. Sie folgen freudig der neuen Fahne des Deutschen Roten Kreuzes, auf welcher der deutsche Aar das Rote Kreuz schützend in seinen Fängen hält. Die Brust des Adlers ziert das Hakenkreuz. Beide Symbole, das rote Kreuz und das Hakenkreuz, versinnbildlichen das Leitwort, nach dem von jeher jeder DRK-Mann, jede DRK-Frau handelt: Gemeinnutz geht vor Eigennutz" (Müller-Werthmann, S. 22). Auch damals hat das DRK keine Politik gemacht. Es hat die politischen Vorgaben jedoch mit mörderischer Konsequenz umgesetzt. Mit dem Zuspruch Adolf Hitlers bereiteten sich die DRK-Helfer/innen auf Auschwitz vor. Das DRK war aktiv an der Betreibung einiger Konzentrationslager beteiligt. Der damalige Vize-Präsident des DRK, Reichsarzt-SS Dr. Robert Grawitz wirkte direkt an Planung und Durchführung der Euthanasie-Morde der Nazis mit.

Völlig im Einklang mit seinen Prinzipien ließ die Neutralität nicht zu, daß sich das DRK gegen die KZs wandte, daß es eine antifaschistische Position entwickelte oder Widerstand geleistet hätte. Die neutrale Haltung führte das DRK unmittelbar zur Einnahme einer Herrschaftsposition. Das ist heute genauso. Die Neutralität des DRK und anderer Wohlfahrtskonzerne verhindern eine Position gegen Abschiebungen und gegen Lager, sie ermöglicht jedoch den Betrieb von Abschiebelagern.



Wenn von staatlicher Seite von sozialen Problemen abgelenkt wird, indem z.B. Rassismus geschürt wird, dient dies den Herrschenden zur inneren Befriedung und zur Rechtfertigung von Repression und Gewalt. Die „Wahrung und Förderung des sozialen Friedens hierzulande" fordert auch Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, der Präsident des DRK, von seiner Organisation in der Flüchtlingsarbeit. Dabei müßten „auch die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung in Betracht" gezogen werden(3), meint das DRK. Genauso müsse „die Einwanderung nach Interessen und Verantwortung der Bundesrepublik" geregelt werden. Wenn es nach den Interessen der sogenannten Bundesrepublik, nach Bedürfnissen der „einheimischen Bevölkerung" und der von ihr gewählten und geduldeten „Bundesregierung [und deren] Flüchtlingskonzeption" geht, kann nur Scheiße rauskommen.

Das DRK schließt sich der herrschenden Meinung an, daß „die lokal ansässige Bevölkerung" „unter dem Flüchtlingszustrom" leide, weil sie „ihr Land und ihre Dienstleistungen, ihre Ressourcen und oft auch ihre Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten mit den Flüchtlingen teilen" müsse. Deshalb will es durch „Auf- und Ausbau" seiner „Rotkreuzstrukturen ... einen Beitrag zur Eindämmung von Migrationsbewegungen leisten." (DRK-Broschüre „Positionspapier...", S. 26 f.). Diese Sätze beinhalten schön formuliert die faschistische Parole „Deutschland den Deutschen".

Die „Friedensfrage der Zukunft" sei, so das DRK, „das Weltflüchtlingsproblem"(4). Von dem „Weltflüchtlingsproblem", vom DRK so bezeichnet, um es propagandistisch einzusetzen und wahre Hintergründe zu verschleiern, sei „Deutschland zunehmend betroffen". Eine Ursache für dieses angebliche Problem sei, so das DRK 1993 sich auf Peter J. Opitz berufend, „das Bevölkerungswachstum in den Armutsregionen der Welt". Mit dieser Argumentation redet das DRK einer angeblich existenten „Überbevölkerung" das Wort. Damit wird Bevölkerungspolitik befürwortet, die nicht die Armut, sondern die Armen bekämpft. Mit einer solchen Argumentation betreibt das DRK offen rassistische Propaganda. Dafür werden Flüchtlinge gerne instrumentalisiert.

Fortsetzung ⇨ ⇨ ⇨

„Flüchtlingshilfe" sei „nationale Aufgabe des DRK". Aber die Arbeit für und mit Flüchtlinge/n gilt nur bestimmten Zielgruppen. Darunter fallen nicht z.B. abgelehnte Asylsuchende und Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis. Weitere „wesentliche Aufgabe der DRK-Arbeit", so die DRK-Geschäftsführung, sei das Arbeitsfeld „Repatriierungsshilfen": „Hilfen bei beabsichtigter Rückkehr" ins „Heimatland". 1980 bis 1985 führte das DRK das Modellprojekt „Förderung der freiwilligen Rückkehr von Asylbewerbern" durch. Zielgruppe waren hier „Asylbewerber", also weder anerkannte noch abgelehnte Asylsuchende, deren Verfahren noch läuft und deren Anerkennung als Verfolgte/r möglich ist, aber die dennoch offenbar auch vom DRK hier nicht erwünscht sind. Was „freiwillige Rückkehr" dabei bedeutet ist auch klar, seitdem Flüchtlinge von 1996 an Briefe von den „Ausländerämtern" erhalten, sie mögen entweder bis zum soundsovielten freiwillig ausreisen - oder danach eben unfreiwillig.
Ende 1993 berichtet das DRK stolz: Die ca. 420 Beratungsstellen und die über 140 spezielle „DRK-Flüchtlingsberatungsstellen" beraten „rückkehr- und weiterwanderungswillige Ausländer im gesamten Bundesgebiet. Ca. 5000 Personen pro Jahr nehmen dieses Angebot in Anspruch, etwa die Hälfte verläßt daraufhin Deutschland." Für die Erfolge aus dieser guten Beratung können sich die Deutschen beim DRK bedanken.



++ Nie wieder Lager! +++ Nie wieder Lager! +++

Schluß
Das ehemalige Rot-Kreuz-Gebäude in der Augustastraße war eine Folterstelle des NS-Faschismus. Darin wurden Menschen zusammengepfercht und von dort aus nach Auschwitz, Dachau, Buchenwald und in andere KZs verschleppt. Heute betreibt der DRK-Kreisverband Kaiserslautern einen internationalen Suchdienst und Sozialarbeit mit Aussiedler/inne/n. Er läßt Rußlanddeutsche für 5 DM in der Stunde den Hof kehren und Mülltonnen schleppen.

Anmerkungen
(1) Günter Grass bezeichnete 1997 während der Frankfurter Buchmesse in der Paulskirche den Umgang mit Flüchtlingen in der BRD als „organisierte Barbarei". Und er nannte „regierungsamtliche Vorbeter des Rechtsradikalismus" beim Namen: „von Stoiber bis Kanther". In diesem Text geht es um deren Handlanger.
(2) siehe exemplarisch: DRK-Broschüre „Sozialdienste...", S. 8: „Besonderheiten des Roten Kreuzes, die auch für Migrationsdienste von Bedeutung sind, liegen in seinem internationalen Bekanntheitsgrad und seiner weltanschaulichen Neutralität begründet" und den Werbeslogan des DRK, ebenda S. 14: „Im Zeichen der Menschlichkeit".
(3) Was das genau bedeutet, zeigt das Beispiel Stade, das bereits Schule machte: Die einheimische Bevölkerung hat das Bedürfnis, die Gefahr, Nicht-Deutschen zu begegnen, auszuschließen. Sie will nur Kneipen und Lokale aufzusuchen, wo sich garantiert keine/r von den etwa 200 Sinti, die in einer Wohnsiedlung am Stader Stadtrand leben, aufhalten. Um dies zu gewährleisten, werden Werbeschilder vor die Türen der Kneipen gestellt: „Pferdewurst, DM 3.50", meist ist liebevoll ein langmähniger Pferdekopf dazugemalt. Pferde sind nämlich für Sinti ein heiliges Tier und die Stammesregeln verbieten ihnen, ein Lokal zu betreten, in dem Pferdefleisch angeboten wird. Früher war das einfacher: Da genügte beispielshalber ein Schild „Juden unerwünscht", und das Lokal war „sauber". Wollte man das ganze Land „sauber" halten, mußte allerdings schon Zyklon B eingesetzt werden.
(4) Apropos Frieden: inmitten von Kriegsmaterial der Rüstungskonzerne hatte auf der „Internationalen Luftfahrtausstellung Berlin '98" auch das DRK einen Stand. Die eine Branche ist Geschäftsgrundlage der anderen.

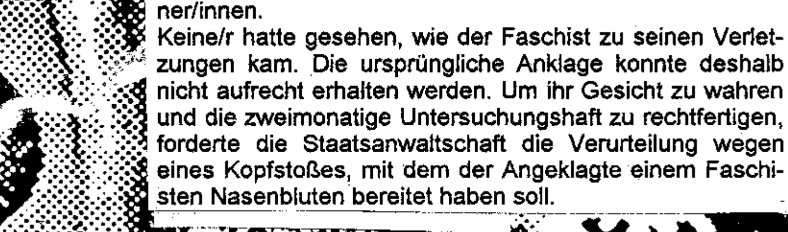
Verwendete Materialien
Antifaschistischer Rundbrief Kaiserslautern 1/98
Fragebogen der Bluspendezentrale Saar-Pfalz gGmbH von Januar 1998
Fragebogen des DRK-Blutspendediensts Rheinland-Pfalz/Saarland gGmbH von Dezember 1997
DRK, Generalsekretariat Bonn: Positionspapier des DRK zur Flüchtlingshilfe, Oktober 1993
DRK, Generalsekretariat Bonn: Rahmenkonzeption zur Sozialarbeit mit ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen, 5. überarbeitete Auflage, August 1994
DRK, Generalsekretariat Bonn: Sozialdienste für Migrantinnen und Migranten im DRK, November 1993
Klee, Ernst: Film über das DRK 1921-1945

Verwendete Materialien (Fortsetzung)
Lichtenstein, Heiner: Angepaßt und treu ergeben. Das Rote Kreuz im „Dritten Reich", Bund-Verlag, Köln 1988
Müller-Werthmann, Gerhard: Konzern der Menschlichkeit. Die Geschäfte des Deutschen Roten Kreuzes, Hohenheim Verlag, Hamburg 1984
Ossietzky 6/98, 8/98, 10/98
UNFASSBA Nr. 14/15, November 1992

Verurteilt, weil er sich faschistischem Angriff widersetzte

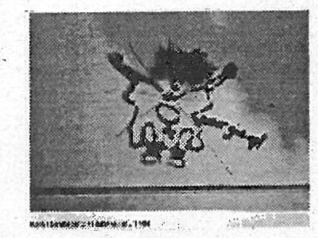
Spätestens seit dem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Lübeck und der darauffolgenden Anklage gegen den Bewohner Safwan Eid ist es Methode des Staates und seiner Anwälte geworden, die Opfer faschistischer Anschläge und Angriffe zu den Schuldigen zu erklären und ihnen den Prozeß zu machen. So auch in Kaiserslautern, wo am 13.08.98 vor dem Landgericht ein türkischer Mann wegen vorsätzlicher Körperverletzung verurteilt wurde, der sich zusammen mit anderen gegen einen gezielten Angriff von Faschisten zur Wehr setzte.
In den ersten Stunden des 27.12.97 wurden etwa 25 jugendliche Nazi-Skinheads in paramilitärischer Aufmachung, nachdem sie - begleitet von rassistischem Gesang und Gegröle - randalierten, aus einem Bistro im nordpfälzischen Kirchheimbolanden verwiesen. Beim Hinausgehen beleidigten sie die anwesenden Marokkaner, Türken und einen farbigen US-Amerikaner und riefen weitere ausländerfeindliche Parolen: „Nigger und Kanacken raus", „Deutschland den Deutschen", „Heil Hitler". Vor dem Lokal formierten sich die Faschisten und provozierten weiter („kommt doch raus"), schrien nach einer „Reichskristallnacht" und warfen eine Flasche an die Scheibe. Um Einhalt zu gebieten, ging der Wirt hinaus. Er wurde direkt so gewalttätig angegriffen, daß ihm andere Lokalgäste zu Hilfe kommen mußten. Bei der darauf folgenden Schlägerei wurden ein Faschist und der US-Amerikaner durch Messerstiche schwer verletzt und mußten zu Notoperationen in Krankenhäuser gebracht werden. 21 Faschisten wurden nach Eintreffen der Polizei festgenommen, als Beschuldigte vernommen und wieder entlassen. Zwei geladene Schreckschußpistolen, einen Totschläger, ein Messer und ein rechtsextremistisches Flugblatt wurden bei ihnen sichergestellt. Dieser „Skin-Überfall" (taz, 29.12.97) war auch bundesweit erscheinenden Tageszeitungen eine Meldung wert. Danach war das Interesse aber verschwunden.
Zwei Tage nach dem faschistischen Angriff wurde ein 31-jähriger türkischer Familienvater vorübergehend festgenommen, der sich als einer der Gäste zur Wehr gesetzt haben soll. Mitte April 98 wurde er erneut verhaftet und kam für zwei Monate in Untersuchungshaft, weil Fluchtgefahr bestünde. Die Staatsanwaltschaft klagte ihn wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung an dem verletzten Faschisten an. Er bestritt von Anfang an diese ihm vorgeworfene Tat.
Ende Juli 98 begann der Prozeß vor dem LG Kaiserslautern mit mehr als 45 geladenen Zeugen, darunter auch die beteiligten und damals beschuldigten Faschisten. Einige von ihnen hatten sich offensichtlich vor der Verhandlung abgesprochen, um den Angeklagten zu belasten. Dennoch oder gerade deswegen waren ihre Aussagen in sich widersprüchlich oder widersprachen den Aussagen anderer ihrer Kameraden und unbeteiligter, neutraler Anwohner/innen.
Keine/r hatte gesehen, wie der Faschist zu seinen Verletzungen kam. Die ursprüngliche Anklage konnte deshalb nicht aufrecht erhalten werden. Um ihr Gesicht zu wahren und die zweimonatige Untersuchungshaft zu rechtfertigen, forderte die Staatsanwaltschaft die Verurteilung wegen eines Kopfstoßes, mit dem der Angeklagte einem Faschisten Nasenbluten bereitet haben soll.





Nach mehr als zehn Prozeßtagen folgte das Gericht in der Urteilsverkündung zum größten Teil der Staatsanwaltschaft. Der Angeklagte wurde zwar vom Vorwurf des versuchten Totschlags und der gefährlichen Körperverletzung freigesprochen, aber wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu 60 Tagessätzen á DM 30,- verurteilt. Das bedeutet einen Eintrag in das Vorstrafenregister. Zu diesem Geldbetrag kommen noch Prozeß- und Anwaltskosten.
Der Urteilsbegründung legte der Vorsitzende Richter Wiebel nur die belastenden Aussagen der Faschisten zugrunde und bezeichnete sie als glaubhaft. Das klang abschließend wie ein Schuldspruch, der - für den Richter bedauerlicherweise - aber nicht zu einer Verurteilung in Sinne der Anklage führte. Eine Haftentschädigung für den Angeklagten wegen der erlittenen Untersuchungshaft lehnte das Gericht ausdrücklich ab.
Dem zweiten Schwerverletzten, der 40-jährige US-Amerikaner, wurden die Messerstiche von den Stiefelfaschisten zugefügt. Gegen diese wurden allerdings die Ermittlungen, ohne daß es zu einer Anklage kam, bereits vor Monaten eingestellt.
Mit der Anklageerhebung und der erfolgten Verurteilung vor dem LG Kaiserslautern wird erneut ein Signal gesetzt. Das Herrschaftsinstrument Justiz bestraft antifaschistisches Handeln und erteilt indirekt deutschen Faschisten die Erlaubnis, bedenkenlos ihre mörderische Politik zu betreiben. Die an dem Angriff in Kirchheimbolanden beteiligten und im Donnersbergkreis wohnenden Faschisten, darunter Andreas Ferino (der Verletzte, etwa 23 Jahre), Christian Willig, Michael Söllner, Matthias Kairis und Sven Wörns, sind in einer 40 rechtsextreme Skinheads aus der Region Donnersbergkreis umfassende Datei behördlich registriert. Sie seien, so die Polizei, „öfter durch ähnliche Delikte aufgefallen". Zum Alltag gehören in der Pfalz offensichtlich faschistische Angriffe, die die Behörden als Delikte abtun. Staatliche Einrichtungen stellen diesen Faschisten Treffpunkte wie den „Jugendraum Lautersheim" zur Verfügung, wo sie sich mit Kameraden aus der Region (Vorderpfalz und Koblenz) austauschen, so auch am Abend des 26.12.97. Das Bistro war nicht zufällig ihr Bestimmungsort. Ein Mensch, den sie hofften dort anzutreffen, war vermutlich das Ziel ihres Angriffes. Im Jugendraum Lautersheim hatten sie ihre Aktion vorbereitet und von dort aus gestartet.
Es ist nicht nur legitim, sondern notwendig, Faschisten zurückzuschlagen, deren Strukturen anzugreifen und deren Politik durch eigenes entschlossenes Vorgehen zu verhindern. Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren!





»DAMAGE« oder »Soko stinkt nach Scheisse«

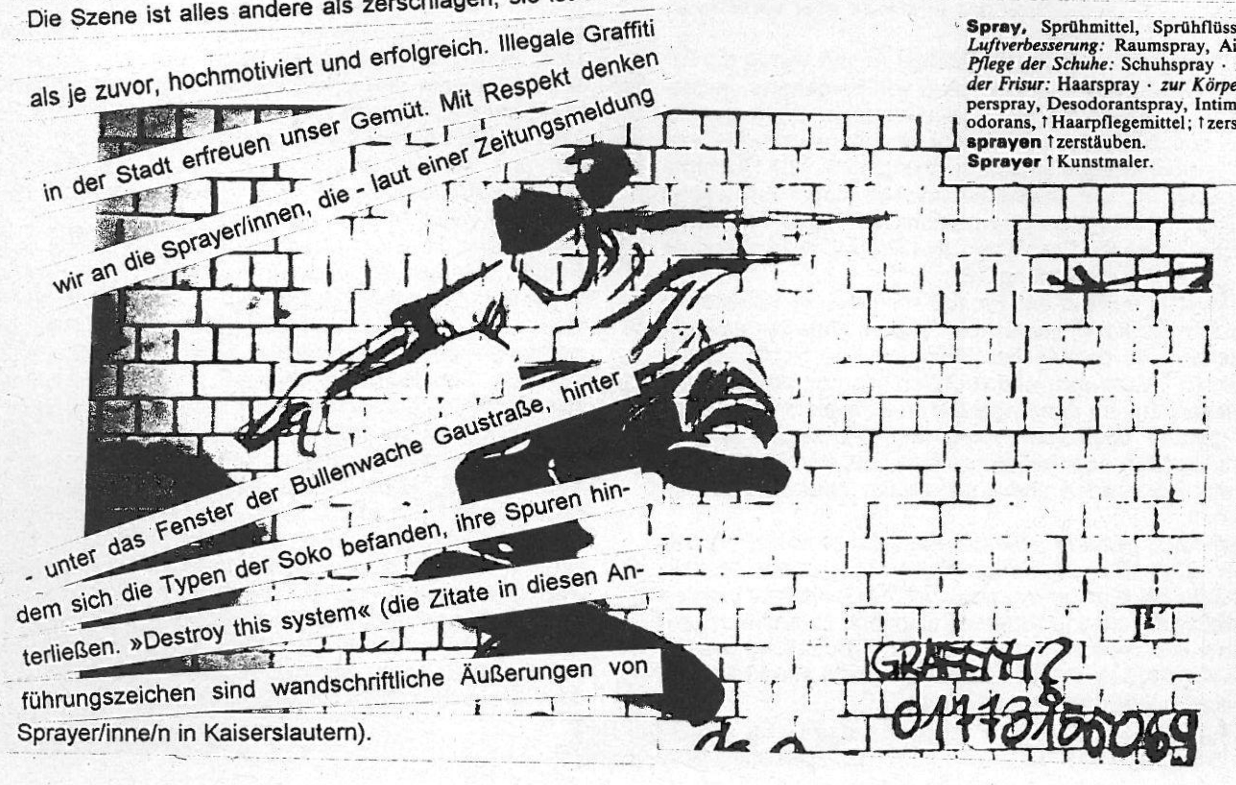
In Hamburg wurde im Frühling d.J. ein Mann zu zwei Jahren Knast ohne Bewährung verknackt. Ihm wird vorgeworfen, der bekannte Sprayer mit dem Namen "OZ" zu sein. Er wurde zum dritten Mal verurteilt, aber sämtliche Urteile sind noch nicht rechtskräftig.
Wie in Hamburg und jeder anderen Metropole der BRD gibt es seit kurzem auch in der Provinz Kaiserslautern eine Soko Graffiti. Diese Einheiten sind zusammen mit denen, die dafür sorgen, daß das Straßenbild von Obdachlosen gesäubert wird, Teil des Programms für saubere Innenstädte. Graffiti sind bis vor kurzem im Vergleich zu anderen Städten nur selten im Lauterer Ortsbild aufgetaucht. Die Einsetzung einer Soko erscheint deshalb als unverhältnismäßig und als reine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) für hiesige Bullen. Diese zeichnen sich dadurch aus, daß sie alles denkbare tun, um - mehr schlecht als recht - Erfolge vorweisen zu können.
Seit die Soko im Februar d.J. den Krieg (in ihren Diensträumen hängt eine großkopierte Fotografie der »Krieg«-Graffiti vom Burggraben) gegen angeblich 50 Sprayer/innen begann, gab es in Kaiserslautern wiederholt Vorladungen und Hausdurchsuchungen; Menschen wurden an Schule und Arbeitsplatz aufgesucht und abgeholt. Nachfolgend ist dazu eine Presseerklärung des Alternativen Jugendbündnisses Kaiserslautern (AJK) abgedruckt. Vereinzelt wurden Aussagen gemacht, die weitere Ermittlungen, Durchsuchungen und Vorladungen mit sich brachten. Deshalb wurde von einer linken Gruppe ein Rechtshilfeflugblatt erstellt, das hier auch dokumentiert wird.
Die Typen der Soko sind durch rigoroses Auftreten bekannt geworden. Diese Herumlungerer der deutschen Polizei lauerten in einer Juni-Nacht mit einer Hundestaffel an legalisierten Graffiti-Wänden Menschen auf, durchsuchten und verhafteten sie wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz. Die Typen der Soko rufen Hausbesitzer an, informieren darüber, daß deren Hab und Gut "beschmiert" wurde, die Täter bekannt seien, und die Hausbesitzer werden aufgefordert und überredet, Anzeige zu erstatten. Auch in der "Rheinschmalz" sind Artikel mit dieser Intension erschienen.
Die Beschuldigten sollen für sämtliche Kosten, die durch die Wiederherstellung sauberer, ordentlicher bürgerlicher Wände entstehen und sich auf rund eine Million DM belaufen sollen, aufkommen. Verknackt dazu werden die bis 21jährigen vom zuständigen Jugendrichter am Amtsgericht Kaiserslautern, Horst Jung, der über die Rheinpfalz vom 20.11.1997 Lehrer/inne/n ratschlug: "Fehlverhalten von Schülern sollte bereits bei der ersten Verfehlung konsequent geahndet werden." Jede vernünftige Pädagogin wird ihm wegen dieser Auffassung Unfähigkeit im Amt bescheinigen.





Der C&A-Filialleiter hat eine abseits gelegene Wand dazu auserkoren, mit C&A-Emblemen und signifikanten Kaiserslauterer Gebäuden bemalen zu lassen. Dazu wurde in Zusammenarbeit mit dem Drecksblatt "t5" im Mai d.J. ein Aufruf gestartet und interessierte Sprayer/innen aufgefordert eigene Entwürfe einzuschicken. Die Resonanz war gering. Anscheinend hatten die Sprayer/innen keinen Bock auf Auftragskunst, vielleicht hat sich auch das von Soko-Möchtegernchef Klink (»Klink stinkt«) in die Welt gesetzte Gerücht herumgesprochen, daß in der Jury ein Typ von der Soko (ihr Schweine!) sitzen würde.

Die Szene ist alles andere als zerschlagen, sie ist aktiver als je zuvor, hochmotiviert und erfolgreich. Illegale Graffiti in der Stadt erfreuen unser Gemüt. Mit Respekt denken wir an die Sprayer/innen, die - laut einer Zeitungsmeldung - unter das Fenster der Bullenwache Gaustraße, hinter dem sich die Typen der Soko befanden, ihre Spuren hinterließen. »Destroy this system« (die Zitate in diesen Anführungszeichen sind wandschriftliche Äußerungen von Sprayer/inne/n in Kaiserslautern).





Kunst ist kriminell

Pressemitteilung des Alternativen Jugendbündnisses Kaiserslautern (AJK) vom 18. Februar 1998
Seit einiger Zeit ist in Kaiserslautern eine Sonderkommission (Soko) Graffiti am Werke. Diese ist seit längerem nur überwachend und "archivierend" tätig gewesen, aber nun schlägt sie zu!
Einige der potentiellen Sprayer haben in den letzten Tagen Hausbesuch bekommen. Die Wohnungen von über 30 Leuten wurden nach Spraydosen, Skizzen usw. durchsucht und betreffende Personen auf Polizeiwachen gebracht. Dort wurden sie nicht gerade zimperlich verhört und unter Druck sollten sie Namen anderer Sprayer preisgeben.
Solch eine Verhaftung und das darauf folgende Verfahren bedeutet für die meist Minderjährigen die Eintragung einer Vorstrafe und daraus resultierend geringere Chancen bei der Suche einer Lehr- bzw. Arbeitsstelle. Mit diesem Vorgehen will die Kaiserslautrer Polizei eine der unliebsamen Jugendszenen, in diesem Fall die Graffiti-, Skater- und HipHop-Szene einschüchtern und die Jugendlichen zur Einstellung ihrer Aktivitäten bringen. Dies wird aber nicht zum gewünschten Ergebnis führen, sondern die Sprayer motivieren, denn sie werden sich die Kriminalisierung ihrer Kultur nicht gefallen lassen!
Wir verurteilen schärfstens das Verhalten der Polizei gegenüber der in Kaiserslautern relativ kleinen Graffiti-Szene, zumal es sich bei diesen Aktionen um Alleingänge der Polizei handelt und nicht mal Anzeigen vorliegen. Dieses Nichtvorhandensein signalisiert eindeutig, daß die Bürger dieser Stadt Graffiti tolerieren und nicht als "Schmiererei" empfinden. Desweiteren verurteilen wir die polizeistaatlichen Methoden der hiesigen Behörden, die bei der Verfolgung der Sprayer Telephone abgehört haben und V-Männer eingeschleust haben sollen.
Das Alternative Jugendbündnis Kaiserslautern fordert die Einstellung aller Verfahren gegen Mitglieder der Graffiti-Szene!

Spray, Sprühmittel, Sprühflüssigkeit · *zur Luftverbesserung:* Raumspray, Air-fresh · *zur Pflege der Schuhe:* Schuhspray · *zur Festigung der Frisur:* Haarspray · *zur Körperpflege:* Körperspray, Desodorantspray, Intimspray; ↑Desodorans, ↑Haarpflegemittel; ↑zerstäuben.
sprayen ↑zerstäuben.
Sprayer ↑Kunstmaler.

...hallo Soko



Was tun, wenn Bullen und Justiz streßen?

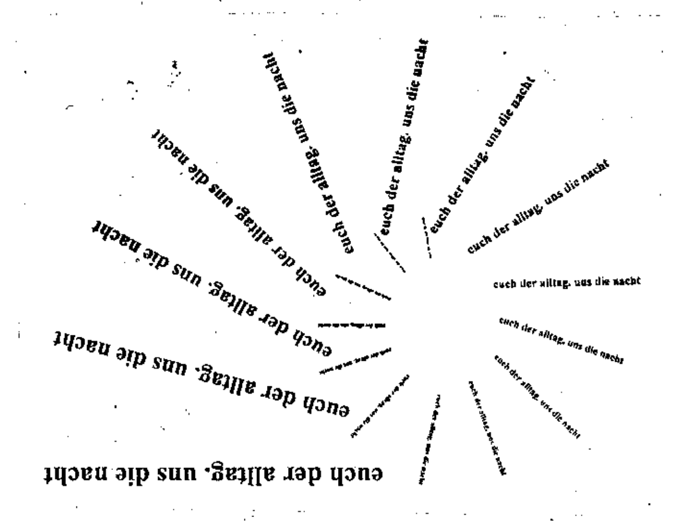
Bei Vorladungen
Bei laufenden Ermittlungsverfahren werden in der Regel Beschuldigte und Zeug/inn/en von Polizei oder Staatsanwaltschaft vorgeladen. Du bist nicht verpflichtet, zu Vorladungen der Polizei zu gehen. Tue es auch nicht. Am besten setze dich gleich mit einem/r guten Rechtsanwält/in in Verbindung und besprich mit ihm/ihr die beste Vorgehensweise. (Deine Rechtsanwält/innen dürfen deine Akten einsehen; du dagegen nicht.) Bedenke aber bei der Auswahl der Anwältinnen, daß die meisten Anwält/innen Aussagen, die ihre Mandant/inn/en entlasten, befürworten. Sie nehmen dabei in Kauf, daß andere durch deine Aussage belastet werden können. Bei Vorladungen durch den Staatsanwalt mußt zu allerdings zumindest erscheinen. Berate dich auch in diesem Fall mit dem/der Anwält/in, der/die dann eventuell mitgeht.
Mußt du zu einer Vorladung gehen, ist grundsätzlich zu empfehlen: Weder einschüchtern lassen noch eine große Klappe haben. Keine Diskussionen und „nette Gespräche" mit der Polizei. Laß dich nicht durch kumpelhaftes und freundschaftliches Auftreten der „Ordnungshüter" zu einer falschen Sicherheit verleiten. Falle nicht auf ihre billigen Tricks, wie z.B. daß sie eh schon alles wissen, daß andere schon ausgesagt haben usw., rein. Als Beschuldigte/r bist du nicht verpflichtet irgendwelche Aussagen zu machen, außer Angaben zur Person und Berufsbezeichnung, z.B. Schüler/in. Als Zeug/in mußt du laut Gesetz aussagen, es sei denn du würdest dich damit selber belasten oder du bist mit dem/der Beschuldigten verwandt. Denke aber vor allem daran, daß jede Art von Aussagen, die dich offenbar entlasten, andere belasten können.
Bei Hausdurchsuchungen
Die Polizei kann zwangsweise eine Wohnung betreten, wenn 1. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sich in der Wohnung eine Sache befindet, die beschlagnahmt werden darf (z.B. wenn die Polizei Anhaltspunkte dafür hat, daß sich in der Wohnung Farbdosen befinden, die angeblich bei einer Sprühaktion verwendet worden sind) und 2. dies zur Abwehr einer dringenden, die öffentliche Sicherheit und Ordnung (also praktisch immer) gefährdenden Situationen erforderlich ist. In diesen Fällen kann die Polizei alle zur Wohnung gehörenden Räume einschließlich Garage, Keller und Auto durchsuchen. Bei WGs das Zimmer der betroffenen Person und die gemeinschaftlich benutzten Räume, die anderen Zimmer nicht.
Grundsätzlich ist zur Hausdurchsuchung ein vom Richter unterzeichneter Durchsuchungsbefehl erforderlich. Diesen Durchsuchungsbefehl solltest du dir unbedingt zeigen lassen, bevor du die Prollizei in die Wohnung läßt. Nach §106 II StPO hast du das Recht, den Grund der Durchsuchung zu erfahren. Frag' nach Namen und Dienstnummern der Polizisten und, falls sie dir diese verweigern, lege hartnäckig Beschwerde ein. Verlange, daß ein Raum nach dem anderen durchsucht wird. Du hast das Recht, bei der Durchsuchung dabei zu sein (§106 I StPO). Wenn die Durchsuchung ohne die Anwesenheit eines Richters oder eines Staatsanwalts durchgeführt wird, hast du das Recht, eine/n Zeug/in hinzu zu holen. Versuche das in jedem Fall.
Von der Durchsuchung ist ein Protokoll anzufertigen. Alles, was beschlagnahmt wurde, muß hierin aufgeführt und quittiert werden. Verlange außerdem eine schriftliche Mitteilung über den Grund der Durchsuchung. Auf beides hast du auf jeden Fall Anspruch, der aber verfällt, wenn er nicht geäußert wird (§107 StPO). Auf gar keinen Fall irgendwas selbst unterschreiben, da nicht auszuschließen ist, daß die Polizei später noch was hinzufügt.
Anna und Arthur haltens Maul
Weitere Infos können dir die Leute im Infoladen (Moltkestraße 17) geben. Dort gibt es auch kostenlos die Rechtshilfebroschüre der Roten Hilfe.

Fortsetzung ⇨ ⇨ ⇨

Sniping und Graffiti

im öffentlichen Raum





Nachfolgend ist ein Textausschnitt aus dem empfehlenswerten „Handbuch der Kommunikationsguerilla" (autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe, Luther Blissett, Sonja Brünzels; Hamburg 1997) über Sniping, das unbeobachtete Anbringen von Zeichen und Symbolen im öffentlichen Raum, dokumentiert.

Sniping kann ... auf die symbolische Besetzung von Orten zielen, die sonst eher funktionalen Charakter zu haben scheinen: Mauern, Gebäude, Orts- und Verkehrsschilder, Züge, Wegweiser etc. Sniperinnen wissen indes, daß es keine „nicht-signifikanten" Orte gibt. Eine kahle Betonmauer oder eine frischlackierte S-Bahn sind im Gegenteil ausgesprochen bedeutungsgeladen. Die „Besetzung" erfolgt durch das Sprayen, das Auftragen von Schablonentext oder -zeichnungen, aber auch durch das Anbringen von Spuckis, Aufklebern, Plakaten, Transparenten oder Fahnen.

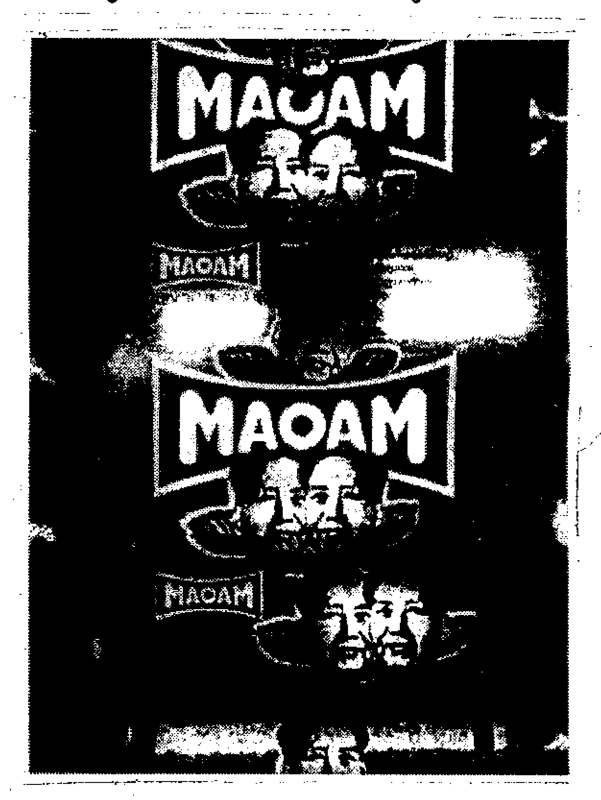
Jede Graffiti-Intervention im öffentlichen Raum vollzieht sich - bewußt oder unbewußt - vor dem Hintergrund der Tatsache, daß dieser Raum durch Architektur und andere Elemente in einer Art und Weise strukturiert ist, die Macht und Herrschaftsbeziehungen in physisch faßbarer Form zum Ausdruck bringt. Eigentümer und Auftraggeber von Gebäuden bestimmen zusammen mit den bürokratischen Institutionen, Planern und Verwaltern die Erscheinung des öffentlichen Raums, sie definieren die Möglichkeiten und vor allem die Beschränkungen der Bewegung und des Lebens in ihnen. Der Besitz von Gebäuden beinhaltet zugleich den Anspruch auf öffentliche Repräsentationswirkung. Die Besitzer haben das Privileg, das Erscheinungsbild ihres Ambientes zumindest im Rahmen der üblichen Langeweile individuell zu gestalten. Staatliche Bürokraten überwachen Baugesetze, verabschieden Bausatzungen, erstellen Planungen von Orten, Städten, Verkehrswegen. Als Vertreter der „öffentlichen Interessen" sind sie die bürokratischen Verwalter der protzigen Langeweile der Metropolen.

Graffiti unterlaufen ein Öffentlichkeitsverständnis, das die Gestaltung des öffentlichen Raumes an privates Eigentum und bürokratische Legitimation bindet. Daß das „Für-sich-haben-Wollen" des bürgerlichen Eigentumsbegriffs mit seiner Ausgrenzung Dritter sich auf den ganzen Raum erstrecken soll, erscheint den Sniperinnen dann doch zu frech. Ihre Graffiti machen die Flächen der Stadt zu einem offenen Raum ohne privilegierten Diskurs. Das „Wilde Schreiben" durchbricht durch ästhetische Sabotage die Hegemonie der staatlich-kommunalen Stadtplaner und privaten Bauherren hinsichtlich der Inszenierung des städtischen Raumes. In diesem Sinne ist die eigenständige Nutzung des öffentlichen Raumes selbst schon eine inhaltliche Aussage. Hier trifft Marshall McLuhans Satz „The medium is the message" tatsächlich zu. Graffiti kritisieren die Repräsentationsfunktion von Architektur und stellen das Recht auf eine ungestörte Fassade in Frage. Zugleich stehen sie auch für die symbolische Inbesitznahme der ausgewählten Orte bis hin zur Kennzeichnung von Territorien.

Als zeichnerischer oder textlicher Eingriff in vorhandene Flächen stehen Graffiti stets in Bezug zu den architektonischen Situationen. Die Architektur wird zum Träger der Veränderungen bzw. Aneignungen der Sniperinnen. Dabei folgen deren Bewertungen von wichtigen und weniger wichtigen Orten eigenen Kriterien. Sie interessieren sich vielfach nur am Rande dafür, welchen gesellschaftlichen Stellenwert die von ihnen bearbeiteten Flächen haben, d.h. ob es Bürogebäude, Rathäuser, Theater, S-Bahn-Waggons, Fabrikmauern oder Eisenbahnbrücken sind, sondern es geht vor allem um drei Dinge: 1. Wie riskant ist es, eine bestimmte Fläche zu besprühen (akrobatische Leistungen und Risiko, erwischt zu werden)?, 2 Wie gut eignet sie sich unter formalen Gesichtspunkten (Größe, Oberfläche)? 3. Wieviele Leute sehen das Ergebnis?

Oft machen Graffiti keinerlei inhaltliche Klartextaussage, sondern bestehen nur aus Bildern oder persönlichen „Markierungen", also „tags", die manchmal nichts anderes als „ich war schon da" besagen. In einem traditionellen Verständnis von Politik gilt diese Form der Veränderung des öffentlichen Raums als eher unpolitisch. „Wer genau weiß, warum und wofür er sich engagieren will und daran interessiert ist, sein Anliegen möglichst effektiv zu publizieren, der lasse die Finger von der Spraydose, da das Anliegen zumeist hinter dem Spraycharakter verschwindet. Es sei denn, das wäre sein Anliegen." Die Aussage von Graffiti liegt häufig tatsächlich nicht in erster Linie in einer eindeutigen Klartextbotschaft, sondern in der Aneignung des öffentlichen Raums, zu welchem Zweck auch immer. Dabei können gerade Graffiti, die keine ausdrücklichen inhaltlichen Aussagen transportieren und sich somit dem Zwang zur Erklärung und zum „Sinn machen" verweigern, besonders provozierend wirken.

Die spezifischen Bedingungen des Sprayens führen mitunter zu überzeugenden formalen Lösungen: „Das Wagnis des Zeitdrucks, die Heimlichkeit der nächtlichen Ausführung, die Beschränktheit der Mittel, die räumlichen Gegebenheiten: all dies sind paradoxe Fundgruben so mancher formaler Einfälle. Die Eile zwingt dazu, jegliches Protokoll zu mißachten und zur Sache zu kommen." Gerade die Illegalität macht das Graffiti-Sprayen insbesondere für Jüngere attraktiv. Von daher wird auch klar, warum Versuche, Graffiti zur Kunst umzudeuten, nur wenig bewirken. Die Tendenz, Graffiti-Sprayer als Künstler zu integrieren, Graffitiwände zur Verfügung zu stellen, ist beispielhaft für eine Reaktion mit Zuckerbrot und Peitsche und steht keineswegs im Widerspruch zu teilweise massiver Repression: In Berlin wurde eine Sonderkommission zur Verfolgung von Sprayern eingerichtet, und in den USA sind Leute wegen Graffiti schon eingefahren, weil sie mit der falschen Hautfarbe, den falschen Turnschuhen und am falschen Ort beim Sprühen erwischt wurden. Kommt dann noch eine Vorstrafe beispielsweise wegen Ladendiebstahls dazu, kann das in manchen Gegenden nach dem Baseball-Motto „Three strikes - you're out!" mittlerweile lebenslängliche Sicherheitsverwahrung heißen.



Für die Friedrich Engels-Universität Kaiserslautern

Ewiges Gedenken dem großen Kämpfer und Lehrer des Proletariats Friedrich Engels ! [1]
(Wladimir Iljitsch Lenin)

Wer von Friedrich Engels reden will, muß auch von Karl Marx reden und umgekehrt.
(Franz Mehring [2]*)*

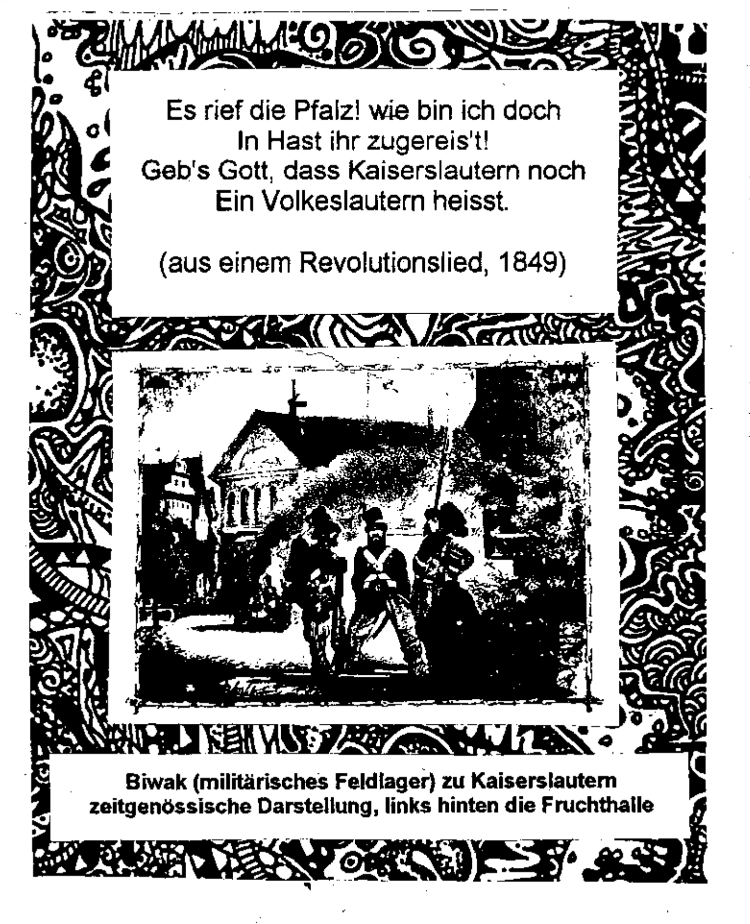
Im 150. Geburtsjahr von Friedrich Engels wird die "Zwillingsuniversität"[3] Trier-Kaiserslautern gegründet. Fünf Jahre später, 1975, werden die geisteswissenschaftliche Fakultät in Trier, der Geburtsort von Engels' Kampfgefährten Karl Marx, und die naturwissenschaftlich-technische Fakultät in Kaiserslautern in zwei eigenständige Hochschulen getrennt.

Zusammen mit Karl Marx ist Friedrich Engels der einflußreichste Theoretiker und Organisator des modernen wissenschaftlichen Sozialismus. Mit 21 Jahren besucht er in Berlin während seines Kriegsdienstes Theologie und Philosophievorlesungen und beteiligt sich an Auseinandersetzungen der Junghegelianer. Es beginnt ein reger Briefwechsel mit Karl Marx, den er 1844 in Paris besucht. Seitdem gibt es zwischen ihnen eine lebenslange Freundschaft und ständige Zusammenarbeit. Marx arbeitet an der Untersuchung der komplizierten Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft; Engels beleuchtet in außerordentlich flüssig geschriebenen, oft polemischen Arbeiten die allgemeinsten wissenschaftlichen Fragen und die verschiedensten Erscheinungen der Vergangenheit und Gegenwart im Geiste der materialistischen Geschichtsauffassung und der ökonomischen Theorie von Marx.[4] Mit den "Grundsätzen des Kommunismus" liefert Engels die Vorarbeit für eine der bekanntesten und bedeutesten Schriften von Engels und Marx: Das 1848 erschienene "Manifest der Kommunistischen Partei".

Die Benennung des "Zwillingspaars" in Karl Marx-Universität Trier und Friedrich Engels-Universität Kaiserslautern verbindet die Hochschulen vom Namen her. Sie verdeutlicht, daß die eine Universität ohne die andere nicht existieren würde und daß sowohl einer rein geisteswissenschaftlichen, als auch einer rein naturwissenschaftlich-technischen Universität ein Teil fehlt. Sie erinnert an die gemeinsamen Wurzeln, die Gründung und die Geschichte beider Hochschulen. Eine entsprechende Namengebung ehrt die beiden Kommunisten Friedrich Engels und Karl Marx, die bis heute unbestreitbar große Wirkung in der gesellschaftlichen Debatte hervorrufen.

Es rief die Pfalz! wie bin ich doch
In Hast ihr zugereis't!
Geb's Gott, dass Kaiserslautern noch
Ein Volkeslautern heisst.

(aus einem Revolutionslied, 1849)



Biwak (militärisches Feldlager) zu Kaiserslautern zeitgenössische Darstellung, links hinten die Fruchthalle

Wer die Pfalz nur einmal gesehen hat, begreift, daß eine Bewegung in diesem weinreichen und weinseligen Lande einen höchst heitern Charakter annehmen mußte. Man hatte sich endlich einmal die schwerfälligen, pedantischen altbayerischen Bierseelen vom Halse geschafft und an ihrer Stelle fidele pfälzische Schoppenstecher zu Beamten ernannt. Man war endlich jene tiefsinnig tuende bayrische Polizeischikane los, die dem flotten Pfälzer schwerer auf dem Herzen lag als irgend etwas andres.[5]
(Friedrich Engels)

Fortsetzung ⇨ ⇨ ⇨

Die Revolution von 1848/49, die in Frankreich ausbricht und auf andere Länder Westeuropas übergreift, veranlaßt Engels und Marx zur Rückkehr aus Paris nach Deutschland. In Köln geben sie die "Neue Rheinische Zeitung" heraus. Keine zwölf Monate nach der Gründung wird ihr "Organ der Demokratie" durch die preußische Regierung verboten. Nach Marx' Ausweisungsbefehl vom 16. Mai[6] und Engels Haftbefehl vom 17. Mai 1849 wegen Teilnahme an einem Aufstand in Elberfeld[7], gehen sie gemeinsam nach Süd-West-Deutschland[8]. Am 25. Mai kommen sie in Kaiserslautern an, wo acht Tage zuvor die provisorische Regierung der Pfalz in der Fruchthalle die Loslösung der Pfalz von Bayern als ihr politisches Ziel proklamierte. Dies war die Antwort der revolutionären Pfälzer/innen auf die Ablehnung der von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung durch die erzkonservative bayerische Regierung. Einen Tag nach der Ankunft in Kaiserslautern wird Marx von konterrevolutionären Gruppen verhaftet und über Darmstadt nach Frankfurt am Main transportiert. Engels verläßt die Stadt und kehrt am 3. Juni allein nach Kaiserslautern zurück, "um dort einstweilen als politischer Flüchtling zu leben"[9]. Er wohnt bis zum 12. Juni im "Hotel zum Donnersberg"[10]. In den darauffolgenden Wochen setzt Engels die Bestimmung der "Neuen Rheinischen Zeitung" als Soldat in der pfälzisch-badischen Armee fort. Mit vier Gefechten ist er unmittelbar an den bewaffneten Pfälzer Aufständen beteiligt. Seine Erlebnisse und Einschätzungen hält er in den Schriften "Die deutsche Reichsverfassungskampagne"[11] und "Revolution und Konterrevolution in Deutschland"[12] detailliert fest.
Engels hat sich in der liebenswürdigen Pfalz trotz der damaligen Verhältnisse sehr wohl gefühlt. Seine Verbundenheit mit der Pfalz ist auch in seiner künftigen Heimat England, wo er stets einen guten Tropfen Pfälzer Wein im Hause hatte, nicht verloren gegangen. Die Benennung der hiesigen Universität nach Friedrich Engels setzt dem Pfälzer Kämpfer ein Denkmal in Kaiserslautern, Ausgangspunkt und Zentrale der Pfälzer Revolution von 1849.



Marx und ich waren wohl ziemlich die einzigen, die die bewußte Dialektik in die materialistische Auffassung der Natur hinübergerettet hatten. Die Natur ist die Probe auf die Dialektik, und wir müssen es der modernen Naturwissenschaft nachsagen, daß sie für diese Probe ein äußerst reichliches sich täglich häufendes Material geliefert und damit bewiesen hat, daß es in der Natur, in letzter Instanz, dialektisch und nicht metaphysisch hergeht.[13]

(Friedrich Engels)

Ab Herbst 1849 lebt Friedrich Engels in London und Manchester. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte werden die Naturwissenschaften. Sein großes Ziel ist es nachzuweisen, daß Natur, Gesellschaft und Denken von erkennbaren Gesetzen beherrscht werden, derart, daß das Bestehen der Welt aus sich heraus bewiesen werden kann. In "Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)"[14] aus den Jahr 1878 - geschrieben im Auftrag der deutschen Sozialdemokratie -, verteidigt und entwickelt Engels in beißender Polemik die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus gegen den theoretisch hochstapelnden Professor Eugen Dühring auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, der Philosophie, der Geschichte und der politischen Ökonomie. In einem seiner grundlegenden Werke, die "Dialektik der Natur"[15] von 1883, entwickelt Engels vor allen den dialektischen Materialismus gegen die bürgerlichen Verdrehungen und Spekulationen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften. Darin schildert er auch die zunehmende Umweltvernichtung durch die Industrie auf dem Lande und warnt vor einer Naturkatastrophe, dem Kältetod der Erde und dem Sterben ihrer Lebewesen.[16]

Die Gefahr im kapitalistischen Umgang mit der Natur wird auch einhundert Jahre nach Friedrich Engels' Tod nur von den wenigsten erkannt und bedacht. Gegen die wachsende Umweltzerstörung sind von der modernen Naturwissenschaft ökologische Lösungen gefragt. Engels verstand, die gesellschaftlichen Verhältnisse in das sie umgreifende Naturverhältnis des Menschen einzubetten und gesellschaftspolitisch-strategisch zu berücksichtigen. Er hat nie das ernste Hinterfragen der herrschenden Lehrmeinung vergessen und maßgeblich für eine fortschrittliche Entwicklung in den Naturwissenschaften gestritten. Passender Namengeber der naturwissenschaftlich-technischen Universität Kaiserslautern ist der Wissenschaftler Friedrich Engels.



Endlich ist kein andrer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet.[17]

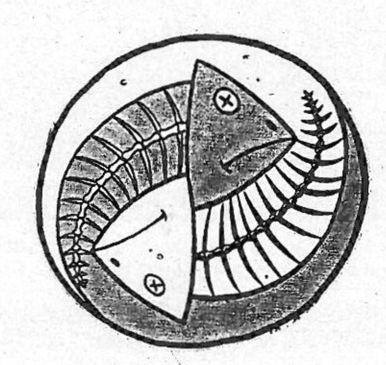
(Friedrich Engels)

Engels verfaßt eine Fülle von bedeutenden militärwissenschaftlichen Arbeiten über Strategie und Taktik des Kriegführens. Er schöpft dabei aus seinen wertvollen Erfahrungen, die er in der Pfalz beim bürgerlich-demokratischen Revolutionsfeldzug gewonnen hat. Seine Berichte über den Krim-Krieg, den amerikanischen Bürgerkrieg und den deutsch-französischen Krieg werden sehr geschätzt und tragen ihm den Spitznamen "General" ein. Mit großer Sorge verfolgt Friedrich Engels die zunehmende Verschärfung der internationalen Lage, die durch die herrschende Politik zur Aufrüstung und Militarisierung führte. 1887 warnt Engels durch eine verblüffend klare Voraussage[18] vor einem vom preußisch-imperialistischen Deutschland ausgelösten Ersten Weltkrieg. Zwei Jahre vor seinem Tod, 1893, setzt sich Engels mit einer Artikelserie im "Vorwärts" unter dem Titel "Kann Europa abrüsten?" für die Sicherung des Friedens durch Reduzierung der ständigen Heere unter deutscher Initiative ein.



Karikatur aus Trier

Von bestürzender Aktualität zeugen die Schriften des Zeitgenossen Engels aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Führende deutsche Politiker reden heute einem Weltkrieg das Wort[19]: Die Einheit Europas entscheide über Frieden oder Krieg.
Die Alternative der künftigen Entwicklung ist Sozialismus oder Barbarei. Friedrich Engels war keineswegs sicher, welche der beiden Richtungen sich durchsetzen würde. Aber er glaubte - er wußte es nicht, er hoffte fest - an den Sieg des Sozialismus. Gegenwärtig besteht keine Aussicht auf einen baldigen Sieg des Sozialismus, aber wir sollten voller Hoffnung auf eine nicht allzu ferne Verwirklichung des Sozialismus sein.[20] Die Benennung unserer Hochschule nach dem Gegner aller imperialistischer Kriege Friedrich Engels ruft die hier angesiedelte Forschung für militärische und kriegerische Zwecke ins Gedächtnis und fordert zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Lehr- und Forschungsinhalten der Universität Kaiserslautern auf. Mit der Entscheidung für die Friedrich Engels-Universität Kaiserslautern wird Position gegen die Barbarei und für den Sozialismus bezogen, für dessen Verwirklichung wir schon heute alles tun sollten mit all unserer Kraft.



Wir erleben derzeit eine kapitalistische Krise besonderer Art.[21] Die Folgen sind steigende Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, von denen unter vielen anderen auch Studierende, die nicht der besitzenden Klasse angehören, betroffen sind. Vielen geht es immer schlechter, wenigen dagegen immer besser. Grundlage dafür ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die momentanen politischen Zustände werden nicht auf Dauer bestand haben. Wir streben nach einer Gesellschaftsform, die die Menschen von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung befreit, sie von den Schrecken der Kriege erlöst und ihnen eine Ordnung bringt, in der Freiheit und Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit aller Völker herrschen. Dazu ist eine radikale gesellschaftliche Veränderung durch gewaltsamen revolutionären Umsturz aller bisherigen Ordnung notwendige Voraussetzung. Friedrich Engels und Karl Marx haben die theoretische Grundlage dazu geschaffen. Es liegt an uns, sie in Praxis umzusetzen. Dieser Text mit den darin aufgeworfenen Forderungen stellt hierzu einen ersten Schritt dar.

Die Universitäten Trier und Kaiserslautern haben nichts zu verlieren. Sie haben Namen zu gewinnen.



Anmerkungen

(1) Lenin, Wladimir Iljitsch: Friedrich Engels, 1895, Werke, Band 2
(2) Mehring, Franz (1846 - 1919): Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Leipzig 1933
(3) Die Rheinpfalz, 4. August 1970, Ludwigshafen 1970. In der gleichen Woche, am 1. August 1970, nehmen die Universitätsverwaltungen in Trier und Kaiserslautern ihre Tätigkeit auf. Am 5. August 1970 jährt sich Friedrich Engels Todestag zum 75. Mal.
(4) Lenin, Wladimir Iljitsch: Friedrich Engels, 1895, Werke, Band 2
(5) Engels, Friedrich: Die deutsche Reichsverfassungskampagne, Berlin/DDR 1969, auch in MEW, Band 7
(6) Das Museum Karl-Marx-Haus, Brückenstraße 10, 54290 Trier, datiert den Ausweisungsbefehl mit dem 11. Mai.
(7) Müller (Hrsg.): Anzeiger für die politische Polizei Deutschlands auf die Zeit vom 1. Januar 1848 bis zur Gegenwart. Ein Handbuch für jeden deutschen Polizeibeamten, Dresden 1855, S. 191. Engels wird darin als eigentlicher "Leiter der Elberfelder Mairevolution" geführt.
(8) Museum Karl-Marx-Haus. Engels und Marx durchreisen dabei Frankfurt/Main am 19./20. Mai, Mannheim 21. Mai, Ludwigshafen 22. Mai, Karlsruhe 23./24. Mai, Speyer 25. Mai 1849.
(9) Engels, Friedrich: Die deutsche Reichsverfassungskampagne, Berlin/DDR 1969, auch in MEW, Band 7
(10) Karcher, Friedrich A.: Die Freischärlerin, Frankfurt/Main 1977. Das Gasthaus, nach 1945 "Stadtschänke", befand sich in der Steinstraße 5, keine 100 m von der Fruchthalle entfernt.
(11) Engels, Friedrich: Die deutsche Reichsverfassungskampagne, Berlin/DDR 1969, auch in MEW, Band 7
(12) Engels, Friedrich: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, Berlin/DDR 1963, auch in MEW, Band 8
(13) Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Band 20
(14) Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in MEW, Band 20
(15) Engels, Friedrich: Dialektik der Natur, in MEW, Band 20
(16) Fetscher, Iring: Friedrich Engels. In: Jacoby, Edmund (Hrsg.): Lexikon Linker Leitfiguren, Frankfurt/Main-Wien 1989
(17) Engels, Friedrich: Einleitung zu Borkheims "Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten", in MEW, Band 21
(18) ebenda
(19) So exemplarisch Helmut Kohl in seiner Neujahrsansprache am 31. Dezember 1995: "Wir brauchen Europa um Frieden und Freiheit heute und im 21. Jahrhundert zu bewahren", und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12. November 1993 zum gleichen Thema: "Wir brauchen die politische Union. Dies ist nach meiner festen Überzeugung auf lange Sicht auch eine Frage von Krieg und Frieden." Vgl. Bert Brecht: "Wenn die Oberen vom Frieden reden / Weiß das gemeine Volk / Daß es Krieg gibt".
(20) vgl. Kuczynski, Jürgen: Wann fällt der Kapitalismus in Barbarei? In: "junge Welt" 53/96, Berlin 1996
(21) vgl. ebenda

Weiterführende Literatur

(1) AStA Uni Trier (Hrsg.): Vortragsreihe 'Bürger und Studenten für Karl Marx-Universität Trier', Trier 1981
(2) Baumann, Kurt: "Friedrich Engels und der pfälzische Aufstand 1849", in "Die Rheinpfalz" Nr. 270 bzw. 281/1970, Speyer 1970
(3) Baumann, Kurt: Marx, Engels und die Pfälzische Revolution im Sommer 1849. In Baumann, Kurt: Von Geschichte und Menschen der Pfalz, Speyer 1984
(4) Freundeskreis der Universität Kaiserslautern (Hrsg.): Uni Spectrum Universität Kaiserslautern Nr. 4/1995. Sonderausgabe 25 Jahre Universität Kaiserslautern, Kaiserslautern 1995
(5) Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut (Hrsg.): Friedrich Engels 1820-1970. Referate, Diskussionen, Dokumente. Bonn, Hannover 1971
(6) Gegen die Strömung 12/95, Frankfurt/Main 1995
(7) Hirsch, Helmut: Engels, Hamburg 1968
(8) Ich erinnere mich gern..., Zeitgenossen über Friedrich Engels, Frankfurt am Main 1970
(9) Marxistische Blätter 4-95, Essen 1995
(10) Ministerium für Unterricht und Kultus Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Universitätsgründung Trier-Kaiserslautern, Neustadt/Weinstraße 1971
(11) Museum für Deutsche Geschichte: Karl Marx und Friedrich Engels. Ihr Leben und Ihre Zeit, Berlin/DDR 1978
(12) Präsident der Universität Kaiserslautern (Hrsg.): 20 Jahre Universität Kaiserslautern - 1970-1990 - Eine Dokumentation, Kaiserslautern 1991
(13) Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 22, Juni 1995, Frankfurt 1995

Faschismus • Sport • Männlichkeit • Fußball

hieraus blickt faschismus



tausende von zwangsarbeiter/inne/n, jüdische kz-häftlinge, haben sich in hitlers rüstungskonzern unter mörderischen arbeitsbedingungen in den tod schufften müssen. von den unterschlagenen lohngeldern, eine milliardensumme, haben die überlebenden vw-zwangsarbeiter/innen bzw. angehörige bis heute keinen pfennig gesehen.



JEDES MAL AUFS NEUE LIESS TRUDE SICH DIE ABSEITS-REGEL ERKLÄREN, NUR UM ÜBERHAUPT EIN GESPRÄCH ZU HABEN.

Faschismus

Die historische Bedeutung des Begriffs Faschismus geht auf die in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg in Italien gegründeten Männerbünde zurück, aus denen die Partei der Faschisten entstand, die sich nach den fasces[1], den Rutenbündeln der altrömischen Liktoren, benannte. Unter Mussolini formierten sich 1919 daraus (Männer-)Kampfbünde, um unter anderem einen totalitären Staat durchzusetzen, in dem die Männer den öffentlichen Bereich besetzen und die Frauen für den sogenannten privaten Bereich zuständig sind und damit noch mehr von Herrschaft und Macht ausgeschlossen werden.
Ähnlich der italienischen Bedeutung ist der Faschismus nationalsozialistischer Prägung zu sehen. Adolf Hitler stellte 1934 heraus: „Die nationalsozialistische Bewegung ist ihrer Natur nach eine männliche Bewegung." Frauen seien aus dem öffentlichen Leben fernzuhalten.
Nicht „fehlgeleitete Jugendliche", nicht Menschen, die Angst vor sozialem Elend haben, sondern fast ausschließlich weiße deutsche Männer, also Privilegierte aus allen sozialen Schichten, schänden bzw. zerstören jüdische Friedhöfe und Mahnmale und greifen mit wieder steigender Tendenz Flüchtlingsunterkünfte und Nicht-Deutsche, Linke, Obdachlose etc. pp. an.
Der Aspekt der Männlichkeit beim Faschismus ist - auch bei linken Männern, von Pünken über Autonome bis zu alten Kommunisten (und als Mann beziehe ich mich hier vorerst nur auf uns Männer) - noch nie weit ins Bewußtsein vorgedrungen[2]. Kein Rechtfertigungsgrund dafür ist es, daß auch viel zu viele Frauen am braunen Netz strickten und stricken[3].
Unübersehbar existiert der Zusammenhang von der staatlichen Organisationsform Faschismus und dem Herrschaftsverhältnis Patriarchat. Der Kampf gegen das Patriarchat darf deshalb nicht Anhängsel, sondern muß wesentlicher, integraler Bestandteil von antifaschistischer Theorie und Praxis sein. Faschismus bekämpfen heißt immer auch Männlichkeit bekämpfen.
Als Mann Formen von Männlichkeit zu bekämpfen, stellt sich als Widerspruch dar; als ein Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, der mit diesem Text nicht aufgelöst werden kann, mit dem wir aber lernen müssen umzugehen, wenn wir Selbstveränderung anstreben.

Anmerkungen
(1) lat.: fascis = Rutenbündel
(2) Eine Ausnahme ist Klaus Theweleit, der in „Männerphantasien", Frankfurt 1977, darlegt, daß in faschistischem Verhalten eine Form extremer Männlichkeit zu sehen ist
(3) siehe dazu: Fantifa Marburg (Hg.): Kameradinnen. Frauen stricken am braunen Netz. unrast, Münster 1995

Klassenstandpunkt



Obelix hat's kapiert

Sport

Unter Sport ist die Gesamtheit der Anschauungen, Maßnahmen, Mittel und Aktivitäten der jeweiligen Gesellschaft zu verstehen, die auf der Grundlage leistungssteigernden psycho-physischen Trainings und Wettkampftätigkeit der physischen Ausbildung und körperlich aktiven Freizeitbetätigung des Menschen auf der Grundlage festgelegter sportlicher Normen und Regeln dienen. Ziele und Wirkungsweise des Sports werden von den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt, er unterliegt meistens deren Gesetzmäßigkeiten.
Die Geschichte des Sports ist so alt wie die Kulturgeschichte der Menschheit. In seiner modernen Form entstand der Sport im 19. Jahrhundert in England im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalismus, dessen Vertreter/innen ihre Lebensauffassung von Leistungsstreben und Wettbewerb auf die überholten Formen des Sports übertrugen und zu diesem Zweck organisatorische Formen (Vereine, Regelwerk, Verbände) schufen.



Der deutschtümelnde Friedrich Ludwig Jahn (1778 - 1852), Begründer der bürgerlichen Turnbewegung zur Volksertüchtigung, erstrebte mit dem Turnen die Erziehung zum Patriotismus. Turnen sei, so Jahn, Bewußtseinsbildung für nationale Verbundenheit und nationalen Stolz.
Der Reaktionär Carl Diem (1882 - 1962), Generalsekretär des Organisationskomitees der Olympischen Spiele 1936, gehörte zu den ideologischen Wegbereitern der Militarisierung des deutschen Sports. Er vertrat die Ansicht, Sport sei eine vormilitärische Ausbildung und müsse schmerzhaft und mühevoll sein.
Im Nationalsozialismus wurde Sport zur von oben organisierten und dirigierten Massenbewegung der kollektiven Körperstählung und Willensschulung; „rassisch" gesunde und militärisch disziplinierte Körper zum führbaren Gesamtkörper der „Volksgemeinschaft".
Arbeiter(innen)sportvereine gehören seit der Zerschlagung durch den Faschismus bis auf einzelne Ausnahmen der Vergangenheit an. Sportfeste und Olympische Spiele der Arbeiter/innen fanden vielfach ohne Stoppuhr, Maßband und Ergebnistabelle statt, dagegen mit spielerischen Übungen, in Gruppenformen, mit symbolischen Gesten der Solidarität. Trotz der Absage an bürgerliche Körperdisziplinierung und Leistungsorientierung, trifft auf sie, genauso wie auf den Sport im realexistierenden Sozialismus, ein Teil der nachfolgenden Kritik an Sport im Kapitalismus zu.

Heute sind allein in den 64.000 Vereinen des bürgerlichen deutschen Sportbundes über 20 Millionen Mitglieder registriert. Der offizielle Sportbetrieb wird von der herrschenden Klasse geführt und manipuliert. Der Profi-Sport wird durch Unternehmer/innen organisiert zum Zwecke des Profits. Das nachfolgend geschriebene bezieht sich auf den Profi-Sport; es mag sein, daß es sich bruchstückhaft auf Amateur-, Freizeit- o.ä. Sport übertragen läßt.

Spätestens wenn sich nicht mehr auf der Straße, der Wiese oder im Wasser sportlich betätigt, sondern im Verein eine Sportart trainiert und betrieben wird, wird sie und ihre Ausübung ernst und wichtig genommen und nach Leistung gemessen, die sich abstrakt durch Tabellen und Statistiken ausdrückt. Sport dient dann der Selbstbestätigung. Selbst bestimmt wird im Verein nicht mehr, sondern ein/e Trainer/in oder andere geben Zeitplan und Aufstellung vor und sagen, wer was wann machen darf oder muß. So entsteht Rivalität und ein Konkurrenzverhältnis unter Vereins*kamerad*/inn/*en*.
Historische Auseinandersetzungen haben zu einer Verregelung und Systematisierung des Sports geführt. Dabei haben sich diejenigen durchgesetzt, denen es um die Sicherung ihres Geld und ihrer Macht ging. Bis heute wird Sport nicht für die aktiven, sondern für zahlende passive Zuschauer/innen attraktiv gemacht. Heutige Sportler/innen haben dies nie kritisiert oder sich dem widersetzt. Sie haben sich bewußt für diese ihre Sportart und diese Form der Ausübung entschieden und machen beides zu ihrer eigenen Sache. Sie haben unweigerlich die entsprechenden Verhaltensformen und Strukturen übernommen und werden den vom Sport produzierten Normen und Zwängen gerecht. Ihnen geht es nicht um eine gemeinsame Freizeitbeschäftigung, sondern darum, besser, stärker, härter, ausdauernder, höher-schneller-weiter, öfter am Spiel und anderen überlegen zu sein. Wie wichtig ihnen der Sieg ist, zeigen ihre Leidenschaften und Emotionen, ihr Gejubel und ihr Geschrei, ihre Wut- und Gewaltausbrüche.

Die Zuschauer/innen identifizieren sich mit den Akteur/inn/en und übernehmen deren Handlungs- und Verhaltensmuster. Es ist kein Zufall, daß sich vieles von dem eben aufgeführten von den Sportler/inne/n in gesteigerter Form auf die Zuschauer/innen übertragen läßt.

Die Mitkonkurrent/inn/en und Gegner/innen in der Sport-Arena und in den Zuschauerrängen werden zu Feinden und wenn es sein muß auch mit Gewalt bekämpft. Alles gleicht der Inszenierung eines Kriegsspiels, in dem dann auch Kriegsphantasien ausgelebt werden dürfen. Dies drückt sich auch in den entsprechenden Vokabeln aus. Da wird beispielsweise gekämpft, verteidigt, angegriffen, gestürmt und geschossen, es werden Bomben und Granaten losgelassen und der Fußballprofi wird zum Sturmführer. Manche Sportberichte lesen sich wie Kriegberichterstattungen.

Die Begeisterung für Sport und Sportler/innen ist immer eng verwoben mit Lokalpatriotismus, Regionalismus und Nationalismus: Nicht die Siegerin des Biathlon wird in den öffentlich-rechtlichen Morgennachrichten genannt, sondern nur die Bronzemedaillengewinnerin Uschi Disl, weil die nämlich deutsch ist.
Sport eignet sich als Medium gut dazu, Nationalismus und völkisches Denken zu transportieren. Durch ihn werden leicht Leidenschaften entfesselt, um ideologische Voraussetzungen zur Verwirklichung einer Expansionspolitik zu schaffen. Sport kann ein Stück chauvinistische geistige Kriegsvorbereitung sein.
Sport dient nicht nur der Herausbildung einer nationalen, sondern auch einer männlichen Identität. Sportstätten, insbesondere Stadien, sind Orte in der Gesellschaft, an denen Freiräume für Männer gehäuft entstehen, wo Männerbündelei gegenwärtig ist, und an denen männliches Machtgehabe besonders zum Ausdruck kommt. Im Sport selbst treten Elemente der Männlichkeit - Mut, Stärke, Härte, Ausdauer, Zähigkeit - deutlich in Erscheinung. Konkurrenz, Leistung, Kampf(bereitschaft), Durchsetzungsfähigkeit, Sieg und Niederlage sind Werte, die bereits unseren kapitalistischen Alltag bestimmen bzw. Mittel des Kapitalismus, den wir überwinden wollen.

Fortsetzung ⇨ ⇨

Männlichkeit

„Männlichkeit ist ein hegemonialer Diskurs, der in norm- und institutionenbildenden Praxen von Männern am Arbeitsplatz, in der kapitalistischen Produktion, in Familie, Sport und Freizeit ... entsteht und immer wieder hergestellt wird“ (Eva Kreisky/Brigit Sauer gegen die Globalisierung der Männlichkeit in „Freitag“ 21/98). Dabei wird auf „alte“ männliche Wertmuster zurückgegriffen, welche verstärkt, erneuert und transformiert werden. Männlichkeit wandelt sich, ist Teil und Ergebnis von Prozessen. Macht- und Kapitalbildung werden durch Männlichkeit befördert und schaffen institutionalisierte Männlichkeit. Diese erweist sich als produktiv für das Gesellschaftssystem. In Politik und Wirtschaft herrscht eine einträchtige Männerdominanz, Männer haben sich dort in ihren Herrschaftspositionen abgesichert.

„Die Gesellschaft ist immer eine männliche Gesellschaft gewesen; die politische Macht hat immer in den Händen der Männer gelegen“ (Simone de Beauvoir gegen den Mythos Matriarchat in „Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau“). Männer haben gelernt von diesen gesellschaftlichen Strukturen und Privilegien zu profitieren, sie zu nutzen und zu verteidigen.

Männer verstellen sich; sie überbetonen die Stärken. Mann will nicht nur stark, sondern stärker, nicht nur hart, sondern härter, nicht nur hoch, sondern höher, nicht nur schnell, sondern schneller, nicht nur weit, sondern weiter, - nicht nur männlich, sondern männlicher sein. Und sie verschweigen die Schwächen und ihre Gefühle und manche Emotionen. Die Schwachpunkte anderer dagegen werden gnadenlos bloßgelegt.

Die eigene Stärke wird demonstriert durch Abgrenzung und Abwertung von und dominantes Verhalten zu Frauen. Sexistische Sprüche und sexistisches Gehabe bewirken Anerkennung und Macht bei anderen Männern und in der Gruppe.

Männer organisieren sich fast überall bewußt oder unbewußt in Männerbünden. Das sind Freiräume für Männer, wo es unter Ausschluß von Frauen um die Verteilung und Sicherung gesellschaftlicher (Männer-)Macht und (-)Herrschaft geht und wo diejenigen Denk- und Verhaltensweisen vermittelt und konserviert werden, die das gesellschaftliche Verhältnis zwischen den Geschlechtern festschreiben.

In gemischtgeschlechtlichen, männerdominierten und männerbündischen Zusammenhängen herrscht wiederum bewußt oder unbewußt mal mehr, mal weniger typisches Männerverhalten, kameradschaftliche und kumpelhafte Umgangsweisen und Männersolidarität, Machtgehabe und Mackerdominanz vor, um Frauen rauszudrängen und um weitere Freiräume zu erobern.



In Männerbünden, -gangs, -cliquen, -gruppen existieren Hierarchien. Mann ordnet sich ein und unter, und führt einen ständigen Kampf um Akzeptanz und Anerkennung. Fortlaufend muß der eigene Rang in der Hierarchie - wie im sportlichen Wettkampf - vor der Konkurrenz verteidigt werden. Dafür übertrifft mann sich und andere in seinem Männlichkeitswahn. Daraus entwickelt sich eine Dynamik, ein aggressives Eigenleben.

Die Gruppenzugehörigkeit schafft ein Wir-Gefühl, das die ökonomische Ungleichheit zwischen Männern verwischt. Sie schafft ein Gefühl von Überlegenheit: „Gemeinsam sind wir stark“. Mann kann hemmungslos seine Männlichkeit zur Schau stellen, mitmachen bei den Ritualen mit Zwangscharakter, mitraufen und -saufen. Davon fühlen sich - besonders junge - Männer angezogen.

Männer haben das herrschende Bild von Männlichkeit verinnerlicht und sich mit der herrschenden Lebensweise identifiziert. Ihre Bereitschaft sich mit der eigenen Männlichkeit, dem eigenen patriarchalen Männerbild, dem eigenen Sexismus, mit männerbündischen Mechanismen, dominanten Denk- und Verhaltensweisen und autoritären Strukturen in eigenen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, ist sehr gering. Männer sind nicht gewillt, Männlichkeitsmuster oder gar sich selbst in Frage zu stellen.

So erreichen wir eine herrschaftsfreie Gesellschaft nicht. Im Gegenteil. Ohne männlichen Machtverlust, ohne die Reproduktion von Männlichkeit zu verhindern, werden weiterhin patriarchale Strukturen und Handlungsmuster durchgesetzt und auf einer breiteren Grundlage gefestigt. Und das sind genau die Strukturen und Handlungsmuster der Täter; der Täter in den Parlamenten und Redaktionen, in den eigenen vier Wänden und auf den Straßen - und in den Fußballstadien.

Fußball

Anstatt auf die Straße oder auf dem Bolzplatz zu gehen und selbst zu kicken, dabei festzustellen, daß Fußballspielen jede/r kann, bleibt mensch lieber passiv, wird Beobachter/in, Zuschauer/in, Fan. Anstatt also die sogenannten Profis zu entweihen, macht mensch sie zum Fetisch, verherrlicht und vergöttert sie („Olaf Marschall - Fußballgott“). Der Kult, der um sie veranstaltet wird, diese Begeisterung für Typen, die einerseits frauenfeindliche und frauenverachtende Sprüche durch das Blechhammer-Hotel brüllen und das dort angestellte Personal rumschikanieren und unmenschlich behandeln, und die andererseits Millionen dafür erhalten, damit Trainer und Männer im Vorstand, die sich das Geld gegenseitig zuschustern, über sie bestimmen dürfen, ist abartig.

Neben den Fahrtkosten ins eigene oder auswärtige Stadion zahlen die Fans auch noch dafür (auf dem Schwarzmarkt dreistellige Beträge für einen Stehplatz beim letzten Meisterschaftsheimspiel), daß sie zuschauen dürfen, und finanzieren die ganze Schose durch den Kauf von ständig neuen und aktualisierten Fanartikeln. Auch die Fanartikelramschindustrie freut sich, und der Fan ist stolz auf die gesellschaftlich wertlose Verewigung einer weiteren Jahreszahl auf seinem neuen Schal.

Verwundert muß Günter Rohrbacher-List in „Die roten Teufel sind wieder da - die Geschichte des 1. FC Kaiserslautern“ feststellen: „Tatsächlich macht der alltägliche Rassismus, Sexismus und Nationalismus auch vor der Westtribühne (aber nicht nur vor dieser) nicht halt.“ Diese Tatsächlichkeit ist doch nur ein logisches Resultat.

Die Aktivitäten und Praktiken der Fans - seien es die Formen ihrer körperlichen Inszenierung, die Texte ihrer Lieder und Sprechchöre, ihr Umgang mit Frauen, ihr Trinkverhalten oder ihre Rechtfertigungsmuster - stellen stets Variationen der eng miteinander verknüpften Themen „Macht“ und „Ehre“ dar. An diesen Tugenden orientieren die Fans ihr Verhalten. Sie verteidigen ihre Machtpositionen und reagieren entsprechend auf Provokationen und Beleidigungen. Sie verteidigen sich gegen verbale und körperliche Angriffe oder führen sie selbst. Diese aggressive Haltung findet sich konsequenterweise in ihrem tagtäglichen Sexismus wieder.

Innerhalb der eigenen Fangemeinden herrscht weitgehende Einigkeit. Die Fans haben ein gemeinsames Feindbild: Die gegnerischen Fans, die gegnerische Mannschaft, einen einzelnen Spieler oder Trainer oder den Schiedsrichter. Die Fans fühlen sich ihrer Meinung bestätigt, anerkannt und sicher. Sie fühlen sich beim Ausleben dieser gemeinsamen Identität pudelwohl. Sie sind gut drauf und immer mit dabei. Zum Feindbild werden auch Menschen, die nicht dabei sein wollen, d.h. hauptsächlich Frauen. Diese werden niedergemacht und abgestempelt als feige und nicht kompetent; das sind „unmännliche“ Eigenschaften, wie beispielsweise auch Homosexualität, die gerne dem Gegner unterstellt werden (z.B. mit „du schwule Sau!“). Eigene Feigheit, Unsicherheit und Schwäche werden überspielt, dürfen nicht auffallen und fallen ihnen selbst auch nicht auf.

Der Raum beanspruchende Männerkörper und der raumgreifende Gang sind Elemente des Mythos männlicher Körperlichkeit, der im Fußball besonders ausgeprägt ist. Die Betonung der „gesunden Härte“, des Körperkontakts und des Zweikampfes, der Sprach- und Körperrituale im Zeichen der Kameradschaft sind traditionelle Muster männlicher Körperrepräsentanz.

Beim Zuschauen äußert überraschenderweise auch der ansonsten Stille oder Coole Emotionen. Und in der Masse, wo das Individuum nichts mehr zählt, entgrenzen und berühren sich die Fans durch ihre große Dichte. Indem sie sich bierselig oder siegestrunken in den Armen liegen, kompensieren und ersatzbefriedigen sie ihr Bedürfnis nach Nähe und Zusammensein ohne den Anschein von Weichlichkeit befürchten zu müssen.

FUSSBALL-WM IN FRANKREICH

Kohl will Vogts-Elf im Finale besuchen

Häßler gegen USA nur zweite Wahl?

Kneipen ohne Glotze und ohne „premiere“ sind, falls es überhaupt noch welche gibt, verrufen und an Spieltagen wie leergefegt. In jedem öffentlichen und gewerblichen Raum hängen Fahnen, Schals oder Wimpel an der Wand und von der Decke; in jeder WG die kicker-Tabelle und im Schrank Klamotten in den Farben des Liebingsunternehmens.

Die ganze Region flippt aus, heult und säuft, wenn *ihr* Verein absteigt; heult und säuft, wenn er Meister wird. Der Gewinn der deutschen Meisterschaft ist über mehrere Tage die erste und offenbar wichtigste Meldung in den Medien, es gibt Sondersendung nach Sondersendung in der Glotze, und in der Sonderbeilage der Tagespresse inserieren alle Firmen, die mit Glückwünschen für sich Reklame machen wollen.

Nicht zufällig macht „Eine Partei für Recht und Ordnung. Eine Partei, die deutsche Interessen vertritt“, der Bund freier Bürger, im Sportteil der „Rheinpfalz“ neben der Berichterstattung über die DFB-Meisterschaft Werbung für eine Veranstaltung in der Fruchthalle, wo vier Tage zuvor noch die Meister*mann*schaft mit 500 geladenen Gästen feierte. Auch zu wundern braucht sich keine/r, wenn im Zusammenhang mit diesen Feierlichkeiten in der Innenstadt 25 den Behörden bekannte Neonazis unter den johlend Jubelnden sind.



Die Meute tanzt auf den Straßen, kloppt sich und grölt, und jagt mit Gehupe und bedrohlichem Geschrei Mensch und Tier ein Schrecken nach dem anderen ein. Aufzüge werden veranstaltet und Prozessionen abgehalten, die in Sachen (Ver)Kleidung/Uniformierung, begeisterte Jubelgesänge und massive Präsenz der Bevölkerung an Fasching und andere Aufmärsche erinnern. Ein Volk, das eine *Mann*schaft huldigt, hat für den Augenblick ein neues Opium gefunden.

Dem *Profi*-Fußball wohnt kein revolutionäres Moment bei. Im Gegenteil, er ist reaktionär, d.h. rückschrittlich, und als integraler Bestandteil eines kapitalistischen Systems abzulehnen und zu bekämpfen.





verhütung

Ein kleiner Beitrag

In der bürgerlichen Kleinfamilie aufwachsende Jungen bekommen dort, und die anderen allerspätestens in der Schule, sexistische Sprüche und Anmache zum ersten Mal in ihrem Leben mit. Früher oder später eignet sich der Junge diese an und beteiligt sich meistens sein gesamtes Leben lang selbst daran. Bereits unter Grundschülern sind Männerkumpanei und Machtspielchen deutlich auszumachen. Mitschülerinnen werden geärgert und angegriffen, indem Jungen ihnen Gegenstände wegnehmen, sie verbal erniedrigen, ihre Röcke hochheben oder runterziehen u.a.m. Daran beteiligt sich jeder in irgendeiner Form. Wer sich dabei unwohl fühlt, nicht über z.B. Vergewaltigungsandrohungen gegenüber Mädchen/Frauen lachen kann, wird selbst ausgelacht und -gegrenzt, als nicht mehr zugehörig und nicht mehr als Junge/Mann betrachtet.

Mann muß oft noch nicht mal die eigenen vier Wände verlassen, um die offensichtliche gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen zu erkennen. Jedem gesellschaftlichen Ablauf wohnen patriarchale Muster inne. Das herrschende Gesellschaftssystem ist durch und durch sexistisch.

Die Bereitschaft, diese Tatsachen zum Teil eigener Diskussionen zu machen ist unter uns Männern gering. Anstöße für Männer, sich mit Sexismus, (der eigenen) Sexualität und Zärtlichkeit auseinanderzusetzen, kommen meist von Frauen.

Die Freundin, die deine Arbeit, dein Verhalten und deine Umgangsweisen kritisiert und die Genossin, die patriarchale Strukturen in (deinen) Zusammenhängen thematisiert, machen bewußt, wie sehr du/wir Herrschaftsstrukturen verinnerlicht hast/haben. Männer lernen von feministischen Genossinnen, aber oft führt die Kritik von Frauen zu keiner Veränderung und keiner Besserung in Bewußtsein und Praxis, noch nicht mal der Willen dazu zeigt sich.

Laut, aggressiv, häufig und lange sprechen, diskutieren wie eine Schallplatte, die einen Sprung hat, aber auch den Anschein geben, alles zu wissen, ein Übergehen von Frauen und Frauen ins Wort fallen, kurz: eine mackerhafte Redeweise ist ständig präsent. Nicht nur in Gesprächen und Diskussionen wird Männerdominanz deutlich; die privilegierte Stellung und Macht, die Männer in dieser Gesellschaft haben, nutzen sie in allen Lebenslagen, anstatt den Versuch zu starten, endlich damit zu brechen.

Wenn typisch männliches Verhalten auffällt, muß das angesprochen und zum Thema von Auseinandersetzungen gemacht werden, die nicht damit enden dürfen, daß der in der Kritik stehende Mann oder alle Männer betreten schweigen oder kurz betrübt sind, aber längstens nur bis zum nächsten Tagesordnungspunkt. Männlichkeit und Sexismus muß Teil von allen unseren Diskussionen sein, mit dem Ziel jene beiden zu überwinden. Denn Männlichkeit und Sexismus sind überall existent, auch in der Linken, und müssen überwunden werden, wenn die Verhältnisse überwunden werden sollen.

Der Kampf für die Abschaffung des Patriarchats ist wichtiger Teil im Kampf gegen das kapitalistische System, und umgekehrt: Der Kampf gegen Kapitalismus muß auch als antisexistischer und antipatriarchaler definiert und praktiziert werden. Darauf müssen wir einen gewichtigen Schwerpunkt unserer Arbeit setzen.

Es kann nicht angehen, daß wir gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen und in unseren eigenen Strukturen Teile der Herrschaftsstruktur Patriarchat/Sexismus reproduzieren. Veränderung der Gesellschaft heißt nicht nur Veränderung der Machtverhältnisse, sondern auch und vor allem Veränderung der Menschen. Sich von patriarchalen und sexistischen Verhaltensmustern zu verabschieden heißt nicht allein eine Veränderung in der Sprache z.B. durch Einbeziehung von Frauen durch das Binnen-I - denn diese Veränderung ändert nichts im Alltag, am politischen Handeln, am Leben - sondern heißt auch für uns andere Vorstellungen von Leben praktisch entwickeln.

Dazu gehört beispielsweise auch eine Auseinandersetzung um Sexualität/Zärtlichkeit. Unter Männern ist Sexualität/Zärtlichkeit, obwohl wichtiger und schöner Teil im eigenen Leben, kaum Gesprächsthema. Wenn Männer Gespräche über Sexualität führen, dann ist das ein Redenschwingen in der Kneipe über Schwanzlängen, Leistung und Gewalt. Auch linke Männer sind nicht viel anders, sie verschweigen nur diese Gedanken und Phantasien. Entweder wollen sie sich nicht öffnen, haben unbegründete Angst, sich die Blöße zu geben und über eigene Probleme und Schwächen zu reden, oder sie sind zufrieden mit der herrschenden Form der Sexualität, die geprägt ist von unterdrückenden, erniedrigenden Bildern von Frauen und Liebe. Diese Sprachlosigkeit trägt ein nicht zu unterschätzendes Stück dazu bei, daß Männerherrschaft seit Jahrzehnten immer den Verhältnissen angepaßt und erneut gefestigt wird.

Die vorherrschenden Formen von Sexualität, diese laufen für Männer mit dem Ziel eines Spermienergusses in der Frau drin zu wollen, beinhalten eine mögliche ungewünschte Schwangerschaft, was die Auseinandersetzung um Sexualität untrennbar von der Auseinandersetzung um Verhütung macht.

Wissen über Verhütung wurde systematisch u.a. mit der Verfolgung, Folter, Vergewaltigung, Verbrennung und Vernichtung von Frauen größtenteils ausgerottet. Noch brauchbares Wissen eigneten sich Kirche, Mediziner und sonstige Männer an und praktizieren es zum Teil bis heute. Damit wurde eine Autonomie der Frauen zerschlagen. Das Nichtmehrvorhandensein großer Teile dieses Wissens nutzte und nutzt noch immer der Schulmedizin, der Industrie und dem Kapitalismus.

Von herrschender Seite gab es deshalb niemals Versuche, dieses einmal erarbeitete Wissen auszugraben. Verhütung durch den/beim Mann erlebte danach nie mehr einen Aufschwung. Der internationale Verband für geplante Elternschaft (IPPF) schätzte Anfang der 90er, daß heute nur etwa 8% des Budgets, das weltweit für Verhütungsforschung bereit steht, in die Entwicklung von Methoden für Männer fließen. Den Herrschenden (Männern) kann es auch nur recht sein, wenn Frauen die Chemokeule Pille schlucken müssen, die Frau täglich dran denken muß, sie allein damit gelassen wird und der Mann sich leicht aus der Verantwortung ziehen kann.

Alternativen gäbe es viele, sind aber nicht gewünscht. Das bekannteste Beispiel ist die Spritze für den Mann. Solange das männliche Geschlechtshormon Testosteron ein- bis viermal monatlich gespritzt wird, reifen im Hoden keine Samenfäden mehr, da die Hirnanhangdrüse, die Botenstoffe für Samenzellen ausschüttet, "denkt", es seien bereits genügend Hormone gebildet. Anfang der 90er wurde die Umsetzung dieser Methode, die so sicher wie die Pille sein soll, nach der Testphase beendet. Gründe dafür gelangten keine an die Öffentlichkeit. 1997 gab es zwar Bestrebungen dafür, daß die Methode als Verhütungsmittel zugelassen wird, aber wenn diese überhaupt erfolgreich sein werden, werden bis dahin noch mindestens fünf Jahre ins Land streichen.

Um eine akzeptable Form der Verhütung praktisch zu machen, haben sich in den 80ern in der Schweiz Männer, die ganz verschiedene Erfahrungen mit Sexualität und Verhütung gemacht haben, in einer Hodenbadengruppe zusammengetan. Nach unendlichen inhaltlichen Diskussionen und dem Aufbau eines eigenen Labors zur Feststellung der lebendigen und toten Spermien in der Spermienflüssigkeit realisierten sie das Projekt Hodenbaden. Es basiert auf der Erkenntnis, daß durch das Erwärmen der Hoden eine zeitlich beschränkte Unfruchtbarkeit bewirkt werden kann. Die Gruppe startete also mit eigenen Forschungen zur thermischen Verhütung, begann das Hodenbaden und Veränderungen in Bezug auf ihre Fruchtbarkeit zu analysieren.

Bei einem der Versuche wurde vier Wochen lang täglich 45 Minuten bei 45°C hodengebadet. Das Ergebnis bei den teilnehmenden Männern: Die Beweglichkeit der Spermien nahm ab, und 33 Tage nach Badebeginn waren keine lebendigen mehr vorhanden (der Hoden produzierte also nur noch tote Spermien), nach 70 Tagen auch keine toten mehr. Nach über sechs Wochen Unfruchtbarkeit wurden die ursprünglichen Werte bzgl. Spermienzahl und Beweglichkeit gemessen.

Die Gruppe kam zu dem Ergebnis, einerseits, daß es funktioniert (die Spermienproduktion geht zurück oder wird ganz eingestellt), andererseits, daß genauere weitere Untersuchungen angestellt und ausgewertet werden müßten. Die Brauchbarkeit der Methode könne von ihnen nicht nachgewiesen werden.

Der Hodenbadengruppe hatte das Projekt jedenfalls eine Menge gebracht. Es half ihnen, schreiben sie in ihrer Publikation, eine bessere Beziehung zu ihrem eigenen Körper zu finden.

Das Projekt war nicht nur mit viel zeitlichem Aufwand verbunden. Dennoch ist es wert, publik gemacht zu werden. Denkbar ist auch eine einfacher zu praktizierende Methode der thermischen Verhütung, bei der z.B. eine spezielle Unterhose über mehrere Stunden am Tag getragen wird, die die Hodentemperatur von normal 27°C um einige Grad erhöht. Auch hier müßte geforscht und ggf. die Brauchbarkeit nachgewiesen werden.

Condome schützen vor unerwünschter Schwangerschaft und sexuell übertragbaren Krankheiten, wenn sie bei jedem Geschlechtsverkehr benutzt werden. Kein Verhütungsmittel kann 100%igen Schutz gewährleisten.

So benutzen sie Condome richtig:

1. Die Folie vorsichtig mit den Fingern öffnen. Keine Scheren, Nagelfeilen etc. benutzen. Vorsicht bei spitzen Fingernägeln!
2. Vorhaut am Penis ganz zurückziehen.
3. Condom aufsetzen und ganz abrollen.
4. Nach dem Orgasmus, vor dem Erschlaffen, den Penis mit dem Condom herausziehen. Dabei das Condom am Penis festhalten.
5. Jedes Condom nur einmal benutzen, nach Benutzung nicht in die Toilette, sondern in den Hausmüll werfen.

Weiter Hinweise:

- Vor der ersten Berührung des Penis mit der Scheide Condom überziehen. Auch vor dem Orgasmus können Samen herauskommen.
- Als Gleitmittel nur wasserlösliche Gels verwenden. Fette, Öle und Vaseline zerstören das Condom.
- Benutzen Sie kein Condom zusammen mit Scheidezäpfchen, es sei denn, daß diese für die Verwendung mit Condomen empfohlen sind.

Bei Unverträglichkeitsreaktionen auf ...ex (Latexallergie) keine Condome ...nden und Arzt befragen.

Eine Verhütungsmethode für Männer sind Kondome. Sie ist in den Metropolenstaaten, im Gegensatz beispielsweise zu Cuba, wo mensch, wenn überhaupt, fast ausschließlich nur auf poröse chinesische Kondome zurückgreifen kann, eine verhältnismäßig sichere und schützt vor HIV und Geschlechtskrankheiten. Hier gibt es Kondome in ausreichender Stückzahl, rezeptfrei und im Vergleich zu anderen Verhütungsmitteln günstig zu kaufen. Sie können ohne vorläufige oder vorübergehende Überbrückungszeiten jederzeit benutzt werden. Und fast jede/r ist über die Verwendung von Kondomen aufgeklärt oder kann sich relativ problemlos darüber informieren.

Eine weitere inzwischen etablierte Möglichkeit der Verhütung ist die Sterilisation. Mit Sterilisation verbindet mensch unweigerlich auch ihre Geschichte, die eine Geschichte des Mißbrauchs ist. Sterilisation wird, wie Verhütung überhaupt, von Herrschenden propagiert und eingesetzt, ist also Herrschaftsinstrument, auch innerhalb der Linken.

Bis heute ist Sterilisation eine rassistische Maßnahme im Trikont, wo sie bevölkerungspolitisch eingesetzt wird. ("In Lateinamerika ist es sauberer und wirksamer die Guerillakämpfer in der Gebärmutter, als in den Bergen und den Straßen zu töten", Robert McNamara, ehemaliger US-Kriegsminister und Weltbankpräsident.) Sterilisation erinnert auch an Zwangssterilisationen, vor allem an Frauen, Menschen in Knästen und Psychiatrien in Metropolenstaaten. Mit Sterilisation assoziiert mensch auch Menschenversuche in Auschwitz und anderen KZs.

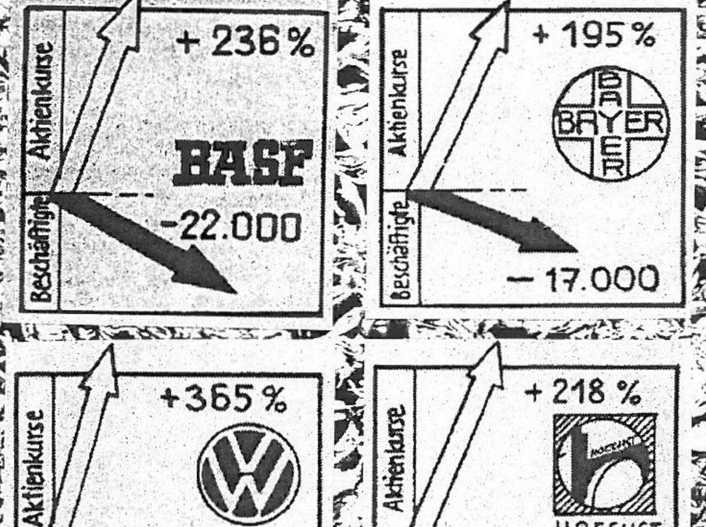
Die freiwillige Sterilisation wird erst seit Ende der 60er Jahre von der vorwiegend männlichen Ärzteklasse praktiziert. Gleich 1968 verbot der Papst sie mitsamt der Pille seinen strengen Katholiken.

Sterilisation ist für Hetero-Männer eine geeignete Verhütungsmaßnahme. Sie ist bei Männern sicherer und der Eingriff technisch einfacher als bei Frauen. Trotzdem werden nur ein Drittel aller Sterilisationen bei Männern durchgeführt. Da sie nicht mehr oder in der ersten Zeit nach der Operation nur mit erneutem Aufwand rückgängig zu machen ist, muß die Entscheidung zur Sterilisation gut überlegt sein. Gespräche und ein ehrlicher Umgang sind für die Findung der richtigen Entscheidung Voraussetzung. Eins ist aber klar: sterilisierte Männer werden keine besseren Männer, sind nicht plötzlich weniger sexistisch o.ä.

Die Entscheidung zur Sterilisation ist nicht selten auch Verdrängung: "Dann ist die leidige Verhütungsdiskussion endlich beendet." Wer nur annähernd so denkt, hat sich nur unzureichend auseinandergesetzt; eine notwendige Veränderung im Kopf hat nicht stattgefunden.

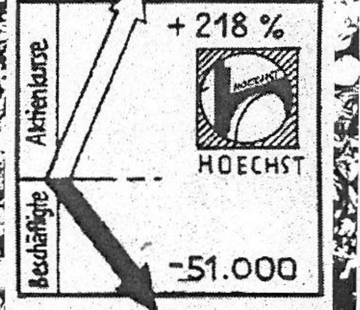
In diesem Text wurden wenige Verhütungsmethoden exemplarisch herausgegriffen, um Geschichte, Hintergründe und Möglichkeiten der Verhütung zu beleuchten. Die Darstellung und Auseinandersetzung mit weiteren Verhütungsmethoden bleibt einem anderen Text vorbehalten.

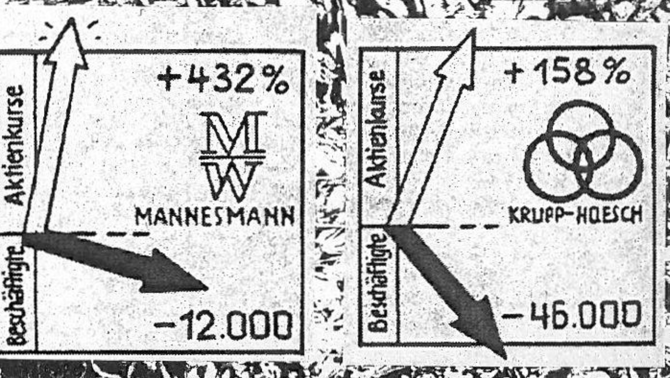
Verhütung ist mindestens soviel Männer- wie Frauensache. Die Übernahme von Verantwortung des Mannes bei der Verhütung darf nicht eine neue Form von Kontrolle bedeuten, sondern muß Teil einer Haltung sein, die die Abschaffung des Patriarchats generell anstrebt.





Aktienkurse
Beschäftigte
+365 %
VOLKSWAGEN
-11.000





Leserbrief

si vis pacem para bellum

Kritik an Totalen Kriegsdienstverweigerern und ein Plädoyer für die Ausbildung an der Waffe. Eine Leserreaktion auf den Artikel "Den Letzten holt die Bundeswehr" aus K-BUTT No. 16.

Die Bundesdelegiertenversammlung der Roten Hilfe e.V. hatte im Juni 1996 über einen Antrag zu entscheiden, die Unterstützung von Totalverweigerern betreffend. Die Unterstützung sei einzustellen aufgrund der "politischen Veränderungen in der Welt". Desweiteren schrieb der Antragsteller: "Da es mittlerweile auch zahlreiche Zivildienststellen gibt, die mit verdeckter Kriegsführung nun wirklich nichts zu tun haben und die Kriegsdienstverweigerer sich diese Stellen in der Regel auch aussuchen können, kann ich in der Totalverweigerung keine politische Betätigung mehr erkennen." Das ist natürlich Unsinn. Der Antrag wurde zurecht abgelehnt. Dennoch wäre es ein leichtes gewesen, gute Argumente für einen solchen Antrag zu finden. Die Bundesdelegiertenversammlung der Roten Hilfe hat in diesem Zusammenhang beschlossen, sich vorläufig in Fällen Totaler Kriegsdienstverweigerung nicht an den Geldstrafen zu beteiligen (weil diese Teil der politischen Aktion selbst sind, ähnlich wie der bewußt in Kauf genommene Knast in diesen Fällen), aber den normalen Prozentsatz auf Rechtsanwalts- und Gerichtskosten zu zahlen.
Totalverweigerer lehnen konsequent jeden Kriegsdienst ab, wozu fraglos auch der Zivildienst zählt, weil jener, wie auch der Name verrät, ein Dienst für den Krieg ist, und Krieg abzulehnen sei. Die Motivation zur Totalen Kriegsdienstverweigerung kommt aus der eigenen Betroffenheit. Totalverweigerer können in der auf sie zukommenden Auseinandersetzung mit dem Staat, durch ihre Kriminalisierung und Verfolgung (durch brutale Feldjäger, mehrere Wochen Bundeswehrarrest, ihren Prozeß und ihre Verurteilung mit Vorstrafe) einen Politisierungsprozeß durchmachen; das schafft beim ein oder anderen ein politisches Bewußtsein, was z.B. eine Integration ins System verhindern kann. Jedoch beschränken sich die meisten Totalverweigerer auf ihr Thema und legen es irgendwann als erledigtes Kapitel ihres Lebens ab. Sie entwickeln daran nichts weiter und stellen ihre Sache nicht in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext. Alles was sie eint, ist die Totale Kriegsdienstverweigerung. Darüber hinaus werden gemeinsame Positionen nicht gesucht, vielleicht sind sie auch unmöglich zu finden.



Totalverweigerung ist von der Sache her schon ein Ding für Einzelpersonen. Mann kann sie nicht als Kollektiv durchführen, weil jeder alles, von der Musterung bis zur Gerichtsverhandlung, einzeln durchläuft. Von Totalverweigerern wird dies nicht nur geschluckt, es kommt ihnen, da sie individuell agieren, auch entgegen. Ihre Individualität drückt sich u.a. durch ihre Gewissensentscheidung aus. Wer sich auf sein Gewissen beruft, kann sich leicht aus der politischen Verantwortung ziehen. Wenn überhaupt, schließen sich Totalverweigerer libertären (viele Libertäre haben neben der Organisationsfeindlichkeit einen subjektiv-idealistischen Individualismus als theoretisch-philosophische Grundlage), gewaltfrei-pazifistischen und/oder religiösen Gruppen an. Auch so kommt es, daß Organisationen und Gruppen, die Totalverweigerung zum Thema machen und Medien, die regelmäßig ausführlich oder schwerpunktmäßig darüber berichten, aus diesen Spektren kommen. Diese Gruppen liefern auch das wenige vorhandene Material zu Totalverweigerung, auf das mann bei Interesse angewiesen ist.

rat an einen jungen sozialisten aus der reicheren welt

aber wenn du mich fragst, junge
soll ich gehn in die armee ?
kann ich dir nur raten, junge
wenn du stark genug bist, geh

stark genug sein, das ist wichtig
unterschätz die andern nie
denn sie waschen die gehirne
das geschäft verstehen sie

lern mit ihren waffen kämpfen
wir gebrauchen sie einmal
lerne ihre schwächen kennen
schwäche ihre kampfmoral

denn es gibt schon viel soldaten
die sind das gehorchen satt
sag was vorgeht, diskutiere
welche ursachen das hat

und wenn der soldat weiß, wer ihn
und die völker unterdrückt
um im überfluß zu leben
ist der feind schon halb besiegt

also wenn du mich fragst, junge
soll ich gehn in die armee ?
kann ich dir nur raten, junge
wenn du stark genug bist, geh

Die meisten Totalverweigerer jedoch machen Politik vereinzelt und damit recht wirkungslos. Dieser Eindruck entsteht durch ihre Prozeßarbeit und ihren Prozeß, worauf sie den Schwerpunkt ihrer Aktion legen. Sie erkennen den Gerichtssaal als angemessenen Ort für ihre politische Auseinandersetzung an. Durch ihre Erklärungen und ihre Laberei vor Gericht erwarten sie Verständnis von Richter/inne/n und Staatsanwält/inn/en. Anders ist ihre Prozeßführung nicht zu begreifen. Das belegt, wie rechtsgläubig Totalverweigerer und ihre Berichterstatter (siehe "Ohne uns", Organ der Totalen Kriegsdienstverweigerer, das viel über sie verrät) sind. Gesetze, die uns knebeln, braucht mensch nicht zu interpretieren oder darüber zu diskutieren, erst recht nicht mit Leuten, die knallhart verurteilen wollen und verurteilen, sondern die Gesetze sind abzulehnen und anzugreifen.
Das Protestieren durch Totalverweigerung bleibt Männern vorbehalten. Auch die laufende Soli-Arbeit wird von Männern gemacht. Die meisten von ihnen wiederum kennen Totale Kriegsdienstverweigerung aus eigener Erfahrung oder werden sie bald kennenlernen.
Diese Soli-Arbeit der Totalverweigerer besteht hauptsächlich aus Beratung und Antirepressionsarbeit. Jeder Totalverweigerer wird unterstützt, und es wird über ihn berichtet. Jeder zählt als einer mehr in der Statistik. Die Unterstützung, unabhängig von Weltanschauung u.ä. zeigt exemplarisch der dargestellte Fall des Grafen von Bothmer aus der K-BUTT No. 16. Dieser beklagt z.B. die "massive Einschränkung seiner Grundrechte". Als männlicher, weißer, deutscher Bourgeois kann es ihm hier kaum besser gehen. Sowas interessiert ihn in seiner Argumentationslinie aber nicht.
Es ist schon sehr dubios, Totale Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht zu verstehen und auf dieser Ebene zu argumentieren, wie es nicht nur unser Graf von Bothmer macht. Ähnliches geschieht im AKW- und Castor-Widerstand: bürgerliche Kreise berufen sich auf das im Grundgesetz verankerte Widerstandsrecht. Wer seinen Spaß mit solchen Argumentationen hat, soll ihn haben, aber es muß doch klar sein, daß damit keine/r der Justiz der herrschenden Klasse durchkommt. Zudem ist der bürgerliche Gerichtssaal kein Kampfplatz für revolutionäre Politik. Sich in Gesetzen eine Legitimation für Widerstand zu suchen ist Blödsinn. Widerstand ist nun mal nicht legal, deshalb hält vor der Klassenjustiz eine solche Argumentation einfach nicht stand. Und Widerstand ist heute notwendig, egal ob ein Widerstandsrecht im Grundgesetz niedergeschrieben ist oder nicht.
Die Behauptung, Wehrpflicht sei verfassungswidrig ist ebenso blödsinnig. (Zu erwähnen bleibt allerdings, daß es nach dem 2. Weltkrieg in Westdeutschland über 10 Jahre breiten Widerstand gegen die Remilitarisierung der BRD gab, welcher durch heftigste Repression durch das Adenauer-Regime unterdrückt wurde. Die Remilitarisierung der BRD und die Wiedereinführung der Wehrpflicht, obwohl gegen die Mehrheit der Menschen in der BRD durchgeführt, wird selbstverständlich kein/e Richter/in als verfassungswidrig bezeichnen.) Der K-BUTT-Artikel spricht sich gegen ein weiteres Bestehen der Wehrpflicht aus. Die Forderung nach Abschaffung aber greift zu kurz. Die Abschaffung der Wehrpflicht wird bereits in Bundeswehrkreisen diskutiert. Die Folge der Erfüllung dieser Forderung wäre eine Berufsarmee und Zivildienstersatz in Form von einer allgemeinen Dienstpflicht, wovon dann auch Frauen betroffen sein werdeh. Deshalb kann eine Minimalforderung nur lauten, das Militär als Ganzes abzuschaffen.

Mit der entsprechenden und bekannten Forderung "Bundesrepublik ohne Armee" allerdings wird die BRD bejaht und anerkannt. Dieselbe BRD ohne Militär und Zwangsdienste, aber mit denselben Herrschaftsverhältnissen wäre dann in Ordnung und scheint das Ziel zu sein. Forderungen nach Reformierung eines Teils des System sind fragwürdig, weil das System nicht reformiert, sondern umgewälzt und beseitigt werden muß. Die Forderung nach Abschaffung des Militärs muß also eingebettet sein in Forderungen nach Umsturz aller bestehenden Unterdrückungsverhältnissen. "Die Regierung" solle "endlich in puncto Wehrpflicht handeln" (K-BUTT). Die Herrschenden brauchen das Militär und werden, solange sie herrschen, nie einen Gedanken daran verschwenden, es abzuschaffen. Auch vereinzelte Totale Kriegsdienstverweigerer werden sie nicht auf solche Gedanken bringen.
"Totalverweigerer lehnen es prinzipiell ab, sich in Militärstrukturen einbinden zu lassen" (K-BUTT). Totale Kriegsdienstverweigerer haben einen anderen politischen Ansatz und ein anderes Politikverständnis als revolutionäre militante Linke. Um wirksam Widerstand zu organisieren, sind neben Organisationen auch Strukturen (die militärischen sollten den politischen untergeordnet sein) notwendig. Wer dagegen Krieg generell ablehnt, negiert auch den gewaltsamen revolutionären Umsturz, beispielsweise durch Guerillakriege.
Es existieren also zahlreiche Argumente, die dafür sprächen, die finanzielle Unterstützung von Totalverweigerern Organisationen wie z.B. der zahnlosen DFG-VK zu überlassen.
Selbstverständlich soll keine/r für die BRD morden und in den Tod ziehen. Aber sehr wohl, wenn es notwendig ist, das eigene Leben einsetzen und einem imperialistischen Krieg den Kampf ansagen.



Mit dem nötigen Weitblick geht der revolutionäre Linke bewußt zur Bundeswehr, um sich militärisch ausbilden zu lassen. Die Möglichkeit zu dieser politisch und perspektivisch notwendigen, bezahlten Aneignung von Fähigkeiten, die vielleicht bald wieder gefragt sind, besteht nur für Männer. Diese Männer sollten nicht vor allem stark sein, wie Franz Josef Degenhardt in einem Lied "Rat an einen jungen Sozialisten - nicht Sozialdemokraten - aus der reicheren Welt" fordert, sondern auch die eigene Schwäche eingestehen (und nicht den starken Macker spielen, dem alles klar ist) und sich mit Genossen z.B. über ihre Stellung als Männer, als potentielle Sexisten, als Unterdrücker im Patriarchat und in den eigenen militärischen und politischen Strukturen auseinandersetzen.
Si vis pacem para bellum. Wenn du Frieden willst, rüste für den Krieg. Wir, Revolutionärinnen und Revolutionäre, müssen mit den Kriegsvorbereitungen beginnen. Krieg den herrschenden Verhältnissen. Weil wir eine menschliche Gesellschaft wollen.



FIST (Fehler Im SysTem) aus Bad Dürkheim/Weinstraße schreiben:

"Bad Dürkheim ist nur auf den ersten Blick ein verschlafener Kurort. Denn die Ruhe kommt nicht nur denen gelegen, die sich hier erholen wollen, sondern auch Neonazis, die hier in immer steigender Zahl ihr Unwesen treiben. So wurde das "Gasthaus Almensee" in den vergangenen Jahren Schauplatz einschlägiger Veranstaltungen; der Bundesparteitag der NPD und zahlreiche Konzerte szenebekannter Skinheadbands mit Gästen aus ganz Europa fanden beispielsweise dort statt.
Bei solchen Veranstaltungen und in zunehmendem Maße auch in der Öffentlichkeit tragen Faschistinnen/Faschisten ihre menschenverachtende Gesinnung offen zur Schau, und die Zahl der gewalttätigen Übergriffe auf Ausländer/innen und linksgerichtete Jugendliche wächst. Jede/r, der/die dem "harten Kern" der militanten Faschoszene unangenehm auffällt, muß ständig mit Bedrohungen und Angriffen rechnen. Gerade deshalb halten wir die Organisation des antifaschistischen Widerstandes in DÜW für unabdingbar. Doch für uns ist dies nicht alles:
Wir wollen ebenso den gesellschaftlichen Rassismus bekämpfen, da dieser ein Auslöser für die Entstehung faschistischer Strukturen ist und den Nazis als Rechtfertigung dient.
Wir wollen Sexismus und Patriarchat bekämpfen, da diese ihren Männlichkeitsmythos verstärken.
Wir wollen diese Gesellschaft und die Politik ändern. Wir wollen andere Zustände.
Willst du das auch? Dann komm doch einfach zu unserem Plenum: Jeden Mittwoch 18.00 Uhr im Haus der Jugend, Bad Dürkheim."



Auch Neustadt braucht ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Jetzt. Sofort.

Seit Oktober 1996 treffen sich regelmäßig zwischen 15 und 20 junge Menschen in Neustadt an der Weinstraße, die die Forderung nach einem selbstverwalteten Zentrum eint. Sie schreiben: "Diese Forderung entstand aus einem akuten Mangel an kostengünstigen Freizeitangeboten in Neustadt zum einen; und zum anderen aus dem Wunsch, selbstverwaltet, ohne Anleitung und Vorschriften, frei von jeglicher Fremdbestimmung, wie wir sie täglich in Schule, am Arbeitsplatz, ... erfahren, unsere Freizeit zu gestalten. Die Möglichkeit dem Mangel durch eigenes Engagement, auf eigene Verantwortung, entgegenzuwirken, sehen wir in einem kommunal verwalteten Jugendzentrum nicht gegeben. Wir wollen selbstbestimmt Kulturarbeit leisten. Unser Anspruch auf Selbstbestimmtheit und Unabhängigkeit von Öffnungszeiten würde uns mit jeder/m Sozialarbeiter/in in Konflikt bringen. Aus diesen Gründen brauchen wir eigene Räume.
Nach Verhandlungen mit Jugenddezernent Röthlingshöfer haben wir uns breitschlagen lassen, einen Versuch im städtischen Jugendtreff zu starten, bei dem wir angeblich selbstbestimmt arbeiten können. Wir haben uns also entschieden, zunächst zwei Konzerte zu veranstalten. Nachdem wir diese Konzerte nun veranstaltet haben, und nur Lob erhalten haben, bekamen wir einen Raum angeboten, den wir zu unserem Büro umbauen werden. Mittlerweile haben wir auch einen eigenen Schlüssel für die Kellerräume und können dort unsere Vollversammlung abhalten. Seit den beiden Konzerten haben wir eine Infoveranstaltung organisiert und werden in den unteren Räumen bald den Cafébetrieb aufnehmen.
Trotzdem werden wir immer noch um eigene Räume für ein JUZ in Selbstverwaltung kämpfen. Sprecht uns an, macht mit. Zusammen sind wir unausstehlich.
Viva autonomia!"

kein mensch ist illegal

"Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?" (Elie Wiesel)



Die JUZ-Ini schreibt über Faschos in der Vorderpfalz:

"Abseits der faschistischen Hochburgen im Osten Deutschlands entwickelt sich die Vorderpfalz zu einem der größten neonationalistischen Aktionsfelder Westdeutschlands. Viele Dörfer sind bereits fest in der Hand von jugendlichen Naziskingruppen, die zunehmend durch ältere Kader organisiert werden. Volksfeste entwickeln sich zunehmend zu no-go-areas für alle, die anders aussehen oder denken.
Gegen den neofaschistischen Rassismus, der sich auch in staatlichen und kommunalen Behörden äußert!
Neustadt ist einer der wenigen Orte in der BRD, in der das Asylbewerberleistungsgesetz vorbildlich in Form eines sog. Sozial-Ladens verwirklicht wird. Dadurch werden Flüchtlinge weiter gesellschaftlich ausgegrenzt. Sie müssen in einem kleinen "Laden" einkaufen, der nur eine sehr begrenzte Produktpalette von oft schlechter Qualität anbietet.
Die Neustädter Ausländerbehörde greift zu rigorosen, unmenschlichen Mitteln. Ein Beispiel dafür ist die versuchte Abschiebung einer 11jährigen Kroatin, die von der Polizei in der Schule abgeholt wurde. Aber nicht nur die Neustädter Ausländerbehörde ist für rassistische Ausfälle bekannt: Auch das Verwaltungsgericht schiebt Menschen in sichere Folter oder den Tod ab. Zuletzt einen Kurden, der den türkischen Militärdienst verweigert hat, weil er nicht auf sein eigenes Volk schießen will."

Sichten und vernichten

Eine Arbeitsgemeinschaft der Jusos in Saarbrücken verschickte einen Brief an 10.000 Gewerbetreibende im gesamten Saarland mit der Bitte, in der "t5" nicht zu werben. Argumentationshilfe lieferte ein "t5"-Vorwort, in dem über Jugendliche, u.a. diejenigen, die sich am Kaiserslauterer Rathaus treffen, übelst gehetzt wird. Nachdem die Saarausgabe der "t5" auch aufgrund dieser Initiative ein finanzielles Fiasko wurde, versucht Herausgeber und Langzeitstudent Matissek durch eine Rhein/Neckar-Ausgabe Finanzlöcher zu stopfen, die - wenn wir den Gerüchten glauben wollen - auch aus seiner Spielsucht resultieren. Das JUZ Mannheim gab in einem seiner Programmhefte die Devise, die sowohl gegen das "Hochglanzklopapier" und "Yuppiemachwerk der übelsten Sorte", als auch gegen Matissek selbst Verwendung finden sollte: "Also Männer, Frauen, Kinder, ihr wißt was zu tun ist: SICHTEN & VERNICHTEN !!!".
Vermutlich keine Folge von diesem Aufruf war die erwähnenswerte Aktion in der Hexennacht in Kaiserslautern, bei der Matisseks Eingangstür zugemauert und in der Stadt Plakate geklebt wurden. Eines davon ist hier verkleinert zu betrachten.



Saubere Innenstadt für die Landesgartenschau in K-Town

Nichtkommerzielle (Sitz-)Plätze jenseits von Cafés und Eisdielen werden in der Stadt mehr und mehr zur Seltenheit. Soziale Treffpunkte, die an manchen Orten entstanden sind, werden von den Herrschenden regide bekämpft. Seit Jahren ist der Rathausvorplatz Treffpunkt von alternativen und punkigen Jugendlichen. 1997 wurden dort Überwachungskameras installiert. Seitdem treiben sich dort auch gehäuft Zivi-Bullen rum, unterstützt von ihren Kolleg/inn/en, die desöfteren mit mehreren Wagen zur Personalienfeststellung aufkreuzen.
Sozialer Treffpunkt war auch die Rundbank vor dem Union-Kino, wo Menschen, darunter Obdachlose, zusammensaßen und redeten. Das störte die anliegenden Kleinkapitalisten, darunter der als rechts bekannte Klaus Bremer, so sehr, daß sie behaupteten, dieser "Mißstand" würde die Gäste vergraulen, weil diese sich nicht mehr "wohl und willkommen fühlen" würden. Das Wochenblatt Kaiserslautern brachte das Thema am 24.06.1998 als Aufreißer und die verantwortliche Redakteurin Steinbrecher hetzt, spricht von "Unrat", von "gelallten Obszönitäten" und "gegrölter Anmache", von "lautem Treiben ... um das verlotterte Rund der eisernen Bank", von einem "Verkommen der City" und schreit nach einem Weg, "der das Problem an der Wurzel packt." Steinbrecher ist der Gedanke an Revolution fern. Sie kann mit diesem Weg nur das Ausrotten der Menschen mit Stumpf und Stil meinen. Einen Tag nach Erscheinen des Artikels wurde die Bank abgebaut.
Noch nicht erfolgreich war der Vorschlag von Oberbürgermeister Gerhard Piontek und seinem Zögling Klaus Weichel, die Wohnblocks "Grüner Winkel", ein sogenannter sozialer Brennpunkt, abzureißen, weil sie - da sind die beiden ganz ehrlich - nicht ins Bild der Landesgartenschau passen.

Ausgrenzung von Erwerbslosen

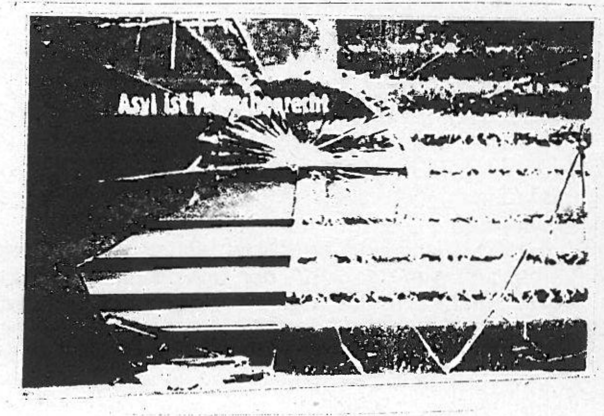
In Augsburg haben Familien, die von Sozialhilfe leben, von der Stadt Post bekommen. Die Stadtoberen teilen mit, daß Schüler/innen, die selbst oder mit ihrer Familie Sozialhilfe beziehen, ab der 11. Klasse des Gymnasiums kein Geld mehr vom Sozialamt erhalten. Das Abitur gehe über den Rahmen der Sozialhilfe hinaus. In Speyer wurde das in mindestens einem Fall bereits praktiziert. Der Spätkapitalismus erlaubt Bildung nur den Reichen.
Nicht Arbeitslosigkeit als Chance begreifen wollen die bundesweit entstandenen Erwerbslosen-Initiativen, sondern "mehr Arbeit" und gerechtere Verteilung derselben, anstatt für die Abschaffung des Systems der Arbeitsplätze zu kämpfen.
"Schluß mit der sozialen Ausgrenzung von Erwerbslosen" fordert die Kaiserslauterer Initiative. Erstes Ziel ihrer Kampagne ist die Einführung eines Sozialpasses. Ein solcher Paß soll Erwerbslosen und Menschen mit geringem Einkommen erlauben, nach ihren Bedürfnissen zu leben. Diese Forderung hat sich inzwischen tief in bürgerliche Kreise ausgebreitet und innerhalb von zwei Monaten über 2000 Unterstützer/innen und 1 Gegner gefunden. Letzterer ist Arne Oeckinghaus (SPD), der in sozialdarwinistischer Manier den Paß ablehnte, weil dieser Erwerbslose besser stellen würde als gewöhnliche Bürger/innen.
Erwerbslose treffen sich jeden Dienstag ab 9.30 Uhr zum Frühstück in der Caritasstube Steinstraße / Ecke Engelsgasse.

Ernst Thälmann-Straße, Kaiserslautern

In K-BUTT #14 wurde ein Artikel aus der Pfälzischen Volkszeitung vom März 1946 nachgedruckt, worin über eine feierliche Straßenumbenennung mit Vertreter/inne/n der Stadt, Delegationen der Opfer des Faschismus und zahlreichen Bürger/Inne/n am heutigen Pfaffplatz berichtet wird. Damals erhielten die Rudi-Breitscheid- und die Ernst-Thälmann-Straße ihre Namen. Letztere ist seit 40 Jahren aus den Stadtplänen verschwunden, auch die Gedenktafel für Ernst Thälmann ist nicht mehr zu finden. Sie mußte einer neuen Residenz der Ordnungshüter, dem heutigen Polizeipräsidium Westpfalz, weichen, wo auch der Staatsschutz, die politische Polizei, und die Kripo ihre Adresse haben.
Die Straße, die von dort auf das Pfaff-Gelände führt, wurde in den 50ern von Ernst-Thälmann- in Albert-Schweitzer-Straße umbenannt, also noch zu Lebzeiten von Albert Schweitzer. Dieser hatte sich dagegen ausgesprochen und dafür plädiert, der Straße den Namen des großen Arbeiter(innen)führers zu lassen.

Anschlag gegen Infoladen

In der Nacht zum 4. Juli 1998 wurde ein Verbundpflasterstein in die Schaufensterscheibe des Kaiserslauterer Infoladens geworfen. Der Stein traf die Scheibe an der Stelle, an der das Plakat "Kein Mensch ist illegal. Asyl ist Menschenrecht" befestigt war. Der oder die Täter kommen vermutlich aus Zusammenhängen, denen der antifaschistische, antirassistische, antinationale Charakter des Ladens nicht paßt. Zur Deckung des Sachschadens in vierstelliger Höhe werden Spenden benötigt. Diese können geschickt (Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern) oder gebracht (Moltkestraße 17, Ecke Rosenstraße) werden.





BfB, Klaus Rainer Röhl und ÖDP

Der "Bund freier Bürger" (BfB), eine Sammlung von Nationalliberalen mit 1000 Mitgliedern, gastierte am 13. Mai '98 in der Fruchthalle. Versammlungsleiter war Richard Lehmann aus Speyer. Redner waren nicht, wie angekündigt Manfred Brunner und Heiner Kappel, sondern der „Junge Freiheit"-Autor Prof. Bernd Thomas Ramb und das Kappel-Ziehkind und Berliner Ex-FDP-Mitglied Markus Roscher, der massivste Flüchtlingshetze betrieb. Einem BfB-Mitglied wurde währenddessen das Auto entglast.
Der BfB fällt z.Z. auf durch Sammlungsbestrebungen zu einem Parteienbündnis, das nicht sofort als rechtsextrem erkannt werden kann und über Führerpersönlichkeiten verfügt. Angelehnt an die Wahlerfolge der "Freiheitlichen" in Österreich, versucht Brunner in Zusammenarbeit mit Jörg Haider (FPÖ), dessen Parteikonzept auf die BRD zu transferieren. In diesem Sinne schloß sich der BfB im Januar 1997 mit der "Offensive für Deutschland" des ehemaligen FDPlers Kappel zusammen, der die FDP mit der Stahl-Fraktion (Alexander von Stahl, Rainer Zitelmann) auf nationalliberalen Kurs bringen wollte und aufgrund rechtsextremer Kontakte aus der hessischen FDP-Landtagsfraktion ausgeschlossen wurde.
Dabei nicht fehlen darf Klaus Rainer Röhl, der sich Mitte der 90er ebenfalls mit Kappel und Co in der FDP engagierte und ebenfalls für die „Junge Freiheit" schreibt. Im Juni 1997 wurde Röhl zu einem Vortrag an die Uni KL geholt auf Einladung des ÖDP-Hochschulablegers Ökologisch-Demokratische Studierende (ÖDS), namentlich Martin Viehöver, zugleich Bundesvorsitzender der jungen Ökologen (jÖ), des Jugendverbandes der ÖDP.
Dank einiger Menschen mit einer Trillerpfeife kam Röhl erst gar nicht zu Wort, und die Veranstaltung wurde abgebrochen. Viehöver erstattete deswegen und wegen überklebter Ankündigungsplakate Anzeige, die Ermittlungsverfahren nach sich zog. Viehöver treibt jetzt sein Unwesen in Dortmund und Röhl mischt sich mit einer regelmäßigen Kolumne in Springers "Welt" mit seinem fanatischen Antikommunismus und der Relativierung der Naziverbrechen in den Wahlkampf ein. Beide hatten etwa April 1998 nochmals einen gemeinsamen Auftritt, diesmal in der TV-Show "Talk im Turm", Thema "Jugend in die Politik".

Rheinpfalz vom 13.07.1998

Atom-Grenzwerte zu niedrig?

▸ BONN (rtr). Die von atomarer Strahlung ausgehenden Gesundheitsgefahren sind nach Einschätzung von Experten höher als bisher angenommen. Daher müßten die in den Strahlenschutzgesetzen verankerten Grenzwerte so schnell wie möglich korrigiert werden, verlangten der Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, Köhnlein, sowie die Münchener Professoren Lengfelder und Scholz in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung". Die derzeitigen Grenzwerte seien aus der Luft gegriffen. Köhnlein verwies darauf, daß die in den fünfziger Jahren festgelegten Grenzwerte auf ersten Erkenntnissen über die Folgen der Atombombenexplosionen in Hiroshima und Nagasaki von 1945 beruht hätten.



Stoppt Castor und Atomindustrie

Kürzlich schaltete die Atomindustrie noch zweiseitige Anzeigen: "Genaugenommen ist Castor nur ein anderes Wort für Vertrauen." Den Vorstandsvorsitzenden, also den Boß der RWE Energie AG, Roland Farnung, läßt sie in einer zeitlich weiter zurückliegenden Anzeige (Frankfurter Rundschau, Oktober 1996) Märchen erzählen: "Transporte und die Lagerung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle ... können ... sicher und verantwortbar betrieben werden". Und "für beide Entsorgungswege [Wiederaufarbeitung und Zwischenlagerung] haben wir sichere und umweltverträgliche Konzepte, die nach Recht und Gesetz genehmigungsfähig sind. ... Kehren wir zurück zu einer sachlichen und ehrlichen Diskussion."
Am 6. Mai d.J. drang in die Öffentlichkeit, daß bei Castor-Transporten nach Frankreich die Grenzwerte von 4 Becquerel pro cm^2 um das 3000fache überschritten wurden. Diese Transporte, die wöchentlich auch durch Kaiserslautern fuhren (siehe Foto), waren nicht die Ausnahme. Die Bundesministerin für Reaktorunsicherheit Angela Merkel und der parlamentarische Staatssekretär Walter Hirche (beide CDU) ließen deshalb verlauten, daß es mindestens bis zum Jahresende keine Atommülltransporte gebe. Bereits am Abend des 3. Juni allerdings rollte ein Atomtransport von Rheinland-Pfalz nach Niedersachsen (siehe "Die Rheinpfalz" vom 4. Juni 1998, Seite 1). Und auch der nächste Castor mit verstrahlten Brennelementen wird spätestens im Frühjahr 1999 rollen.

christian geissler (k)

insachen schlußmitteilung RAF.
nachdem ich von leuten gefragt worden bin.

himmel aus netz und stahl
erde aus asche und blut
ins dörre stürzen versponnene messer.



wer hat uns die waffe umgarnt.
wessen blut ist verbrannt.

es ist ein weißer himmel vor
unsren erhobenen armen.

es schreibt
hinters tuch
die frau
einen schrei.

im übrigen:

die geschichte des bewaffneten kampfes ist nach 77 und auch nach 89 und auch nach 92 und auch nach 98 so wenig zuende wie die geschichte der internationalen klassenkämpfe. für diese treue im historischen prozeß sorgt das herrschende system der ausbeutung des menschen durch den menschen. das ist, mitten in der scheiße, schön. der mensch, das ist seine schönheit, läßt sich auf die dauer nicht erniedrigen und beleidigen. wir sehen die gesichter über den einkaufskörben, im fernen-küsten-abschlendern, im internetz: es tickt eine trauer, es bebt eine schmach, die weiß: das zu kaufende ist immer das tote.

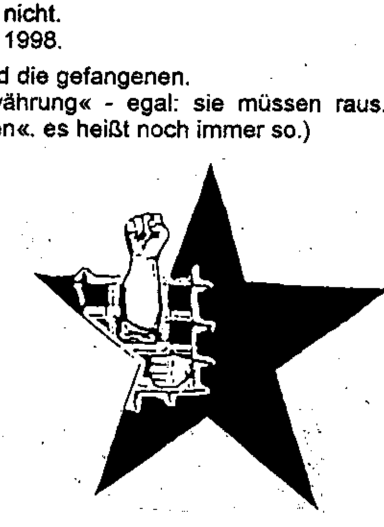
nun denn.
wir leben.
wer wir?

das wird sich zeigen.
so lange es sich nicht zeigt,
herrscht global barbarei, die vermarktung des menschen ist seine vernichtung.
manche finden vernichtung schick.
solche leute gabs zu meiner zeit schon mal.

nein.
wir vergessen uns nicht.
auch nicht im april 1998.

(die arbeit jetzt sind die gefangenen.
»amnestie«, »bewährung« - egal: sie müssen raus. es hieß mal »sie fehlen«. es heißt noch immer so.)

23-4-98



Kaiserslautern Hbf

Der Präsident und der AStA der Universität

Unter der Herrschaft von Präsident Klaus Landfried wurden 1990 zwei Studierende exmatrikuliert, die in den Semesterferien durch eine der auf dem Campus verteilten runden Bodenöffnungen in die Katakomben der Universität Kaiserslautern einstiegen, darin Räume mit Aktenordnern und großen Schaltpulten besichtigten. Auch in einzelnen oberirdisch liegenden Gebäudekomplexen, die mit der Ziffer 5 beginnen, gibt es offenbar was zu verheimlichen. Dort wird offensiv mit Polizei gedroht, wenn Menschen beim Spazierengehen darin als offensichtlich unbefugt entdeckt werden.
Die in der BRD in dieser Häufigkeit einmaligen Verbote von Veranstaltungen des AStA der Universität von 1996 und 1997 durch den damaligen Präsidenten Landfried werden der Vergangenheit angehören. Aber nicht weil Landfried durch Günter Warnecke ersetzt wurde; der Grund ist ein anderer. Seit Januar 1998 ist an der Uni ein von einer großen Mehrheit getragener neoliberaler, konservativ-rechter AStA im Amt mit einem Referenten für Hochschulpolitik, der Mitglied des Corps Marchia Braunschweig ist, eine Studentenverbindung mit mehreren Pflichtmensuren. Mitglied im gleichen Dachverband, dem Weinheimer Seniorenconvent, ist übrigens Günter Warnecke.
Derselbe AStA, getragen und besetzt von der "Fachschaftenliste", verbreitet faschistische Propaganda und steht dazu. In der AStA-Zeitung vom 6. Juli 1998 schreibt der einschlägig bekannte Franz Uhle-Wettler über den Staatsbesuch von Clinton in China. Der Zwei-Sterne-General im Ruhestand hat nicht nur das 1990er Programm der Republikaner mitverfaßt, sondern nutzt seit Jahren auch die Periodika Junge Freiheit und Criticon als publizistische Sprachrohre für sich.
Der verantwortliche Redakteur der AStA-Zeitung, ein katholischer Pfadfinder, schreibt in dieser: "Die Parteiprogramme ... auch von den Republikanern liegen aus, um den Studierenden die Möglichkeit zu geben, sich pluralistisch zu informieren." (Fehler im Original.) Auch das DVU-Parteiprogramm wurde durch den Vorsitzenden, der einmal "Junge Freiheit"-lesend auf einer Studierendenparlamentssitzung aufgefallen war, "offiziell vom AStA angefordert", kam aber nie an. Diebe aus antifaschistischen Kreisen haben zum wiederholten Mal das ausliegende Fascho-Material gestohlen.

die sozialdemokratische methode:
das weiche wasser bricht den stein

Wasserwerfereinsatz in Gorleben, Niedersachsen

Eschede

Die Entgleisung deutscher Hochtechnologie forderte über 100 Tote. Über die Eschede, die sich wöchentlich auf deutschen Autoverkehrsstraßen ereignen, erregt sich keine/r. Die Opfer sind nur auf den ersten Blick Verunglückte im Straßenverkehr. Sie sind Opfer des ahumanen, aökologischen und asozialen, kurz: des barbarischen Kapitalismus. Die halbe Million Verkehrstote der BRD seit ihrem Bestehen werden wir in das Schwarzbuch des Kapitalismus aufnehmen.

Marxismus und -Lesekreise

Gerichte der BRD urteilten mehrmals, daß der Marxismus keine Wissenschaft sei, weil er, so die Gerichte unabsichtlich Lenin zitierend, "Anleitung zum Handeln" sei. Weil Theorie die Anleitung zum Handeln sein kann, legt der Marxismus ihr ernste Bedeutung bei. Wenn man über eine richtige Theorie verfügt, sie aber nur als etwas behandelt, worüber man einmal schwatzt, um es dann in Ordnern abzuheften, ohne daß daraus eine politische Praxis erwächst, dann wird diese Theorie, so gut sie auch sein mag, bedeutungslos, meint Mao.
Gerichte der BRD haben mehr verstanden, als die im stillen Kämmerlein verkehrenden akademischen Lesekreise, die nicht mehr als bürgerliches Studium betreiben. Auch allen "linken" Schreiberlingen sollte nicht auf den Mund, sondern auf die Hände gesehen werden. Denn erst eigenes Handeln schafft Veränderbarkeit. Politisierung findet in der Praxis, in der aktiven und militanten Auseinandersetzung mit dem System statt. In diesem Sinne appellieren wir an die Phantasie und Böswilligkeit unserer Leser/innen.

Zum 50. Geburtstag von Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, seit insgesamt bald 23 Jahren im Knast

Um Rolf Heißler zum Geburtstag zu gratulieren, trafen sich einige Freund/innen und Genoss/inn/en von Rolf am 3.6. vor den Gemäuern der JVA Frankenthal. Es wurden kurze Grußworte an Rolf sowie an alle antifaschistisch gesinnten Gefangenen gerichtet und Leuchtkugeln über die Mauern des Knastes geschossen. Begleitet von Böllern wurden auch immer wieder Parolen wie "Freiheit für Rolf", "Freiheit für alle kämpfenden Gefangenen", "Power durch die Mauer, bis sie bricht" usw. gerufen. Vereinzelt konnten draußen Reaktionen der Inhaftierten vernommen werden. Auch Rolf bekam die Aktion mit, die dann nach einer Viertelstunde beendet war. Rolf schrieb dazu: "am 3. gg. 21.30 uhr wurde es laut, r., wir grüßen dich, freiheit für alle, für r., dazu trillerpfeifen, knaller + sich in den ggüberliegenden fenstern spiegelnde leuchtraketen. eine rote traf genau, ich hätte sie fast mit den händen einfangen können, ging 1 paar m vor mir entfernt runter."
Auf dem Weg zu den Autos bzw. zum Bahnhof wurden dann Genoss/inn/en, die mutmaßlich an der Aktion beteiligt waren, von der Polizei gestoppt. Die Bullen gingen von Anfang an äußert nervös zur Sache. So faßten sie jede Frage nach dem Sinn und Zweck der Bullenaktion sowie nach den Dienstausweisen als Widerspruch bzw. Widerstandshandlung auf und reagierten dementsprechend gewalttätig. Zwei Frauen bekamen nach relativ kurzer Zeit, mit dem Hinweis, sie hätten Widerstand geleistet, Handschellen angelegt. In der Zwischenzeit hatten sich fast die gesamten Polizeikräfte Frankenthals versammelt. Zeitweilig waren über 10 Streifenwagen und über 30 Bullen, einzelne sogar mit schußsicherer Weste, vor Ort. Die Personalienaufnahme und Durchsuchung der Klamotten und Taschen, die direkt vor Ort stattfand, dauerte trotz oder gerade wegen der Fülle des Personals insgesamt fast zwei Stunden. Nach Beendigung der Bullenaktion und dem Abzug der Festgehaltenen wurden diese innerhalb Frankenthals weiter von Streifenwagen verfolgt.
Genossen aus Kaiserslautern schreiben: "Trotz des Zusammenstoßes mit der Frankenthaler Bullenstreitmacht, der durch schnelleres Handeln hätte verhindert werden können, stehen wir zu dieser Aktion, die zeigen sollte, daß Rolf und die anderen Gefangenen aus der RAF nicht vergessen sind. Wir wollen, daß Rolf und die anderen Gefangenen ihre nächsten Geburtstage draußen feiern können. Dazu braucht es aber einiges mehr als solche Aktionen." Steckt eure Köpfe und Herzen zusammen. Alle Gefangene müssen raus.